



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

9. Tag der Bayerischen  
Wirtschaftsschule  
16. April 2005 – Augsburg

## Unsere Themen

Keine Entspannung auf  
dem Ausbildungsmarkt

Schuldenfrei in die  
Bildungswüste

ESA – ein respektables  
Beispiel für Zivilcourage

Zur Arbeitszeitunter-  
suchung gehört auch die  
Arbeitsbelastung

Wir brauchen die Lehr-  
kräfte in den Prüfungs-  
ausschüssen!

BAFöG-Betrug – nur eine  
Ordnungswidrigkeit?

Erhöhung des eigen-  
verantwortlichen Unterrichts  
der Referendare

Schulpolitischer  
Zündstoff –  
auch Thema  
der närrischen  
Jahreszeit!



## HERAUSGEBER

Hans Käfler, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
E-Mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Hans Preißl  
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg  
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13  
Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14  
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 66 14 15  
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91  
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke  
Telefon: 0 89 - 59 52 70  
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43  
E-Mail: kohn@vlb-bayern.de  
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München

## GESTALTUNG

signum3 oHG  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90  
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98  
E-Mail: gc@signum3.de

## DRUCK

Böhler Verlag GmbH  
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg  
Telefon: 09 31 - 6 34 31  
Telefax: 09 31 - 61 17 84

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 03-04: 2005-02-14  
für Heft 05: 2005-02-14  
für Heft 06: 2005-05-02

ISSN 0942 – 6930

## Themen des Tages

- 3 Hans Käfler: Keine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt
- 4 Martin Ruf / Gerhard Hacker: Peter Thiel sagt adieu

## Bildungspolitik

- 5 Hans Preißl: Schuldenfrei in die Bildungswüste
- 6 dpa: Gute Ausbildung wirksamste Strategie gegen Job-Transfer
- 7 Peter Thiel: ESA – ein respektables Beispiel für Zivilcourage
- 9 ESA: Petition an den Bayerischen Landtag

## Dienstrecht

- 10 Wolfgang Lambl: Nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte untersuchen
- 11 Wolfgang Lambl: Wir brauchen die Lehrkräfte in den Prüfungsausschüssen!
- 11 Wolfgang Lambl: Keine Lösung des gordischen Knotens
- 14 Wolfgang Lambl: BAFöG-Betrug – nur eine Ordnungswidrigkeit?
- 14 dpa / Wolfgang Lambl: „Saloppe“ Dienstzeugnisse bei Beamten sind zulässig

## Lehrerbildung

- 15 Heiko Pohlmann: Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts der Referendare
- 17 Heiko Pohlmann: Seminarlehrer müssen zusätzlich „bluten“
- 18 Heiko Pohlmann: Diplomingenieure gesucht

## Pädagogik und Unterricht

- 19 Bettina Bauer / Wolfgang Lorenz: BVJ-Modellprojekt: Lust statt Frust
- 21 Martin Ruf: Was sind eigentlich Soft Skills?

## Schulpartnerschaften

- 22 Barbara Dudkowski: Nützliches zum deutsch-polnischen Schüleraustausch

## Aus dem Verbandsleben

### Landesverband

- 24 Programm des 9. Bayerischen Wirtschaftsschultages

### Fachgruppen

- 26 FG Handel; FG Finanzberufe; FG Holz / Religion

### Senioren

- 28 Berthold Schulter: Info-Broschüre zum Alterseinkünftegesetz

- 28 **Personalien**

## Umschau

### Vermischtes

- 29 KV Nordschwaben; BV München

- 30 **Termine**

### Für Sie persönlich

- 31 Helmut Lang: Sozialversicherung – Änderungen 2005

### Letzte Umschlagseite

- 36 Der HPR informiert

### Beihefter

- Jahresinhaltsverzeichnis 2004

Titelfotos: Peter Thiel

# Keine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt



**HANS KÄFLER**

In einer dpa-Meldung vom 17. Januar 2005 kündigt Wirtschaftsminister Wolfgang Clement an, er wolle 2005 den Schwerpunkt im Ausbildungspakt auf die Ausbildungsreife der Schulabgänger legen. So notwendig es ist, die hohe Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu reduzieren, so leicht durchschaubar ist auch das Ablenkungsmanöver des Bundeswirtschaftsministers, der als Arbeitsminister die desolante Situation auf dem Ausbildungsmarkt eigentlich kennen sollte.

Ablenkungsmanöver waren und sind seit jeher ein probates Mittel der Politik. Heutzutage ist es nicht mehr ganz so einfach wie früher, bei innenpolitischen Problemen einen Krieg vom Zaun zu brechen. Mit dem Finger auf die Probleme der anderen zu zeigen, um von den eigenen Schwächen abzulenken, ist im politischen Geschäft aber immer noch eine fast reflexhafte Vorgehensweise. Ebenso beliebt ist das Spiel mit Statistiken, die mit geschickt ausgewählten Zahlen jede Aussage zu stützen vermögen.

Ein Paradebeispiel dafür sind die geradezu euphorisch verkündeten Erfolgsmeldungen aus Politik und Wirtschaft zu den Ergebnissen der Nachvermittlungsaktionen im Rahmen des Ausbildungspaktes. So aner kennenswert die Steigerung der betrieblichen Ausbildungsplätze um 23 000 auf

520 000 bundesweit ist, die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist und bleibt trostlos. Zwar konnte die völlig indiskutable Lehrstellenlücke von September bis Dezember 2004 durch einen enormen Einsatz an Vermittlungspersonal und Steuermitteln bundesweit von 31 000 auf rechnerisch 11 000 gedrückt werden, den 4 000 offenen Ausbildungsstellen stehen aber immer noch 15 000 unvermittelte Bewerber gegenüber.

Ein sehr beschränkter Erfolg ist auch der stark subventionierten „EQJ-Maßnahme“ (betriebliche Einstiegsqualifizierung) beschieden. Von 31 500 Plätzen, die zur Verfügung standen, wurden lediglich 7 200 besetzt. Offensichtlich durchschauten viele Jugendliche diese Mogelpackung!

Eine noch größere Mogelpackung stellt allerdings der Begriff „Ausbildungslücke“ selbst dar. Er suggeriert, dass von den Lehrstellenbewerbern bis auf 11 000 alle einen Ausbildungsplatz gefunden hätten. Den 520 000 betrieblichen Ausbildungsplätzen standen aber in Wirklichkeit im Jahr 2004 ca. 940 000 Lehrstellenbewerber (Quelle: BIBB) gegenüber, ein erheblicher Teil davon als „Altbewerber“. Wir haben damit vor der ersten Schwelle des Arbeitsmarktes in Deutschland einen Stau von ca. 410 000 junger Menschen! Die beruflichen Schulen, die einen erheblichen Teil dieser enttäuschten Jugendlichen aufnehmen, können ein Lied davon singen. Politik und Wirtschaft haben natürlich kein gesteigertes Interesse, das quantitative Versagen des dualen Ausbildungssystems publik zu machen. Es gibt auch keine exakten Untersuchungen, wo die zu kurz gekommenen Bewerber um einen Ausbildungsplatz landen. Nach Angaben des BIBB besuchen ca. 140 000 wieder eine Schule, ca. 80 000 finden eine Arbeitsstelle für Ungelernte, ca. 35 000 gehen in berufsvorbereitende Maßnahmen, über den Verbleib der restli-

chen 200 000 gibt es keine Angaben. Eines haben die enttäuschten Jugendlichen aber gemeinsam: Sie verschwinden bei diversen Bereinigungen aus der Ausbildungsstatistik und stehen ein Jahr später großenteils wieder in der weiter anwachsenden Schlange.

Dabei laufen wir sehenden Auges in einen enormen Facharbeitermangel hinein! Nach BMBF-Angaben droht bis 2015 eine enorme Lücke in der Versorgung der Wirtschaft mit Facharbeitern, besonders unter den dann 30- bis 45-Jährigen, die heute ausgebildet werden müssten. Die Größenordnung des Problems wird deutlich, wenn man die 513 000 Jugendlichen unter 25 Jahren, die nach der Arbeitsamtsstatistik im Dezember 2004 in Deutschland arbeitslos waren, betrachtet. Auch wenn der Vergleich gewagt ist, mir fallen dabei Bilder von Menschen ein, die gebannt auf die weißen Streifen im Meer schauen und erst zu laufen beginnen, als es zu spät ist. Verantwortliche in Politik und Wirtschaft verhalten sich derzeit ebenso. Die Fakten sind bekannt, aber 2015 ist weit.

Es ist dringend notwendig, schulische Ausbildungskapazitäten zu schaffen, solange das duale System den Bewerbern viel zu wenig Ausbildungsplätze anbietet. Zu Anfang dieses Schuljahres gab es in Bayern für die beruflichen Schulen Kürzungen an Stelle eines Ausbaus der Berufsfachschulen. Auch für das nächste Jahr ist offensichtlich nicht an eine Ausweitung schulischer Ausbildungsplätze gedacht. Die Staatsregierung will zwar mehr Lehrkräfte einstellen, die Anzahl reicht jedoch gerade aus, um den durch den Schülerzahlenanstieg verursachten zusätzlichen Bedarf zu decken.

Wir Lehrkräfte an beruflichen Schulen fordern die Staatsregierung deshalb auf, die Chancen, die ein Ausbau der Berufsfachschulen derzeit noch bietet, nicht leichtfertig zu verspielen. Noch stehen die Jugendlichen in der Schlange vor dem Schalter zur Verteilung der Ausbildungsplätze. Wenn sie in das soziale Netz abgetaucht sind, wird es ungleich schwieriger und teurer sie als Arbeitskräfte zu aktivieren. <

# Peter Thiel sagt adieu

MARTIN RUF / GERHARD HACKER

„Der Wandel ist stetig und unvermeidlich“. Diese altgriechische Weisheit holte nun auch Peter Thiel ein, als er sich auf dem Berufsbildungskongress in Bamberg verabschiedete. Damit übergab er seinen Verantwortungsbereich als Schriftleiter von VLB-akzente an Hans Preißl aus Passau, der nun, zusammen mit Martin Ruf aus Würzburg, aufgefordert ist, in große Fußspuren zu treten.

Auch in seiner anderen bedeutenden „Disziplin“, der Verbands-Pressearbeit, die er mit viel Ernst und Leidenschaft ausfüllte, hinterlässt Peter Thiel eine große Lücke. Der neue Landesvorsitzende Hans Käfler und sein in vielen Positionen neues Team werden sich gehörig anstrengen müssen, um die kontinuierliche und langjährige effektive Pressearbeit weiterhin zu gewährleisten.

Da stand auch die Vertreterversammlung auf dem Kongress nicht nach und zeichnete Peter Thiel für das langjährige engagierte Wirken für seinen Lehrerverband mit der Ernennung zum Ehrenmitglied aus.

## Feines Gespür für Formulierungen und Inhalte

Schon 1965 trat Thiel während seiner Anwärterzeit in Würzburg dem damaligen VBB bei. Man zollte bereits damals seinen ansprechend verfassten Beiträgen auf Regionalebene Anerkennung. Mit für jedermann verständlichen Argumenten konnte er die Leser einfach überzeugen.

Das gilt bis heute. Wer sich mit Thiels Beiträgen und Schriftsätzen näher beschäftigt, der kann seine große Liebe zum Detail und die sanfte, aber beharrliche Klarheit der Inhalte erfahren. Mit viel Gespür wählte er die erforderlichen Bilder aus nach dem Motto, dass ein Bild mehr als 1 000 Worte sage.

## Engagement für eine wirkungsvolle Pressearbeit

1983 wurde er zum VBB-Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gewählt. Ohne zu zögern, entwickelte er

eine Infrastruktur für seine Aktivitäten. Er organisierte Pressefahrten für Journalisten, um diesen den Alltag im beruflichen Schulwesen näher zu bringen und pflegte intensive Kontakte zu Journalisten. Aktive Verbandsmitglieder auf Bezirks- und Kreisverbandsebene erfuhren durch ihn, wie Pressearbeit funktioniert. Er konnte sich dabei stets der Unterstützung von qualifizierten Journalisten, die seine seriöse Arbeit schätzten,



Foto: Gundermann

sicher sein. Schritt für Schritt entstand ein Netzwerk zu Presseagenturen und überregionalen Pressestellen.

## Diener seiner „Herren“

Seine Pressearbeit begann Peter Thiel unter dem damaligen VBB-Landesvorsitzenden Othmar Doleschal, der Schulleiter in Augsburg war. Das war nicht ganz einfach, weil, ohne Computer und Internet, nur auf Schreibmaschine und Telefon angewiesen, die Koordination zwischen Doleschal und Thiel sich sehr zeitraubend gestaltete.

Das änderte sich 1991. Der Würzburger Hermann Sauerwein übernahm den Verbandsvorsitz und überzeugte seinen Studienkollegen Thiel, die erfolgreiche Pressearbeit fortzusetzen. Es begann eine Ära der kurzen Wege, da Peter Thiel im gleichen Schulgebäude arbeitete. Jetzt war schnelleres Reagieren des Verbandes in Sachen Öffentlichkeitsarbeit möglich. Die Nähe führte zu einem konstruktiven Geben und Nehmen.

## Gewährsmann für VLB-akzente

Kurz nach dem Zusammenschluss mit dem VDH übernahm Peter Thiel 1992

die Schriftleitung von VLB-akzente und behielt sie bis Ende 2004 bei. Anfangs unterstützte ihn der ehemalige Schriftleiter der VDH-Mitteilungen, Gerhard Hacker, seit Ende 1995 war Martin Ruf sein nächster „Co-Pilot“, wie Peter Thiel in Bamberg liebevoll seine Mitstreiter nannte. Die „gewerblich-kaufmännische“ Zusammenarbeit gestaltete sich als sehr fruchtbar und konstruktiv. Wird doch VLB-akzente heute als eine der angesehensten Lehrerverbandszeitschriften in Deutschland sehr geschätzt.

## „Der Weg zur Menschenbildung geht über die Berufsbildung“

Der Lebenslauf von Peter Thiel ist ein gutes Beispiel für die Erkenntnis Georg Kerschensteiners. Nach dem Besuch der Oberrealschule in Coburg absolvierte er eine Lehre als Reproduktionsfotograf (heute Mediengestalter), dann besuchte er die Akademie für das grafische Gewerbe (heute Fachhochschule) in München, legte parallel dazu die Meisterprüfung ab und studierte dann am Berufspädagogischen Institut (BPI) in München. 1965 begann er als Lehramtsanwärter an der Franz-Oberthür-Schule in Würzburg. Seine pädagogische Karriere verlief vom Seminarlehrer über den Fachbetreuer und Mitarbeiter in der Schulleitung bis zum stellvertretenden Schulleiter.

Seit einigen Jahren setzt er sich erfolgreich und mit großem Engagement für multilateral gestaltete Kommunalpartnerschaften in seiner Heimatgemeinde Gerbrunn ein. Intensiv beschäftigt er sich darüber hinaus mit der Reformpädagogik und deren Bildungsphilosophien und verfolgt ihre heutigen Umsetzungen. Seit kurzem „outet“ er sich über Kleinprosa, in der er z. B. selbst erlebte tägliche Begebenheiten hintergründig verarbeitet. Seinem großen Hobby, dem Fotografieren, gibt er sich weiterhin begeistert auf Studienreisen hin. Wiederholt stellte er großformatige Fotografien aus.

Wir wünschen uns, dass Peter Thiel in seiner freundschaftlichen und ausgleichenden Art, gepaart mit einem hintergründigen und kritisch analysierenden Verstand, sein Leben bei stabiler Gesundheit noch lange im Kreise seiner Familie und Freunde genießt. <

**Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und Bildungsinvestitionen:**

## Schuldenfrei in die Bildungswüste?

**HANS PREISL**

„Es besteht kein Gegensatz zwischen dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts und Investitionen in die Bildungspolitik. Beides hat vielmehr die gleiche Priorität.“

So kommentierte Ministerpräsident Edmund Stoiber den Beschluss der CSU-Landtagsfraktion die Zahl der Lehrer im Einvernehmen mit der bayerischen Staatsregierung um 500 aufzustocken.

Nach einer lang anhaltenden Phase bloßer Lippenbekenntnisse nahmen betroffene Schüler, Eltern und Lehrer die Botschaft mit zurückhaltender Skepsis zur Kenntnis. Zu sehr hatten sie noch wohl klingende Formulierungen in Regierungserklärungen im Ohr.

„Sparen, reformieren, investieren“ hatte die Staatsregierung zum Motto für diese Legislaturperiode gemacht. Überall sollte zurückgefahren werden, nur nicht bei den Familien, den Hochschulen und den Schulen. „Wir investieren in exzellente Bildung auf internationalem Niveau. Bayern soll mit seinen Schulen in zehn Jahren unter den ersten fünf Spitzenländern in der Weltrangliste stehen“, kündigte der Ministerpräsident an

Dabei belegten die Zahlen des Kultusministeriums aber, dass die Staatsregierung ihr großes Versprechen, in die Bildung zu investieren, nicht einlöste. Nur wenn man die Pensionslasten für Lehrer dem Kultusetat anlastet, ergibt sich eine Erhöhung der Bildungsausgaben, ohne wäre es ein klares Minus, räumt selbst das KM ein. Um die Tatsache zu verschleiern, dass auf Betreiben des Finanzministeriums im Doppelhaushalt 2005/2006 1200 Lehrerstellen einkassiert wurden, kam dessen Ressortchef auf eine geniale Sprachregelung. Aus Lehrern machte er Unterrichtskapazitäten. Und davon seien durch die Arbeitszeitverlänge-

rung 646 zusätzlich geschaffen worden. Und so konnte er trotz des faktischen Defizits im Interview mit der SZ erklären: „Wir haben also mehr Lehrer und nicht weniger“. Kein Wunder, dass unter Experten das Wort von der bayerischen Bildungslüge kursierte. Dieser Eindruck verfestigte sich zunehmend, weil bis in den Dezember hinein das massive Problem des Unterrichtsausfalls marginalisiert wurde. Und das, obwohl an einzelnen Schulen Eltern begannen fehlende Lehrer zu ersetzen und Elternbeiräte Privatlehrer anzustellen. Diese spektakulären Elternproteste erzeugten einen öffentlichen Druck, die auch bei einer 60-Prozent-Partei nicht ohne Wirkung blieb.

Als Mitte Dezember beim CSU-Arbeitskreis Bildung die konkreten Zahlen über die Unterrichtsversorgung auf dem Tisch lagen, wurde der Ernst der Lage deutlich. Es ging ein Brief an Ministerpräsident Edmund Stoiber mit der Bitte, den Schulen im nächsten Jahr mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Hilferuf löste dann die bekannte hektische Betriebsamkeit in der Staatsregierung aus.

In der vorweihnachtlichen Kabinettsitzung gestand die Staatsregierung eine Lücke in der Unterrichtsversorgung ein und beschloss sie mit 800 Lehrern zu schließen. Die Lehrerverbände blieben aber skeptisch, weil das Pressepapier die beunruhigende Falthausersche Sprachregelung übernommen hatte: Es würden die „Unterrichtskapazitäten“ von rund 800 Lehrern benötigt, hieß es da. Und es war davon zu lesen, dass der Lehrerberuf über organisatorische Maßnahmen gedeckt werden solle. Es fand sich aber kein einziges Wort über eine mögliche Finanzierung. Weil Ferien vor der Tür standen, wurden Erinnerungen wach an die Last-Minute-Streichungen während des Sommers.

Der VLB reagiert rasch. Der Vorsitzende Hans Käfler richtete persönliche Briefe an Ministerpräsident Edmund Stoiber und Kultusministerin Monika Hohlmeier. Darin meldete er den Bedarf der beruflichen Schulen an

- Um die Unterrichtsausfälle zu kompensieren und den steigenden Schülerzahlen Rechnung zu tragen, gilt es ein Defizit von 249 Lehrkräften auszugleichen.
- Um den anstehenden Schülerberg zu bewältigen, ergibt sich ein Bedarf von 110 Stellen.
- Außerdem müssen etwa 300 aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrer ersetzt werden.
- Somit entsteht ein Einstellungsbedarf von 659 Stellen.

Vorsorglich warnte Käfler vor einer Kürzung des Berufsschulunterrichts und weiteren Belastungen der Lehrkräfte. Die Zumutbarkeitsgrenze sei schon jetzt überschritten.

In der Folge verdichteten sich in Agenturmeldungen die Hinweise darauf, dass die Schulen aus sich selbst heraus 700 Stellen schaffen sollten. Daraufhin warf der VLB in einer deutlich gehaltenen Presseerklärung den Verantwortlichen vor, jeglichen Realitätsbezug verloren zu haben und kündigte den erbitterten Widerstand an.

Bei allen Lehrerverbänden und den Oppositionsparteien spitzte sich jetzt die Kritik an der bayerischen Schulpolitik zu.

Am 13. Januar lässt die CSU in ihrer Kreuther Erklärung die Katze aus dem Sack: Um die Unterrichtsversorgung zu verbessern, werden zum Schuljahr 2005/2006 818 zusätzliche Lehrer bereitgestellt.

- 200 erhalten Zeitverträge, die über Minderausgaben anderer Ressorts finanziert werden.
- 300 erhalten Zeitverträge durch Zusatzfinanzierung im Haushalt.
- 318 Stellen werden durch organisatorische Maßnahmen geschaffen.

Diese „Unterrichtskapazitäten“ sollen realisiert werden, indem

- für Referendare der Anteil des eigenverantwortlichen Unterrichts erhöht wird (entspricht 57 Stellen),

- Minderklassen an Berufsschulen abgebaut werden (80 Stellen),
- Kollegstufenlehrer an Gymnasien weniger Anrechnungstunden erhalten (50 Stellen),
- durch andere organisatorische Maßnahmen, die nicht die Unterrichtsversorgung beeinträchtigen, Spielraum geschaffen wird (z. B. Arbeitszeitkonto).

Darüber hinaus ist noch vorgesehen, etwa 300 staatliche Bedienstete an Schulen abzuordnen, um Lehrer von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten.

Die Verteilung der 500 „echten“ Lehrkräfte erfolgt im Frühjahr, wenn die vorläufigen Schülerzahlen vorliegen. Allerdings zeichnen sich schon gewisse Trends bei der Verteilung des Kuchens ab:

- Absahnen werden die Realschulen und Gymnasien, obwohl nach Aussagen von Kultusministerin Hohlmeier die Lehrkräfte für das G8 gesondert finanziert werden.
- Das Arbeitszeitkonto kommt und bringt somit für viele Kollegen zusätzliche Belastungen.
- Es ist nicht in Sicht, dass die Kürzung der Anrechnungstunden zurückgenommen wird.

Die zusätzlichen Stellen geben den Referendaren immerhin die Aussicht eine befristete Anstellung zu finden. Die Erfahrungen der Vergangenheit nähren die Hoffnung, dass die Verträge verlängert werden.

Orientierungsmarke für die Verteilung der Planstellen dürfen nicht rein quantitative Aspekte, wie etwa die Schülerzahlen sein. Es gilt zunächst den Blick dorthin zu richten, wo die Nöte am größten sind:

- Die beruflichen Schulen sind die einzige Schulart, an der Pflichtunterricht ausfällt. Es werden also zusätzliche Planstellen benötigt, um den Unterrichtsausfall reduzieren zu können.
- Insbesondere müssen die 60 Planstellen aus dem Topf der nebenberuflichen Lehrkräfte, die für das G8 zweckentfremdet wurden, wieder zurückkommen.
- Der Abbau der Minderklassen

muss mit Augenmaß geschehen und darf nicht nach der Rasenmähermethode erfolgen. Eine Vermischung mit dem Konzept zur Bildung von Kompetenzzentren ist zu vermeiden.

Bis 2007 wird die Zahl der jungen Menschen, die auf den Lehrstellenmarkt drängen, deutlich zunehmen. Danach wird ein so schwacher Rückgang einsetzen, dass es im Jahr 2014 immer noch mehr Lehrstellenbewerber geben wird als im abgelaufenen Jahr 2004. Trotz des Siegesgeheils über den angeblich so erfolgreichen Ausbildungspakt verschlechterte sich die Angebots-Quote. Sie sank von über 93 % im Jahr 1992 auf jetzt 61,6 % und fiel damit so niedrig aus wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Das bedeutet, dass auf die beruflichen Schulen ein Problemberg mit mehreren Gipfeln zukommt:

- Die zunehmenden Schülerzahlen bedeuten einen erhöhten Lehrerberaufbedarf.

- Das Defizit an Ausbildungsstellen zwingt zu einem Ausbau der schulischen Berufsbildungsangebote.
- Es muss Abschied genommen werden von der Hoffnung der dramatische Aderlass durch die ungünstige Alterspyramide bei den Berufsschullehrern könnte durch die demographische Entwicklung abgefedert werden.

Die Weichen für die Rekrutierung von Berufsschullehrernachwuchs müssen jetzt gestellt werden. Die Kräfte, die wir heute nicht bekommen, werden wir morgen nicht ersetzen können. Ein Blick auf die Studentenzahlen zeigt, wie sehr die Attraktivität des Lehrerberufes gelitten hat.

Ohne angemessene materielle Ausstattung kann das System der beruflichen Schulen den vielfältigen Anforderungen und Herausforderungen nicht gerecht werden. Die großen Industrieländer wenden im Durchschnitt drei Prozent für Bildung auf. Deutschland liegt mit 2,3 Prozent deutlich darunter.

## Forscher: Gute Ausbildung wirksamste Strategie gegen Job-Transfer

Zur dauerhaften Erhaltung von Arbeitsplätzen im Hochlohnland Deutschland sind nach Einschätzung des Nürnberger Arbeitsmarktforschers Ulrich Walwei verstärkte Bildungs- und Forschungsanstrengungen erforderlich. Nur mit hoch qualifizierten Fachkräften werde das Land seine Stellung als Hochtechnologie-Standort auch in Zukunft verteidigen können, sagte der stellvertretende Direktor des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der dpa. Andernfalls sei eine weitere Verlagerung von Jobs ins Ausland kaum zu verhindern.

Ein entsprechendes Umsteuern in der Bildungspolitik ist nach Darstellung von Walwei dringend geboten. Untersuchungen des zur Bundesagentur für Arbeit (BA) gehörenden Instituts hätten ergeben, „dass die Bildungsexpansion der 70er und 80er Jahre ins Stocken geraten ist“: Der Anteil gut ausgebildeter junger Männer und Frauen stagniere seit den 90er Jahren. Die Probleme verschärften sich, wenn in den nächsten Jahren viele gut ausgebildete Beschäftigte in den Ruhestand gingen. Es werde schwierig, diese Lücke in den Betrieben zu füllen.

Walwei warnte zugleich vor einer Unterschätzung der Bildungsproblematik für die künftige Arbeitsmarktentwicklung. „Die hohe Qualifizierung der Beschäftigten ist – neben der guten Infrastruktur und der Rechtssicherheit ein zentraler Standortvorteil in Deutschland.“ Dieser dürfe durch Nachlässigkeit in der Ausbildung des Nachwuchses nicht verspielt werden. Überbewertet werde hingegen das Problem der hohen Arbeitskosten als Motiv für Jobverlagerungen.

-dpa-

Bayern gibt gar nur 2 Prozent für Bildung aus. Wir nehmen wohlwollend zur Kenntnis, dass Bayern etwa 15 Mio. Euro dafür ausgibt, um den Schüleranstieg zu bewältigen. Sie hält damit aber lediglich den Status Quo.

Wenn Bayern aber allein die Differenz zwischen Bund und Land beheben wollte, müsste Finanzminister Kurt Faltthauer 1,1 Milliarden Euro in die Schulen stecken.

Die Refinanzierung von Lehrstellen durch Einsparungen in den anderen Ressorts birgt Risiken. Die Reaktion der Polizisten auf den von Beckstein verordneten Stellenabbau scheint eine Befürchtung zu bestätigen: Die Entsolidarisierung von Berufsgruppen, die einen Großteil der Krankheiten unserer Gesellschaft zu schultern haben. Wer diese Entzweiung instrumentalisiert oder auch nur billigend in Kauf nimmt, handelt politisch verantwortungslos.

Wir teilen selbstverständlich das Anliegen des Ministerpräsidenten unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge zu hinterlassen. „Wir wollen, dass auch unsere Kinder noch in ihre Zukunft investieren können“, lesen wir in der Regierungserklärung. Aber verbaut nicht eine Politik, die Bildungschancen verweigert, Zukunftsperspektiven, und zwar endgültig?

Der Ministerpräsident sagt nicht ohne berechtigten Stolz: „Bayern ist der stabile Fels in einem Meer von Schulden“. Kann es sich dieser mächtige Fels nicht erlauben sein Konsolidierungsziel zwar zielstrebig, aber mit flexibler Gelassenheit zu verfolgen? Oder erweist sich der Fels als so hartnäckig, dass er seine Fixiertheit auf ein willkürlich festgelegtes Sparziel nicht aufgeben kann.

Solange Bildungsausgaben ausschließlich davon abhängen, dass sie fiskalpolitisch manövrierfähig bleiben, fällt es schwer an die gleiche Priorität von ausgeglichenem Haushalt und Bildungspolitik zu glauben.

So gesehen sind die Kreuther Beschlüsse ein Beitrag zur personalwirtschaftlichen Mangelverwaltung, aber kein Schritt in Richtung exzellenter Bildung. <

Zum Thema „Verstaatlichung kommunaler Schulen“:

## ESA – ein respektables Beispiel für Zivilcourage

**PETER THIEL**

Die berufliche Bildung in den Schlagzeilen der Würzburger Tagespresse. Gut so. Anlass und Thema jedoch erscheinen weniger erfreulich. Ein Stadtratsbeschluss ist es, der die Gemüter erregt, eine bildungspolitische Entscheidung, die viele nicht nachvollziehen können in der mainfränkischen „Schulstadt“. Auch solche, die nicht unmittelbar mit der beruflichen Bildung befasst sind, scheinen überfordert mit der Beschlusslage.

Die Fakten: In einer seiner herbstlichen Sitzungen hatte das erlauchte Gremium im Grafeneckart – so die Bezeichnung für das Würzburger Rathaus – mehrheitlich beschlossen, der kommunalen Berufsfachschule für Hauswirtschaft den Hahn abzudrehen. Mit Beginn des neuen Schuljahres können dort nunmehr keine Eingangsklassen mehr gebildet werden. Im Klartext bedeutet dies für das Schuljahr 2005/2006 den Verlust von mehr als 60 Ausbildungsplätzen für schulpflichtige Mädchen nach der 9. Klasse der Hauptschule. Viele dieser jungen Leute bleiben erfahrungsgemäß bei der Lehrstellensuche auf der Strecke. Daher muss eine solche Entscheidung – insbesondere auf den Hintergrund der brisanten Lehrstellensituation – der Öffentlichkeit zwangsläufig fragwürdig erscheinen. Unterm Strich nämlich wären für die dreijährige Ausbildung zur Hauswirtschafterin dann sogar 200 Plätze vernichtet.

Die Stadt macht finanzielle Gründe geltend für ihre Entscheidung und weist darauf hin, dass die jungen Leute die staatliche Berufsfachschule für Hauswirtschaft im nah gelegenen Ochsenfurt besuchen können. Dort allerdings gibt es Fachräume für nur eine zusätzliche 10. Klasse und es müsste für das folgende Schuljahr durch den Landkreis kräftig investiert wer-

den, wenn noch weitere Schülerinnen hinzukämen und die Zusatzklassen aufstiegen. Ganz zu schweigen von den Gastschulbeiträgen und den Fahrtkosten, die dann anfielen, so geben diejenigen zu bedenken, die den Stadtratsbeschluss missbilligen.

Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass für dem Fall X in der „Schulstadt Würzburg“ eine voll funktionsfähige Infrastruktur zum Erliegen käme. Die Würzburger Schule konnte jahrzehnte lang in enger Zusammenarbeit mit zahlreichen sozialen Einrichtungen in der Stadt und deren Einzugsgebiet Praktikumsplätze für den wöchentlichen Praxistag der 11. und 12. Klassen anbieten. Allein in der hauseigenen Mensa der Schule – ein anerkannter Lehrbetrieb – werden die Schülerinnen von Montag bis Freitag lehrplangerecht von den Studierenden der Fachakademie für Hauswirtschaft angeleitet und unter meisterlicher Aufsicht ausgebildet. Ein ideales Zusammenwirken also. Soll dies alles nun aufs Spiel gesetzt werden? So fragen sich viele Würzburger. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion formulierte im November zwar einen Antrag zur Rücknahme der Entscheidung, doch diesem war kein Erfolg beschieden.

Mitten hinein in das vorweihnachtliche Verwirrspiel platzte wie eine Bombe die Absichtserklärung des Freistaats, kommunale Schulen künftig schrittweise zu übernehmen. Dies nährte die Hoffnung auf den Verbleib der Berufsfachschule in Würzburg. In neuem Lichte erschien nun die Frage: „Warum muss die in Würzburg bestehende funktionsfähige Ausbildungsinfrastruktur zerschlagen und eine solche mit viel Aufwand in Ochsenfurt erweitert werden, wenn ohnehin eines Tages alles unter der Zuständigkeit des Staates stehen soll“?

Der Widerstand gegen den Stadtratsbeschluss artikuliert sich immer



Die Petition und die 11000 Unterschriften werden übergeben. Von links: ESA-Vorsitzende Christel Wagenbrenner, MdL Rainer Boutter, MdL Simone Tolle, MdL Prof. Dr. Walter Eyckmann.

Foto: Wilhelm Ott

deutlicher und fand seinen Höhepunkt in der Gründung eines Vereins. Zivilcouragierte Damen wollten einfach nicht hinnehmen, was ihnen die Stadt da vorsetzte. Sie rekrutierten sich u.a. aus ehemaligen Lehrkräften und Leiterinnen des „Städtischen Berufsbildungszentrums für Hauswirtschaft und Sozialwesen“. Diese hatten dort einst mit großem Einsatz Aufbauarbeit geleistet und den Ruf Würzburgs als Schulstadt gemehrt. Auch Absolventinnen der Schule – Hauswirtschaftliche Betriebsleiterinnen, Hauswirtschaftsmeisterinnen und Hauswirtschafterinnen – schlossen sich der Neugründung an. „Verein zur Erhaltung schulischer Ausbildung – Hauswirtschaft, Kinderpflege, Sozialpflege im Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen in Würzburg e.V.“ heißt die neugeschaffene Organisation und weil sich diesen Titel seiner Länge wegen kaum jemand merken kann, benötigte man ein griffiges Kürzel. Dieses lautet „ESA“. Derzeit zeichnet der Verein rund einhundert Mitglieder und immer neue stoßen hinzu, in der löblichen Absicht zu retten, was noch zu retten ist. Die Initiatorinnen gingen auf die Straße, informierten in der Würzburger Fußgängerzone und sammelten Unterschriften. 11 000 Personen hatten sich

schließlich in die aufgelegten Listen eingetragen, und Überlegungen in Richtung eines Bürgerbegehrens machen bereits die Runde.

Ein Gespräch des ESA-Vorstands bei Würzburgs Stadtschulrat Reiner Hartenstein lief ins Leere. „Beschluss ist Beschluss“, meinte der Schulreferent und verwies schlichtweg auf die Rechtslage, eine Position, welche die ESA-Initiatorinnen nicht einfach hinzunehmen gedachten.

Verbunden mit einer Petition an den bayerischen Landtag reichte der Verein die gesammelten 11 000 Unterschriften als Paket Mitte Januar weiter. Gegenstand der Petition ist die Bitte um baldmögliche Verstaatlichung der Berufsfachschule für Hauswirtschaft und damit verbunden die Chance auf deren Verbleib in Würzburg. Entgegengenommen hatten das Unterschriftenpaket einschließlich der Petition die drei Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Walter Eyckmann (CSU), Rainer Boutter (SPD) und Simone Tolle (Bündnis 90/Die Grünen). ESA-Vorsitzende Christel Wagenbrenner wies bei der Übergabe nochmals mit Nachdruck auf die miserablen Ausbildungschancen für Hauptschülerinnen hin und erklärte im Hinblick auf die finanzielle Seite der Medaille: „Die Kosten für den Staat wären bei der Würzburger Lösung viel geringer, weil die Einrichtungen für zwei Eingangsklassen ja vorhanden sind“. Die Parlamentarier hingegen dämpften die Erwartungen des Vereins hinsichtlich einer baldigen Verstaatlichung. Sie anerkannten die pädagogischen Argumente der ESA-Vertreterinnen, verwiesen aber gleichzeitig auf die Haushaltslage des Freistaats. Einen Lichtblick sahen sie im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2006. MdL Prof. Dr. Eyck-



„Rettet Ausbildungsplätze“. Unterschriftenaktion in der Würzburger Fußgängerzone.

Foto: Martha Öhrlein



mann unterstrich nochmals, dass es sich bei der Berufsfachschule für Hauswirtschaft um eine Einrichtung für Schulpflichtige handle. „Die betroffenen Schülerinnen – zumeist solche aus sozial schwachem Milieu oder aus Migrantenfamilien – haben kaum berufliche Alternativen“, gab er zu bedenken.

Gleichzeitig verwies er auf die von der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth gebildete Projektgruppe. Diese habe die Aufgabe zu untersuchen, wie und wann kommunale Schulen verstaatlicht werden können. Bereits seit Jahren liegen dem Freistaat Anträge kommunaler Schulträger vor, darunter auch solche aus Würzburg. Entsprechende Vorstöße waren in München bislang stets abgeblockt worden. Nun beginnt dort offenbar ein Prozess des Umdenkens. „Städte wie Würzburg haben durch den Abbau eigener Schulkapazitäten den Staat dazu veranlasst, Ersatzangebote aufzubauen“, wird CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann in der Würzburger Main-Post zitiert. Dieser Prozess werde sich fortsetzen. „Wir brauchen dazu mittelfristig ein verlässliches Konzept“, forderte Herrmann. Der Fraktionsvorsitzende geht davon aus, dass ein solches im Verlauf der nächsten zwei Jahre auf dem Tisch liege. Umstritten allerdings sei, ob der Zeitpunkt der Antragstellung als Kriterium gelte. Wäre dies der Fall, hätte die ESA-Petition gute Chancen.

Die 11 000 Würzburger Unterschriften machen indes die Runde durch die zuständigen Institutionen und ESA verbreitet gebührenden Optimismus. Wie immer man die Chancen beurteilen und die Sache sehen mag: Respekt gebührt den Würzburger Initiatorinnen für deren Standfestigkeit und Zivilcourage. Von Politikverdrossenheit ist jedenfalls bei ihnen nichts zu spüren. <



**Verein zur Erhaltung Schulischer Ausbildung  
Hauswirtschaft, Kinderpflege, Sozialpflege  
im Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und  
Sozialwesen in Würzburg e.V.**

**Vorsitzende: Christel Wagenbrenner,  
Parkstraße 8c, 97228 Rottendorf, Telefon 0 93 02-22 75**

Würzburg, 14. Januar 2005

## Petition an den Bayerischen Landtag

Am 21. 10. 2004 traf der Würzburger Stadtrat einen Beschluss, dem zu Folge dringend benötigte Ausbildungsplätze auf dem Spiel stehen.

Diesem Beschluss gemäß dürfen ab Schuljahr 2005/06 am Städtischen Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen Würzburg keine Schüler/innen mehr in den 10. Schülerjahrgang der Berufsfachschule für Hauswirtschaft (BFSHw) aufgenommen werden.

Angesichts der Ausbildungsplatzsituation in unserer Region halten wir diesen Beschluss für mehr als fragwürdig. Die Entscheidung des Stadtrates löste in Würzburg große Bestürzung, ja Empörung aus. Ein Eilantrag der SPD-Fraktion am 11. 11. 2004 zur Erhaltung der BFSHw wurde abgelehnt.

Um dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegenzuwirken, wurde der Verein „Rettet Ausbildungsplätze – Verein zur Erhaltung Schulischer Ausbildung Hauswirtschaft, Kinderpflege, Sozialpflege im Berufsbildungszentrum für Hauswirtschaft und Sozialwesen in Würzburg (ESA) e.V.“ gegründet.

Dessen Zielsetzungen erhielten eine beeindruckende Bestätigung durch Initiativen

- von Eltern, Schüler/innen und Ehemaligen,
- vom Katholischen Deutschen Frauenbund,
- vom Deutschen Evangelischen Frauenbund,
- vom Fachbereich Frauen verschiedener Ordensgemeinschaften,
- von der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung,
- vom Verband Bayerischer Meisterinnen Hauswirtschaft,
- vom Deutschen Hausfrauenbund,
- vom Bayerischen Landesausschuss Hauswirtschaft Förderverein,
- vom Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft (Dachverband),
- vom Verband der Lehrer an beruflichen Schulen
- sowie in Form der beiliegenden Unterschriftensammlung.

Da in Bayern die Absicht besteht, kommunale Schulen zu verstaatlichen, sehen wir eine reale Chance, diesen Ausbildungsstandort in Würzburg zu erhalten.

Der Verein „Erhaltung Schulischer Ausbildung (ESA)“ fordert im Namen aller Unterzeichneten die bald möglichste Verstaatlichung der Berufsfachschule für Hauswirtschaft in Würzburg.

Mit freundlichen Grüßen  
*Christel Wagenbrenner, Vorsitzende*

als weitere Vorstandsmitglieder:

*Sr. Kunihild Stemmler  
Anneli Czeschner  
Franziska Thiel*

*Gisela Pöllath  
Dorothea Liebscher*

Expertenanhörung im Bayerischen Landtag:

## Nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte untersuchen

**WOLFGANG LAMBL**

Die Expertenanhörung zur Thematik „Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrerinnen und Lehrer“ am 25. Januar 2005 im Bayerischen Landtag, brachte es ans Licht: Es existieren eine ganze Reihe von Untersuchungen zur Arbeitszeit der Lehrkräfte, aber keine der Untersuchungen berücksichtigte die Arbeitsbelastungen, im Sinne von psycho-physischen Belastungen (z. B. durch Klassengrößen, Lärm, Ausstattungsmängel etc.).

Die Expertenrunde war bunt gemischt: Die Entwicklungen und der momentane Sachstand in den einzelnen Bundesländern wurden dargestellt an den Beispielen Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg.

### Berufsverbände und Personalvertretungen brauchen ein Mitspracherecht

Gewerkschaftspolitisch interessant waren die Ausführungen der Teilnehmer aus Dänemark und Österreich. In beiden Ländern wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte immer unter Mitbestimmung der Personalvertreter bzw. der Lehrgewerkschaft(en) verhandelt und über einen (Tarif-)Vertrag geregelt.

In Hessen und Baden-Württemberg erarbeiten eingesetzte Kommissionen unter Einbeziehung der Personalvertretungen und Lehrerverbände momentan Vorschläge und Modelle zur Erprobung. Die Überlegungen in beiden Ländern zielen auf das so genannte „Bandbreitenmodell“ ab, welches in Nordrhein-Westfalen an den Schulen bereits möglich ist.

Die Erkenntnisse der Arbeitszeituntersuchung von Mummert & Partner Consulting AG in Nordrhein-Westfalen, die belegen, dass Lehrkräf-

te unter Einbeziehung der Ferien im Durchschnitt über 1800 Zeitstunden im Jahr arbeiten, haben politisch (bisher) keine Berücksichtigung gefunden.

### Keine unüberlegten Schnellschüsse

Bei den Ausführungen des Hamburger Experten der „Behörde für Bildung und Sport“ hieß es für die anwesenden Mitglieder der Landtagsausschüsse für „Fragen des Öffentlichen Dienstes“ und für „Bildung, Jugend und Sport“ frei nach Erwin Pelzig „Aufgemerkt!“. Die Einführung des „Hamburger Arbeitszeitmodells“, welches differenziert nach Schularten und Fächern die Arbeit der Lehrkräfte über Faktoren unter der Vorgabe Kostenneutralität abzubilden versucht, wurde ohne entsprechende Beteiligung als Modell eingesetzt.

Unterrichtsbezogene, funktionsbezogene und außerunterrichtliche Faktoren (U-F-A-Modell) bestimmen seit 2003 den Arbeitsalltag der Kolleginnen und Kollegen – mit der entsprechenden (Nicht-)Akzeptanz. „Die politischen Vorgaben zur Einführung und Durchführung erübrigten eine Mitwirkung der Personalvertretungen und Lehrgewerkschaften,“ so der Hamburger Ministerialbeamte. Man räumt dort mittlerweile sogar ein, viele Fehler, dafür aber „kurzen Prozess“ gemacht zu haben.

### Für eine Kultur des Vertrauens

Allen Beiträgen war die Absicht der gerechten Arbeitsverteilung in den Lehrerkollegien zu entnehmen – Allerdings äußerten einige Experten Bedenken an der Vorgabe der Kostenneutralität. Positiv anzumerken ist, dass sich die Politiker des Bayerischen Landtages über Arbeitszeitmodelle im Allgemeinen informieren, aber

„Aufgemerkt!“ Nicht nur über die Arbeitszeit, sondern auch mit den Arbeitsbelastungen sollten sich die Politiker intensiv auseinandersetzen. Die Erfahrungen in Dänemark und Österreich zeigen, dass ein hohes Maß an Akzeptanz dann entsteht, wenn betroffene Personalvertretungen und Lehrerverbände in den Entscheidungsfindungsprozess einbezogen werden. Nur so entsteht die nötige Vertrauensbasis, auf der konstruktive Lösungen möglich werden.

### Von einem „Konto des Vertrauens“ kann man nicht nur abheben

Im Grunde ist das vermeintliche „Geheimnis des Vertrauens“ ähnlich simpel wie das „Geheimnis einer guten Beziehung“: Jenseits aller romantischen Verklärung liegt es ganz einfach darin, dass man von einem Konto nicht nur abheben kann, sondern auch etwas einzahlen muss. Für das „Vertrauenskonto“ gilt genau wie für ein Bankkonto: Wer einen hohen Kontostand anstrebt, muss dafür Sorge tragen, dass er mehr einzahlt als er entnimmt. Und wer will, dass sein Konto im Plus ist, der sollte zweckmäßigerweise mit dem Einzahlen beginnen und nicht mit dem Abheben. Denn es sind viele Kolleginnen und Kollegen an einem Punkt angelangt, den ein Zitat von Berthold Brecht treffend beschreibt: „Vertrauen wird dadurch erschöpft, dass man es in Anspruch nimmt.“

### Ihre Meinung ist uns wichtig!

Gerade in der momentanen Diskussion „Brauchen wir neue Arbeitszeitmodelle?“ ist es wichtig, eine möglichst breit angelegte Meinungsbildung zu ermöglichen. <

Kultusministerium, VLB und IHK einig:

## „Wir brauchen die Lehrkräfte in den Prüfungsausschüssen!“

„Wann endlich wirken alle Berufsschullehrer wieder in den Prüfungsausschüssen der IHK's mit? Warum dauert es nun schon so lange, bis den bekannten Forderungen vieler Kolleginnen und Kollegen endlich Rechnung getragen wird?“ So und ähnlich lauten die Fragen von den IHK-Verantwortlichen, Prüfern, Schulleitern und natürlich auch von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Die Verunsicherung – teils auch Verärgerung – ist allenthalben zu spüren.

### Blick zurück – ohne Zorn:

Bei der Mitgliederbefragung der Lehrerverbände aus Anlass der Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit wurden über 3 600 Rückmeldungen an den VLB ausgewertet. Über 72 % der Rückmeldungen haben den Verzicht/ die Einschränkung bei den Kammerprüfungen ausgewählt und in Stellungnahmen vom Verband eine konsequente Umsetzung gefordert. Der Hauptvorstand hat daraufhin die bisherigen Maßnahmen und die Vorgehensweise beschlossen.

### Der VLB-Vorschlag:

Im am 3. November 2004 mit den Spitzenvertretern von Industrie- und Handelskammer, dem Kultus- und dem Wirtschaftsministerium geführten Gespräch einigten sich die Parteien darauf, folgenden Lösungsvorschlag zu prüfen:

- Zeitliche Anrechnung der Mitwirkung der Lehrkräfte bei Berufsabschlussprüfungen bis zu 10 Unterrichtsstunden im Rahmen der Lehrerunterrichtszeitfassung (LUZ) bei entsprechender Aufwandsentschädigung durch IHK (z. B. Fahrtkosten).
- Durch Anrechnung nicht abgedeckte Prüfungszeiten werden mit dem Mehrarbeitsvergütungssatz abgedeckt. Prüfungskorrekturen werden von einer Zeit- auf eine Stückzahlvergütung umgestellt (Passauer Modell).

Um die von allen Seiten gewünschte Beteiligung aller Kolleginnen und Kollegen an der Winterprüfung 2004/05 umzusetzen, sollte eine Zusage beider Institutionen noch vor dem VLB-Berufsbildungskongress erfolgen.

### Die Reaktionen:

- Die IHK hat dem VLB ihre Zustimmung am 24. 11. 2004 zu dem Vorschlag signalisiert.
- Das Kultusministerium hat dem VLB am 26. 11. 2004 mitgeteilt, dass es noch Verhandlungsbedarf gebe.

### Blick nach vorn – mit Erwartung:

Die unterschiedliche Auslegung der kultusministeriellen Vorgaben bezüglich der zeitlichen Anrechnung der Mitwirkung von Lehrkräften in Berufsabschlussprüfungen durch die Schulleitungen bewirkten auch eine differenzierte Betroffenheit und Betrachtungsweise der Kolleginnen und Kollegen. Ein herzlicher Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen und Schulleiter, durch deren solidarische Unterstützung die bisherigen Fortschritte erreicht wurden.

Für den 9. Februar ist nun die (hoffentlich) abschließende Gesprächsrunde mit Ministerialdirigent Thomé am Kultusministerium vereinbart, denn für alle Beteiligten ist klar: „Wir brauchen die Lehrkräfte in den Prüfungsausschüssen!“ -WL-

### Föderalismuskommission ohne Ergebnis:

## Keine Lösung des gordischen Knotens

### WOLFGANG LAMBL

Die gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, die so genannte Föderalismuskommission, hat sich auf der letzten Sitzung am 17. Dezember 2004 nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen können. Die vorgesehene Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern – darunter auch die für den öffentlichen Dienst – ist damit zunächst gescheitert.

Die Föderalismuskommission war im Oktober 2003 von Bundestag und Bundesrat mit dem Ziel eingesetzt worden,

- die Zuordnung von Gesetzgebungszuständigkeiten auf Bund und Länder,
- die Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte der Länder in der Bundesgesetzgebung und

- die Finanzbeziehungen (insbesondere Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen) zwischen Bund und Ländern zu überprüfen.

Wesentliches Ziel des Bundes war es dabei vor allem, die Zustimmungserfordernisse durch den Bundesrat, die zwischenzeitlich etwa 60 % aller Gesetzesvorhaben des Bundes betreffen, zu reduzieren und damit auch die politischen Verantwortlichkeiten eindeutiger herauszuarbeiten.

Ein wesentlicher Punkt, der dabei von Länderseite regelmäßig eingefordert wurde, war die Übertragung der Kompetenzen für das Besoldungs- und Versorgungsrecht sowie wesentlicher dienstrechtlicher Fragen vom Bundes- auf den Landesgesetzgeber. Im weiteren Verlauf der Diskussion hinzugekommen ist auf Initiative einzelner Länder ein Katalog von Vorschlägen zur Änderung des Art. 33 Abs. 5 GG – der zentralen

## Einladung zum SIEC „Junior-Seminar“

Die Deutsche Landesgruppe der Internationalen Gesellschaft für kaufmännisches Bildungswesen lädt junge Lehrerinnen und Lehrer und Referendarinnen und Referendare zu einer Fortbildungsveranstaltung nach München ein.

**Termin:** 15. / 16. April 2005  
**Ort:** Stahlgruber-Stiftung, Murnauer Str. 61, 81379 München.  
 Für Übernachtungsgäste sind Einzelzimmer reserviert.  
**Kosten:** Übernachtungs- und Verpflegungskosten übernimmt SIEC Deutschland.

### Programm: Freitag, 15. April 2005

	Thema	Referierende
9.00 – 9.30	Einführung und Vorstellung der SIEC	Dr. Fritz Peege, Bundesvorsitzender SIEC Deutschland
9.30 – 10.30	Medienprojekt Minnesota/München als Private-Public-Partnership organisiert	Frank Fischer
10.30 – 11.15	Diskussion, Kaffeepause	
11.15 – 12.15	Leonardoprojekt mit finnischen und deutschen Schülern: Untersuchung der Wirksamkeit der Werbemittel im Flughafen München	Armin Scholz
12.45 – 14.30	Mittagessen in der Stahlgruber-Stiftung	
14.30 – 17.30	Unterrichtsorganisation einmal anders: Kurssystem ersetzt Deutsch und Religion	Ute Müller-Seydlitz, Karin Dittrich
	ECDL (Europäischer Computer-Führerschein)	Dr. Sabine Gillitzer
	Schulbeginn neu organisiert: Kennenlernseminar für neue Klassen motiviert für die Arbeit in der Schule	Meike Brecker Roger Geretshuber
ab 18.15	Abendessen im Gasthaus Wöllinger, Johann-Klenze-Str. 112	

### Programm: Samstag, 16. April 2005

9.00 – 10.30	Europaprojekte: Welche Fördermöglichkeiten gibt es? Wie, wann und an wen sind Anträge zu stellen?	Elisabeth Manneck-Reichelt, Stephanie Peschke, Europabüro der Landeshauptstadt München und Dieter Huber, Beauftragter des Kultusministeriums für SOKRATES/COMENIUS in Bayern am ISB
10.30 – 10.45	Kaffeepause	
10.45 – 12.30	Modus 21	Hans Käfler, o.V. Landesvorsitzender des VLB

### Anmeldung und Zimmerreservierung erbeten bis 15. März 2005

bei Ute Müller-Seydlitz, Städt. Berufsschule für Medienberufe, Schwere-Reiter-Str. 35, 80797 München, Fax: 0 89 - 30 65 87 24, E-Mail: [Ute.muellerseydlitz@muenchen.de](mailto:Ute.muellerseydlitz@muenchen.de)

verfassungsrechtlichen Verankerung des Berufsbeamtentums. In dem Grundgesetzartikel sind über die Generalklausel der „hergebrachten Grundsätze“ nicht nur die wesentlichen Rechte und Pflichten des Beamtenverhältnisses festgeschrieben, sondern ebenso die Verpflichtung des jeweiligen Gesetzgebers beide Seiten in einem ausgewogenen Verhältnis zu halten. Die Vorstellungen der Länder reichten demgegenüber von der Ausschaltung einzelner Grundsätze, etwa des Laufbahnprinzips, aber auch des Lebenszeitprinzips – Letzteres hätte auch Kündigungen im Beamtenverhältnis möglich gemacht –, über die Einführung eines „einfachen Gesetzesvorbehaltes“, der den Ländern die volle Handlungsmacht gegeben hätte, bis zu den Vorschlägen von Nordrhein-Westfalen, das herkömmliche Beamten- und Tarifrecht völlig aufzulösen und durch ein einheitliches Dienstrecht zu ersetzen.

Die Föderalismuskommission hat verschiedene Projektgruppen eingesetzt, die Projektgruppe 2 hat sich konkret mit Fragen des öffentlichen Dienstes befasst.

Der dbb hat parallel zu den Arbeiten in der Föderalismuskommission den Auftrag des Gewerkschaftstages 2003 aus dem „Reformmodell 21“ aufgegriffen und Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister über eine Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes aufgenommen. Erklärtes Ziel dieser Verhandlungen war es, einerseits das geltende Beamtenrecht fortzuentwickeln und in Form von Leistungselementen auch leistungsorientierter zu gestalten, dabei gleichzeitig den Ländern im Rahmen von Bandbreiten die Möglichkeit zu eröffnen, arbeitsmarktpolitischen und regionalen Anforderungen in ihrem Bereich Rechnung zu tragen, beides ohne – das war unabdingbare Prämisse – die verfassungsrechtlichen Grundlagen zu tangieren. Als Ergebnis dieser Verhandlungen, in deren Verlauf sich auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di beteiligt hat, ist im Oktober 2004 gemeinsam vom Bundesinnenminister und den

Vorsitzenden von dbb und ver.di das Eckpunktepapier „Neue Wege im öffentlichen Dienst“ vorgelegt worden, das konkrete Vorschläge für eine verfassungskonforme Neugestaltung des öffentlichen Dienstes enthält.

Dieses Konzept hat Eingang in die Beratungen der Föderalismuskommission gefunden.

Gleichwohl ist als Ergebnis der Kommissionsberatungen zunächst ein „gemeinsamer Sprechzettel“ der beiden Vorsitzenden vorgelegt worden, der gravierende Veränderungen für den öffentlichen Dienst vorsah. Danach sollte zum einen die Gesamtkompetenz für das Laufbahnrecht, die Besoldung und die Versorgung auf die Länder übertragen werden. Darüber hinaus sollte Art. 33 Abs. 5 GG so ergänzt werden, dass das Recht des öffentlichen Dienstes unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze zu regeln und – zusätzlich – „fortzuentwickeln“ wäre. Diese letzte Ergänzung ging noch über das Votum der zuständigen Projektgruppe hinaus und bis zuletzt bestand hierzu Unklarheit über die konkreten rechtlichen Konsequenzen für die spätere Umsetzung.

Die Bundesleitung des dbb hat mit Aufnahme der Arbeit der Föderalismuskommission in kontinuierlichem Gesprächskontakt mit den Vertretern der Landes- und der Bundesseite wie auch der Bundesregierung gestanden. Zentrales Thema war dabei die Sorge, dass die Verlagerung der Besoldungs- und Versorgungskompetenzen einen gefährlichen Konkurrenzkampf im Personalbereich zwischen den Bundesländern eröffnet hätte. Das von den Befürwortern einer derartigen Regelung angeführte Element des „Wettbewerbs der Dienstherren“ musste nach Auffassung der dbb-Bundesleitung in die Leere gehen, weil einerseits öffentliche Aufgaben nicht mit privaten Leistungsangeboten vergleichbar sind, sondern im Interesse der Einheit der Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet einheitlich und in gleicher Qualität erbracht werden müssen. Zum anderen war ein fairer Wettbewerb zwischen den Ländern

schon deshalb von vornherein ausgeschlossen, weil die Länder von ihrer Wirtschaftskraft völlig unterschiedlich „aufgestellt“ sind und daher auch völlig unterschiedliche Startpositionen hatten.

Unmittelbar vor der letzten Sitzung der Föderalismuskommission zeichnete sich ab, dass in einem der noch offen gehaltenen Dissenspunkte, nämlich bei der Frage der Zuständigkeitsverteilung im Hochschulrecht, eine Einigung zwischen Bund und Ländern nicht zu erzielen war: Während die Länder auf einer vollständigen Übertragung aller Kompetenzen im Bereich Bildung – einschließlich der Hochschulen – bestanden, beharrte die Bundesseite darauf, dass es bei einem Restbestand von bildungspolitischen Kompetenzen des Bundes im Bereich des Hochschulzugangs – und der Abschlüsse – bleiben müsse. Dieser offe-

ne Dissens ließ sich auch in der abschließenden Sitzung der Föderalismuskommission nicht aufheben, so dass die Kommission ihre Arbeit ohne Ergebnis abgeschlossen hat.

Die dbb-Bundesleitung hat sich unmittelbar im Anschluss an die Bekanntgabe dieses Ergebnisses dafür eingesetzt, dass sich vor allem die Länder jetzt wieder auf das sachlich Mögliche konzentrieren. Mit dem gemeinsamen Eckpunktepapier von BMI, dbb und ver.di liegt ein Konzept vor, das den Ländern die von ihnen eingeforderte größere Flexibilität, etwa für die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten, bei der Besoldung ermöglicht, ohne gleichzeitig einen ruinösen Wettbewerb der Länder untereinander zu eröffnen. Die dbb-Bundesleitung wird jetzt mit Nachdruck daran arbeiten, diese Eckpunkte in konkrete Regelungen umzusetzen. <

## Nachtrag zum Bamberger Berufsbildungskongress:

Ihr Amt als Referentin für Fachlehrerfragen gab Dorothea Helbig in Bamberg an Reinhold Küffner, ihrem bisherigen Stellvertreter, weiter. Ihr Nachfolger (Mitte) und Robert Kölbl (links) bedankten sich bei Dorothea Helbig für ihr großes En-



gagemnet, wenn es um die Belange der Fachlehrer ging, mit einem in den Verbandfarben gehaltenen Blumenstrauß.

Dorothea Helbig wird dem VB auch weiterhin in Funktion verbunden bleiben: sie hat den Bezirksvorsitz in Unterfranken übernommen. Auch der VLB bedankt sich bei Dorothea Helbig und wünscht ihr bei der neuen Aufgabe alles Gute und freut sich weiterhin auf eine konstruktive Zusammenarbeit. rf

## Verschwiegene Kapitalvermögen

## BAföG-Betrug – nur eine Ordnungswidrigkeit?

WOLFGANG LAMBL

Wer als „BAföG-Bezieher“ Kapitalvermögen über der Freigrenze (i. d. R. 5 200 Euro) nicht angegeben hat, verlebt gegenwärtig unruhige Zeiten. Ein automatisierter Datenabgleich zwischen dem Bundesamt für Finanzen und den Ausbildungsämtern hat aufgedeckt, dass zahlreiche Auszubildende durch wahrheitswidrige Angaben zu Unrecht Ausbildungsförderung (Zuschuss bzw. zinsloses Darlehen) erlangt haben. Das Bundesamt darf den Sozialleistungsträgern nach dem 1999 eingeführten § 45d III EStG mitteilen, in welcher Höhe Freistellungsvolumina aus Kapitalanlagen in Anspruch genommen wurden. Dies ermöglicht den Rückschluss auf vorhandenes Vermögen. Darunter sollen sich „krasse Fälle“ finden, in denen Vermögen in sechsstelliger Höhe verschwiegen wurde. Die Behörden reagieren mit Rückforderungsbescheiden. Daneben drohen straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen. Kritisiert wird eine unterschiedliche Handhabung in den Ländern. Während ein Teil der Länder eine „harte“ Linie in Form einer automatischen Information der Staatsanwaltschaft und damit strafrechtlicher Verfolgung verfechte, soll anderswo Zurückhaltung geübt werden; dort verbleibe es zumeist bei einer Ahndung als Ordnungswidrigkeit (OWi).

Zunächst zum Unproblematischen: Wer beim „BAföG-Antrag“ vorsätzlich über der Freigrenze liegendes Kapitalvermögen verschweigt, begeht nach dem Buchstaben des Gesetzes einen (versuchten) Betrug. Er täuscht den Sachbearbeiter über diese Tatsache und erregt bei diesem eine entsprechende Fehlvorstellung. Aufgrund des Irrtums wird an den Antragsteller der Zuschuss/das zinslose Darlehen (überhöht) ausgezahlt (Vermögensverfügung), was beim Leistungsträger einen Vermögensschaden verursacht, weil die Leistung (teilweise) einem Nichtbe-

rechtigten gewährt wird. Der Antragsteller erstrebt mit dem Zuschuss/der Nutzbarkeit des Darlehens einen stoffgleichen Vermögensvorteil, der ihm (so) nicht zusteht (Bereicherungsabsicht). Auf Nichtwissen kann sich der Antragsteller dabei schwerlich überzeugend berufen. Denn er wird durch eine mit Rechenbeispielen erläuterte Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung informiert. Die Antragsformblätter, deren richtige und gewissenhafte Ausfüllung er mit seiner Unterschrift bestätigt, verlangen Angaben zum Kapitalvermögen und verweisen unmissverständlich auf die Freigrenzen sowie die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben bzw. beim Unterlassen von Änderungsanzeigen.

## Interner Sanktionskatalog

Die bayerischen Staatsanwaltschaften haben sich in der Verfolgung auf einen internen Katalog mit schadensabhängigen Sanktionen geeinigt. Danach kann beispielsweise bei geringem Schaden, umfassendem Geständnis und vollständiger Schadenswiedergutmachung das Verfahren gegen Geldauflage und somit ohne Eintrag ins Bundeszentralregister eingestellt werden. Hat jemand aber wissentlich tausende Euro kassiert und ist am Ende gar bereits einschlägig vorbestraft, ist auch eine Haftstrafe ohne Bewährung denkbar. Die meisten Beschuldigten werden (keinen allzu gravierenden Betrug vorausgesetzt) einen Strafbefehl in ihrer Post finden. Inhalt: Bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung oder bis zu 360 Tagessätze. Ab 90 Tagessätzen inklusive Eintrag ins Führungszeugnis. Wer den Strafbefehl akzeptiert, gilt als vorbestraft, erspart sich aber eine Gerichtsverhandlung.

## Keine Karriere im Öffentlichen Dienst

Auch wenn berücksichtigt werde, dass die meisten Tatverdächtigen noch am

Anfang ihrer Persönlichkeitsentwicklung stehen – „Bafög-Betrug ist kein Kavaliersdelikt“, so die Aussage des Würzburger Oberstaatsanwaltes. Die Staatsanwaltschaft würdige jeden Einzelfall, es könne aber kein Personenkreis geschont werden, betont die Staatsanwaltschaft, und zielt dabei auf jene, die in den Staatsdienst wollen. Da jede Vorstrafe ins Bundeszentralregister eingetragen wird, und dieses bei Einstellungen in den Öffentlichen Dienst geprüft wird, wird es eng für alle, die gerne Richter oder Lehrer geworden wären. Ertappten sei in jedem Fall zur Kooperation geraten. Wer die Karten offen auf den Tisch legt und die Bafög-Leistungen zeitnah im vollen Umfang zurückzahlt, sammelt Pluspunkte. <

Quelle: JA 06/2004, Vorpublikation

## „Saloppe“ Dienstzeugnisse bei Beamten sind zulässig

Dienstzeugnisse von Beamten müssen im Gegensatz zu Zeugnissen von Arbeitnehmern nicht grundsätzlich „wohlwollend“ formuliert werden. Das geht aus einem veröffentlichten Beschluss des saarländischen OVG hervor (Az: 1 Q 71/04). Danach ist die dienstliche Beurteilung eines Beamten ein so genanntes Innenzeugnis zur Klärung einer Wettbewerbssituation. Der Beamte werde darin in seiner Leistung mit anderen verglichen und müsse einzelne „unangemessene, saloppe, ungeschickte oder missglückte“ Formulierungen hinnehmen. Nach Angaben des Gerichts ist das Zeugnis eines Arbeitnehmers dagegen ein „Außenzeugnis“. Es müsse nach dem arbeitsrechtlichen Grundsatz „wohlwollend“ formuliert werden, da sich der Arbeitnehmer damit möglicherweise noch für eine neue Stelle bewerben wolle.

Mein Kommentar dazu: „Lieber keine Beurteilung, als eine mit „unangemessenen, saloppen, ungeschickten oder missglückten“ Formulierungen!“

Wolfgang Lambl nach einer dpa-Meldung vom 07. 01. 2004. <

# Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts der Referendare

HEIKO POHLMANN

Die CSU-Landtagsfraktion hat im Einvernehmen mit der bayerischen Staatsregierung beschlossen, für das Schuljahr 2005/2006 die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Dabei werden 500 Lehrer über Zeitverträge neu eingestellt. „... Darüber hinaus werden mehr als 300 Stellen durch verschiedene organisatorische Maßnahmen gewonnen“, heißt es in einer Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 14. Januar 2005. Dazu gehören

- ... die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts der Referendare (57 Stellen) ...“

„Wir unterrichten ja schon seit Schuljahresbeginn 16 Stunden eigenverantwortlich, das Höchstmaß, das die Lehrerprüfungsordnung (LPO II) zulässt,“ so ein Referendar, als er von der Pressemitteilung erfährt. Richtig ist diese Aussage auch dann, wenn man in die Vergangenheit der letzten zehn bis fünfzehn Jahre schaut. Mit Ausnahmen erhielten die Referendare im zweiten Ausbildungsjahr immer Unterrichtsaufträge bis zu 16 Stunden. Der statistische Schnitt liegt gegenwärtig bei 14,3 Stunden, so ist aus dem Kultusministerium zu hören.

Betrachtet man die Gesamtsituation, so sind diese Überlegungen zur Erhöhung der Unterrichtszeit der Referendare in ein größeres Konzept einzubinden. Daher der Reihe nach:

## Schulpraktika nach der LPO I und für Diplomhandelslehrer

Mit dem 7. November 2002 ist die Lehrerprüfungsordnung für das Erste Staatsexamen (LPO I) neu geordnet worden. Danach haben die Studierenden für das Lehramt an beruflichen Schulen vor und während des Studiums fünf Praktika abzuleisten.

- *Das Berufspraktikum* mit einer Dauer von zwölf Monaten oder die abgeschlossene Lehre, die zum Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen Grundvoraussetzung ist, ersetzt das für alle anderen Lehrämter geforderte Betriebspraktikum.
- *Das Orientierungspraktikum* dient dem Kennenlernen der beruflichen Schulen und soll vor Aufnahme des Studiums im Umfang von drei bis vier Wochen abgeleistet werden.
- *Das schulpädagogische Blockpraktikum* umfasst 50 Unterrichtsstunden und dauert drei Wochen. Es dient dazu, den Unterricht, erzieherische Probleme und verschiedene Unterrichtsstile kennen zu lernen und eigene Unterrichtsversuche durchzuführen. Die Universitäten sollen dazu Vor- und Nachbereitungskurse anbieten, an denen die Studierenden verpflichtend teilnehmen müssen. Die Aufgaben der Studierenden sind in der Prüfungsordnung ebenso festgelegt wie die Durchführung eines Beratungsgesprächs mit dem Praktikumslehrer.
- *Das fachdidaktische Blockpraktikum* dauert ebenfalls drei Wochen im Umfang von 50 Stunden. Es findet an einer weiterführenden beruflichen Schule statt und dient dem Kennenlernen des Unterrichts im Zweitfach.
- *Das studienbegleitende fachdidaktische Praktikum* bezieht sich auf die vertieft studierte berufliche Fachrichtung und wird daher an einer Berufsschule durchgeführt. Während eines Semesters findet dieses Praktikum mit eigenen Unterrichtsversuchen einmal in jeder Woche im Umfang von mindestens vier Stunden Unterricht statt. Besprechungen der gehaltenen und beobachteten Unterrichtsstunden mit den Praktikumslehrern gelten

dabei als ausgesprochen wichtig und lehrreich.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen: Wenn alle 5 Praktika so erst genommen werden, dass sie wirklich zur Vorbereitung auf den Unterricht genutzt werden, bereiten sie die Studierenden gut auf den Vorbereitungsdienst vor. Hierbei tragen – wie bisher auch schon – die Praktikumslehrer und die Betreuer der Intensivkurse an den Universitäten eine gewichtige Verantwortung.

Schulpraktika für Diplomhandelslehrer werden während des Studiums teilweise in ähnlichem Umfang durchgeführt oder befinden sich im Aufbau. Auch sie dienen dazu, die Studierenden auf den Unterricht an beruflichen Schulen vorzubereiten, sind aber in den Prüfungsordnungen bis jetzt noch nicht eindeutig geregelt.

## Vorbereitungsdienst im 1. Jahr

Rechtsgrundlage für das Zweite Staatsexamen ist die Ordnung der Zweiten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen (LPO II). Die Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an beruflichen Schulen (ZALB) bezieht sich auf die LPO II und regelt die Ausbildung an den Studienseminaren und den Unterrichtseinsatz der Referendare.

Die Gesamtverantwortung für die Ausbildung tragen die Seminarvorstände an den Studienseminaren. An den Seminartagen stehen die Bereiche Pädagogik, Schulpädagogik, Psychologie, Schulrecht und Schulkunde sowie Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung im Mittelpunkt.

Die unterrichtspraktische Ausbildung erstreckt sich auf folgende Formen:

- *Hörstunden in den eigenen Fächern:*  
Hier soll die Unterrichtswirklichkeit in den Fächern gesehen werden, für die die Lehrbefähigung erworben wird.
- *Hospitationen in anderen Fächern:*  
Diese Stunden dienen dem Kennenlernen des Unterrichts in anderen Fächern und Schularten.

- **Lehrversuche:**  
Sie sollen zu Beginn der Ausbildung im Vorbereitungsdienst dem Referendar die Gelegenheit geben, sich unter Anleitung der Seminarlehrer in der Planung und Durchführung des Unterrichts zu üben.
- **Zusammenhängender Unterricht:**  
Etwa ab dem dritten Monat kann der Referendar mit Lehraufgaben betraut werden, die zunächst sechs Wochenstunden umfassen und am Ende des 1. Ausbildungsjahres bis auf zehn Unterrichtsstunden gesteigert werden. Der für den Unterricht zuständige Lehrer trägt die volle Verantwortung für die Einhaltung des Lehrplans.
- **Eigenverantwortlicher Unterricht:**  
Ab dem sechsten Monat können geeignete Referendare neben dem zusammenhängenden Unterricht oder an dessen Stelle mit eigenverantwortlichem Unterricht bis zum Höchstmaß von sechs Wochenstunden betraut werden. Hier übernehmen sie dann die volle Verantwortung für den Unterricht.
- **Fachsitzungen:**  
In diesen Sitzungen, die von den Seminarlehrern geleitet werden, erfolgt die Ausbildung in der Methodik der Unterrichtsfächer, in denen die Lehrbefähigung erworben wird.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die Referendare durch die Seminarvorstände und die erfahrenen Seminarlehrer sorgsam und qualitativ sinnvoll und effektiv in ihre Unterrichtstätigkeit eingeführt werden.

### Vorbereitungsdienst im 2. Jahr

In diesem Abschnitt wird Ausbildung am Studienseminar wird fortgesetzt, ergänzt durch die Einführung in den Deutschunterricht an der Berufsschule.

Der Referendar unterrichtet nun an einer Einsatzschule und erteilt dort elf Stunden. Dieses Stundendeputat deckt sein Basisgehalt ab. Darüber hinaus kann er zur Unterrichtsaushilfe mit eigenständigem Unterricht bis zu einem Höchstmaß von 16 Stunden herangezogen werden. Dieser über elf Stunden hinausgehende Unterricht wird wie Mehrarbeitsstunden vergütet.

19 Stunden müssen die Referendare an der Einsatzschule verbringen, die sich aus dem eigenständigen Unterricht und Hör- und Hospitationsstunden zusammensetzen. Zusätzlich findet in jeder Woche ein Hauptseminartag beim Seminarvorstand im Umfang von fünf Zeitstunden statt. Daraus ist zu ersehen, dass die Referendare bei einem Unterrichtseinsatz von 16 Stunden voll belastet sind.

Damit schließt sich der Kreis wieder und die Pressemitteilung des Kultusministeriums ist nun sicher leichter zu verstehen.

### Mögliche Optionen für einen Einsatz von Referendaren

Gegenwärtig können noch keine genaueren Angaben dazu gemacht werden, wie man sich die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts der Referendare vorstellt. Viele Möglichkeiten bieten sich an, da die Prüfungsordnung auch solche zulässt.

Da ist z. B. die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts im ersten Ausbildungsjahr zu nennen. Im ersten Halbjahr ist ein solcher Unterricht nicht vorgesehen und es wäre sicher nicht gut, dies zu ändern. Im zweiten Halbjahr können geeignete Referendare bis zu sechs Stunden eigenverantwortlich unterrichten, wodurch die Seminarschulen im zweiten Halbjahr je nach Anzahl der Referendare entlastet würden. Bei entsprechender Vorbereitung der unterrichtlichen Tätigkeit in den Praktika an den Universitäten könnte man sich diesen Einsatz durchaus vorstellen.

Da ist z. B. aber auch die Erhöhung im zweiten Ausbildungsjahr zu nennen. Nach der Prüfungsordnung können Referendare an der Einsatzschule bis zu einer durchschnittlich höchstzulässigen Anzahl von 16 Stunden für Unterrichtsaushilfe eingesetzt werden. Diese Maßnahme würde nur wenige treffen, deren Unterricht würde im Schnitt um 1,7 Stunden erhöht, während viele andere davon gar nicht betroffen sind.

Da bei Redaktionsschluss noch keine Ergebnisse der Verhandlungen vorlagen, wird man gespannt abwarten

müssen, um zu erfahren, wie sich das Kultusministerium die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts der Referendare vorstellt. Wir werden weiter berichten und uns bei überzogenen Anforderungen massiv einschalten, da die Qualität der Ausbildung oberste Priorität haben muss und nicht der Unterrichtseinsatz, der Lücken stopft.

### Zusammenfassung

Die Erfahrung zeigt, dass es im ersten Jahr trotz guter Praktika nur wenige geeignete Referendare gibt, die von Anfang an eigenständig einen guten Unterricht organisieren können, der für die Schüler logisch aufgebaut und effektiv und sach- und fachgerecht moderiert wird. Daher sollten im ersten Jahr nur geeignete Referendare bis zu zwei Stunden nach einer kurzen „Eingewöhnungszeit“ eigenständig unterrichten. Die Feststellung darüber treffen die zuständigen Seminarlehrer.

Wenn die Studenten wie im Rahmen des Projektes „Exercitium Pädagogicum“ zusätzlich noch Erfahrungen im Umgang mit den Schülern sammeln können, verbessert sich die Situation nochmals. Bei diesem Projekt, das mit den Universitäten Passau, Regensburg und Augsburg durchgeführt wird, besuchen die Studenten zwei Semester lang an einem Tag in der Woche eine Schule und stehen dort zur individuellen Förderung von Schülern zur Verfügung.

Die Umfrage unter den Referendaren im zweiten Jahr zeigte, dass es ihnen meist keine Probleme bereitet, diese 16 Stunden zu unterrichten. Diese Aussage lässt sich über mehrere Jahre rückwirkend verfolgen und bestätigen. Die Referendare sollten dabei möglichst viele Parallelstunden bekommen, damit sie ihre Unterrichtsqualität selbst verbessern können. Hier sind die Schulleiter der Einsatzschulen gefragt, denn sie können dafür sorgen, dass dieser Wunsch in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Ferner wünschen sich Referendare mehr Hilfen von den Betreuungslehrern und den anderen Teamkollegen in der Abteilung.



## Ausblick

Deutlich wird, dass ein Gesamtkonzept „Lehrerbildung“ entwickelt werden muss, um die Qualität der Lehreraus- und Lehrerfortbildung zu verbessern. Es müsste ein Netzwerk geknüpft werden, in dem die Universitäten, die Studienseminare, die zu bildenden Kompetenzzentren der beruflichen Schulen und die Lehrerfortbildung wichtige Kontaktpunkte darstellen. Diese Institutionen müssen sich gegenseitig beeinflussen, ihre Ausbildung und Fortbildung aufeinander abstimmen, um so eine optimale Ausbildung und eine bedarfsgerechte Fortbildung zu realisieren.

Der VLB wird sich dieser Problematik in der nächsten Zeit deutlicher annehmen, insbesondere, wenn es da-

rum geht, die Studiengänge mit Bachelor- und Masterabschlüssen neu zu ordnen und zu organisieren. Grundlagen hierzu bilden zwei von den Vertreterversammlungen in Passau und Bamberg angenommene Entschlüsse: die eine beinhaltet die teilweise Umorganisation des Vorbereitungsdienstes im zweiten Jahr und die andere die Schaffung von sinnvollen Bachelor- und Masterstudiengängen. Hier bietet sich die Gelegenheit, das oben erwähnte Netzwerk von Grund auf neu zu gestalten. Angenommene Anträge zur Verbesserung der Ausbildung im zweiten Ausbildungsjahr, zur Aufwertung der Tätigkeit der Betreuungslehrer und zur Verbesserung der Lehrerfortbildung ergänzen diese Entschlüsse. <

weise bis zu 7 Hausarbeiten der Referendare zu bewerten und das ebenfalls zum Nulltarif.

Die dazu von der abl erstellte Resolution zu dieser Kürzung wurde mit Schreiben des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus beantwortet und um Verständnis dafür gebeten, dass die aktuelle Haushaltslage es nicht erlaube, die mit dem Amt des Seminarlehrers unmittelbar verbundene Tätigkeit eigens zu vergüten.

## Prüfervergütungen für Prüfer nach der LPO I neu geregelt

Schaut man hingegen in die „Verordnung über die Gewährung von Vergütungen für Professoren, Professorinnen, Hochschulassistenten und Hochschulassistentinnen bei Prüfungen nach der Lehramtsprüfung I (VergV-LPO I) vom 17. Mai 2004“, so erkennt man, dass die Prüfervergütungen darin neu festgesetzt sind. So erhält z. B. ein Prüfer für die Betreuung, Korrektur und Bewertung einer schriftlichen Hausarbeit 34,30 Euro. Dabei erhält der Erst- und Zweitprüfer den gleichen Betrag. Alle weiteren Prüfertätigkeiten, beginnend mit der Aufgabenstellung für Prüfungen bis zur Erstellung eines Stichentscheids, werden entsprechend honoriert.

Alle im Staatsdienst tätigen Personen sind gezwungen, Geld zu sparen. Dies sieht jeder ein und unterstützt dieses Anliegen sicher, wenn es alle gleich trifft. Die Gleichbehandlung gilt als wichtiger Grundsatz bei allen Prüfungen. Daher muss auch bei der Gewährung von Vergütungen die Gleichheit unbedingt möglichst schnell wieder hergestellt werden. <

# Seminarlehrer müssen zusätzlich „bluten“

**HEIKO POHLMANN**

Die Seminarlehrer an beruflichen Schulen müssen mit Beginn des laufenden Schuljahres wie alle anderen Lehrer auch ein Stunde mehr unterrichten. Das ist legitim und selbstverständlich, da die Erhöhung alle Lehrer betrifft und damit der Gleichheitsgrundsatz gegeben ist.

## Anrechnungsstunden gestrichen

Um eine Stunde gekürzt hat man zusätzlich dazu die Anrechnungsstunden für die Seminarlehrer, die diese erhalten, um ihre Referendare qualitativ gut, effektiv und sinnvoll auszubilden. Die Anzahl dieser Stunden ist gestaffelt und richtet sich danach, wie viele Referendare die Regierung dem Seminarlehrer zugewiesen hat. Das bedeutet also insgesamt, dass zusätzlich eine weitere Stunde mehr zu unterrichten ist. Damit ist der Gleichheitsgrundsatz gegenüber

allen anderen Lehrern empfindlich gestört.

## Prüfervergütungen für Prüfer nach der LPO II gestrichen

Doch damit nicht genug. Für die Seminarlehrer und auch für die Personen, die an Prüfungen nach der Lehrerprüfungsordnung (LPO II) teilnehmen, wurde zu Beginn des vergangenen Jahres die Prüfervergütung gestrichen. Dies betrifft insbesondere zusätzlich die Betreuungslehrer, die z. B. Hausarbeiten beurteilen oder an Lehrproben in der Prüfungskommission teilnehmen. Dieser Personenkreis erhält in der Regel nicht einmal eine Anrechnungsstunde, um den ihm anvertrauten Referendar im 2. Jahr effektiv auszubilden. Diese Sparmaßnahmen treffen alle Prüfer, die Prüfungen nach der LPO II zur Zweiten Staatsprüfung abnehmen und somit natürlich auch ganz besonders die Seminarlehrer. Ferner haben diese teil-

# Diplomingenieure gesucht

**HEIKO POHLMANN**

Wenn man diese Überschrift liest, könnte man meinen, dass der VLB diese Aktion unterstützt, wenn diese Diplomingenieure sogar noch in den Schuldienst an beruflichen Schulen kommen. So ist das jetzt nicht und so war es auch noch nie. Einerseits haben wir uns immer mit vielen Werbeaktionen darum bemüht, möglichst viele Studenten für das Lehramt an beruflichen Schulen zu gewinnen. Der Erfolg ist auch sichtbar, nur kommen diese Studenten erst sehr viel später in den Vorbereitungsdienst.

Andererseits muss man deutlich erkennen, dass schon zum laufenden Schuljahr nicht alle Stellen in den beruflichen Fachrichtungen Elektro- und Metalltechnik besetzt werden konnten, die Unterrichtsversorgung in den beiden Bereichen nicht mehr vollständig gewährleistet werden kann. So wurde im Ministerium errechnet, dass im Schuljahr 2008/2009 im Elektrobereich eine Unterdeckung von etwa 10 Lehrern und im Metallbereich eine von etwa 25 Lehrern besteht. Berücksichtigt wurden dabei das Arbeitszeitkonto und die Anzahl der Studenten, die in dem Schuljahr ihren Vorbereitungsdienst beenden.

Daher musste der VLB einer erneuten Sondermaßnahme in diesen beiden beruflichen Fachrichtungen zustimmen, unter der Bedingung, dass alle Diplomingenieure den Vorbereitungsdienst mit Zusatzverpflichtung in der Seminarbildung durchlaufen, um dem drohenden Lehrermangel entgegen zu wirken.

25 Diplomingenieure der Fachrichtung Maschinenbau und 10 Diplomingenieure der Fachrichtung Elektrotechnik werden zu dem am 13. September 2005 beginnenden Schuljahr 2005/2006 vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als Sondermaßnahme zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen zugelassen.

Bedingung ist, dass die Bewerber ihre Diplomprüfung nach 1999 an einer Universität mindestens mit der Note „gut“ oder besser abgeschlossen haben. Absolventen einer Fachhochschule können nicht berücksichtigt werden. Ferner sollten sie zu Beginn des Vorbereitungsdienstes das 38. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

*Bewerbungen sind spätestens bis zum 7. März 2005 an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 80327 München zu richten.*

Vorzulegen sind mit der Bewerbung eine amtlich beglaubigte Ablichtung des Diplomzeugnisses, ein tabellarischer Lebenslauf und der Nachweis einer einschlägigen Berufsausbildung vor dem Studium oder eines mindestens einjährigen einschlägigen Betriebspraktikums vor oder während des Studiums oder einer einjährigen einschlägigen Berufstätigkeit nach dem Studium.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach den in der Diplomprüfung erzielten Noten, der Berufserfahrung, dem Lebensalter sowie dem Ergebnis eines Bewerbungsgesprächs beim Studienseminar.

Der Vorbereitungsdienst für die Lehrtätigkeit als Beamter im höheren Dienst dauert zwei Jahre und wird unter der Verantwortung des Studienseminars an Seminarschulen bei Seminarlehrern durchgeführt..

Während des Vorbereitungsdienstes werden im ersten Jahr Anwärterbezüge gewährt, die aus einem monatlichen Grundbetrag von z. Z. 1 052,06 Euro und ggf. einem Familienzuschlag bestehen. Dieser Familienzuschlag beträgt für Verheiratete 105,28 Euro, für Verheiratete mit einem Kind 195,33 Euro und für Verheiratete mit zwei Kindern 285,38 Euro. Für jedes weitere Kind erhöht sich der Familienzuschlag um jeweils 230,58 Euro.

Im zweiten Jahr besteht eine Unterrichtsverpflichtung von 11 Wochenstunden, die mit den Anwärterbezü-

gen abgegolten sind. Zusätzlich können die Referendare bis zu 5 weitere Unterrichtsstunden eigenverantwortlich unterrichten, die dann mit 25,83 Euro pro Stunde vergütet werden.

Aus der Ableistung des Vorbereitungsdienstes und dem Bestehen der Zweiten Staatsprüfung kann kein Anspruch auf Verwendung im öffentlichen Schuldienst abgeleitet werden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter folgenden Internetadressen:

[www.stmuk.bayern.de](http://www.stmuk.bayern.de)  
[www.km.bayern.de/km/stellen/aktuell/thema/01914/index.shtml](http://www.km.bayern.de/km/stellen/aktuell/thema/01914/index.shtml)  
[www.km.bayern.de/km/lehrerbildung/berufliche\\_schulen/](http://www.km.bayern.de/km/lehrerbildung/berufliche_schulen/) <

## Die Ministerin hält Wort:

„Dann kommen alle Regelungen, die Sie betreffen auf den Tisch und wir klären gemeinsam, was wir streichen können!“

*Monika Hohlmeier  
auf dem Berufsbildungskongress  
in Bamberg*

## Das Gespräch mit Kultusministerin Hohlmeier findet Anfang März statt

**Deregulierungsvorschläge sind willkommen!**

# Inhaltsverzeichnis 2004



Thema des Tages	Heft / Seite
Sauerwein Herrmann: Zum Jahreswechsel	01/03
Presseerklärung: Wider den Bildungsabbau in Bayern	02/03
CSU-Presspapier zum Nachtragshaushalt	02/06
VLB demonstriert in Wildbad Kreuth	02/07
dpa: Protest gegen Sparkurs hält an	02/08
Dr. Walter Eykman zeigt Zivilcourage	02/09
Sauerwein Herrmann: Ausbildungsplatzabgabe und kein Ende	03-04/03
Arbeitszeit im öffentlichen Dienst	05/03
Thiel Peter: arge-alp-berufsbildung	06/03
Sauerwein Herrmann: Der VLB zum Ausbildungspakt	07/03
Thiel Peter: Georg Kerschensteiner zum 150. Geburtstag	07/04
Sauerwein Herrmann: Einstellungssituation zum Schuljahr 2004/05	08-09/03
Thiel Peter: Eine perfekte Inszenierung – Die Kultusministerin zu Schuljahresbeginn	10/03
Thiel Peter: Gedanken zum 9. Berufsbildungskongress	11/03
<b>Bildungspolitik</b>	
Thiel Peter: VLB-Fachtagung Qualitätsmanagement	01/04
Thiel Peter: Kommentar: Grund zur Besorgnis	01/09
Thiel Peter: Das gegliederte Schulwesen – ein Auslaufmodell?	01/09
Thiel Peter/Ruf Martin: VLB-Fachtagung zu Kompetenzzentren	02/10
Sauerwein Herrmann: Lehrstellen-Bilanz 2003	02/13
Käfler Hans: Qualitätsmanagement – Reizwort oder Notwendigkeit	02/15
Sauerwein Herrmann: Eckwerte zur Reform der beruflichen Bildung	03-04/04
Sauerwein Herrmann: Spitzengespräch im Kultusministerium	03-04/06
KM-Pressemitteilung: Neuer Weg zur Hochschulreife	03-04/06
Thiel Peter: Kommentar: Gedanken zu Hildesheim	03-04/08
Liebel Alexander: Berufsbildungsbericht 2004	05/17
VLB-Gespräch mit Staatsminister Miller	05/20
Thiel Peter/Preißl Hans: arge-alp: Die Probleme sind nahezu deckungsgleich	06/04
Thiel Peter: Fit for Wwork	06/09
Bosch Hansjörg: Günter Liebl – neuer FOS/BOS-Referent im KM	06/11
Thiel Peter: VLB-Studienreise nach Finnland	07/06
Leischner Dietmar: Das Bildungssystem in Finnland	07/10
Thiel Peter: Parlamentarischer Abend mit der SPD	08-09/04
Preißl Hans: Fachgespräch zur BBiG-Novelle	08-09/07
Kabinettt reformiert Berufsbildung	08-09/10
Sauerwein Herrmann: Berufswelt im Wandel	08-09/11
KM-Zahlenmaterial zum neuen Schuljahr	10/04
Ruf Martin: Keine befristeten Arbeitsverhältnisse mehr an FOS/BOS	10/06
Thiel Peter: Kommentar: Verschulung ...	10/07
Preißl Hans: Parlamentarischer Abend mit der CSU	11/17
Eine VLB-Initiative zeigt Wirkung: Kultusministerin Hohlmeier zur Änderung des BBiG	11/21
Sauerwein Herrmann: Das Berufsbildungsreformgesetz	11/22
Ulbrich Armin: VLB-Klausurtagung: Berufliche Bildung 2020	11/23
Spitzengespräch zum Thema: IHK-Berufsabschlussprüfungen	12/12

	Heft / Seite
Erträge von Pressegesprächen des VLB-Landesvorsitzenden	12/12
dpa-Meldungen, Presseauszüge, dbb-newsletter ...	01/10
sowie 02/14; 03-04/09; 05/18; 06/11; 07/13; 10/06; 11/21; 12/13	
<b>Tagungen, Kongresse und Festveranstaltungen</b>	
<b>7. VLB Berufsbildungskongress</b>	
Weltkulturerbe Bamberg	08-09/23
Fiedler Werner/Pörner Werner/Mattausch Martin: Bambergs berufliche Schulen stellen sich vor (I)	10/11
Thiel Peter: Gedanken zum großen Ereignis	11/03
Grußworte zum Kongress	11/04
Dillig Norbert/Dr. Rehm Angelika: Bambergs berufliche Schulen stellen sich vor (II)	11/10
Gesamtprogramm	11/13
Thiel Peter: Rückblick: berufliche Bildung neu gedacht	12/03
Der Kongress in der Presse	12/10
Thiel Peter: Kommentar: Wir haben den Termin leider nicht vorgesehen	12/11
<b>Pressemitteilungen</b>	
<b>VLB/abl-Pressmitteilungen</b>	
VLB: Berufliche Schulen bluten für G8	10/05
VLB: Beruflich Schulen zwischen Reformstau und Finanznot	12/08
<b>Sonstige Pressemitteilungen</b>	
BBB: Populistisches Geschwätz des Bauernverbandspräsidenten	01/14
BiBB: Gerechtigkeitslücke schließen und durch neue Konzepte schließen	03-04/07
SPD: Debakel auf dem bayerischen Ausbildungsmarkt hausgemacht	06/10
dbb: Finger weg vom Grundgesetz	06/13
CSU: Herrmann: Wir halten am Berufsbeamtentum fest	06/13
SPD: Zur Lehrmittelfreiheit	07/12
BMBF: Zum Meister-BaföG	08-09/12
BiBB: Zur Finanzierung der Berufsbildung	08-09/13
STATIS: Dienstunfähigkeit bei Beamten auch 2003 weiter rückläufig	08-09/15
dbb sieht Grenze der Belastbarkeit bei Lehrern erreicht	08-09/16
Staatskanzlei: Verwaltungsreform 21	10/09
KM: Bayern setzt Maßstäbe in der universitären Lehre	11/27
<b>Aus dem Landtag</b>	
Anfragen – Anträge – Beschlüsse	07/15
<b>Dienstrecht</b>	
Sauerwein Herrmann: Gesetzgebungsverfahren zur Kürzung des Weihnachtsgeldes ...	01/11
Sauerwein Herrmann: Auswirkungen der Gesundheitsreform auf Beihilfe	01/11
Länder planen weitere Einschnitte bei Beamten	01/12
Sauerwein Herrmann: Geplante Neuregelungen bei den Altersrenten ...	01/13
Lamb Wolfgang: Gegen mehr Pflichtstunden sind Lehrer (fast) machtlos	01/14

	Heft / Seite		Heft / Seite
<b>dbb-Info zur Beihilfeänderungen</b>			
dbb-Info zur Beihilfeänderungen	02/18	Thiel Peter: Gedanken über Hermann Lietz	03-04/18
Beamtenbund kritisiert neue Beihilferegelung	02/19	Dr. Demmel Walter: 40 Jahre praxisorientierte Lehrerbildung an der TUM	06/15
Lambl Wolfgang: Personalversammlungen nach BayPVG	02/19	Pohlmann Heiko: Lehrerbildung muss europatauglich werden	07/17
bbb und DGB ziehen am gleichen Strang	03-04/10	Zeppenfeld Elisabeth: Aufbruchstimmung an der TUM	08-09/19
Beamtenbund erhöht Schlagzahl	03-04/11	VLB-Positionspapier zum Masterstudium zum Berufs- und Wirtschaftspädagogen	08-09/22
Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung	03-04/12	Pohlmann Heiko: Pressegespräch mit SPD-Landtagsfraktion	10/17
Lambl Wolfgang: Formular-Chaos bei Riester-Rente	03-04/13	abl-Resolution zur Unterrichtsqualität	11/27
Zur Arbeitszeiterhöhung	05/06	<b>Lehrerseite</b>	
Lambl Wolfgang: Protestveranstaltungen der abl	05/10	Schacherl Rudolf: Ukraine – Landwirtschaftlicher Riese in den Starblöcken	01/17
Die abl-Resolution	05/11	Thiel Peter: Sisyphos, ein deutscher Lehrer?	02/21
abl zur Einschränkung freiwilliger Lehrer-Aktivitäten	05/12	Lambl Wolfgang/Rempe Gereon: Mitwirkung bei IHK-Berufsabschlussprüfungen	07/20
VLB-Resolution zu Berufsabschlussprüfungen	05/15	Jokiel Martin: Mit Stil zum Ziel	07/22
Schulter Berthold: Arbeitszeit der Lehrer – gerichtlicher Aufruf zur Selbstmedikation	05/165	Rehm Stefan: Critical friends	10/18
Sauerwein Hermann: BBB-Hauptausschuss tagt in München	06/12	<b>Schulentwicklung und Pädagogik</b>	
SPD-Dringlichkeitsanträge zur Arbeitszeit	06/14	Dr. Müller Manfred: Weltethos-Projekt an der B3 Nürnberg	01/20
Sauerwein Hermann: Endgültig: 42 Stunden für Bayerns Beamte	08-09/15	Krahmer Hans: i.s.i.-Gütesiegel für bbz-scheinfeld	02/22
Boxleitner Jürgen: Alterseinkünftegesetz – was ist neu?	08-09/16	Zöller Arnulf: Die Grundsatzabteilung des ISB	06/18
Besoldungstabelle ab 1.08.2004	08-09/18	<b>Pädagogik und Unterricht</b>	
Lambl Wolfgang: Dienstliche Beurteilung – der aktuelle Sachstand	10/08	Bernuth Wolf von: Das neue Urheberrecht	01/24
Sauerwein Hermann: Neue Wege im öffentlichen Dienst	11/25	Ruf Martin: Deutscher Werberat: Beschwerden nehmen zu	01/26
VLB-Schreiben an KM zur dienstlichen Beurteilung	11/15	Mair Robert: Ausbildung in flugtechnischen Berufen	02/23
Lambl Wolfgang: Dienstrecht konkret	12/15	Jlg Ellen: Positive Resonanz aus der Wirtschaft	02/25
<b>Der Hauptpersonalrat informiert</b>	01/15	Müller Daniela: E-Learning – eine Herausforderung	02/26
sowie 03-04/11;05/11		Zinth Christiane: Kooperation mit ausländischen Wirtschaftsschülern	03-04/24
<b>dpa-Meldungen, dbb-Newsletter</b>	07/14	Köpp Alexandra: Young Americans gastieren in Neusäß	05/24
sowie 10/08		Seifried Jürgen/Sembill Detlef: Forschungsbefunde zum SoLe (I)	06/24
<b>VLB-Initiativen</b>		Seifried Jürgen/Sembill Detlef: Forschungsbefunde zum SoLe (II)	07/26
Schreiben, Anträge, Antworten		Hummelsberger Siegfried/Karsik Olivera: Projekt zur Berufsorientierung für BVJs	07/28
Nachtragshaushalt 2004	01/16	Neue industrielle Metallberufe kommen zum 1. August 2004	07/29
Neuordnung der Ausbildungsberufe der Konditoren und Bäcker	02/20	Wolf Michael: 1. Internationale Bayerische Übungsfirmenmesse	07/30
Unterrichtspflichtzeit – Gewerbliche Fachlehrer	03-04/21	Feuchtmayr Andrea: Angebote des Museums-Pädagogischen Zentrums in München	08-09/28
Fortentwicklung der FOS	03-04/22	Seifried Jürgen/Sembill Detlef: Forschungsbefunde zum SoLe (III)	08-09/29
Verwaltungsreform	03-04/22	Claus Dieter: Neuer Lehrplan Sozialkunde	10/21
Arbeitszeiterhöhung – Folgen für das Schulleben	03-04/23	Appelsmeyer Susanne/Schmidt Manuela: Das Warenwirtschaftssystem als Unterrichtsprinzip	10/22
Wegfall der Prüfervergütung	05/21	Haider Hans/Riedl Alfred: Material- und Ideenbörse 2004	10/24
Fachlehrausbildung für Ernährung und Versorgung	05/21	Seifried J./Schilling M./Zöller H.: SoLe aus Sicht der betroffenen Lehrkräfte	10/26
Einstellungssituation der Referendare	05/22	Bachmeier Thomas: Modellversuch Notebook-Klassen	11/28
Unterrichtspflichtzeit	07/23	Efinger Jürgen: Projekt EDV-Sicherheit	11/31
AQUA	07/23	Hiener G./Müller M./ Riedl A./ BeurteilungsBausteine für Lehrproben	12/19
Personalversorgung an FOS/BOS	08-09/25	Dehmel Wolfgang: Lehrplanumsetzung bei zahnmedizinischen Fachangestellten	12/21
Einrichtung von Eliteklassen	08-09/26	Stephan Helmut: Aushöhlung des Insolvenzrechts bedenklich	12/22
Vollzug der ZALB	08-09/27	E-Commerce hat Zukunft	12/22
Skilager in Bayern	08-09/27	<b>Schulpartnerschaften</b>	
Einstellungssituation	10/19	Ammon-Laub Monika: Fürther Berufsschüler in Frankreich	01/23
Änderung des BBiG	10/19	Kellner Gerhard: Europatag an der BS Weiden	07/24
Kürzung von Anrechnungsstunden an FOS/BOS	10/20	Mohr Heribert: Comenius 1 – fit für Europa	07/25
Personalversorgung zum Schuljahr 2004/05	12/18		
<b>Lehrerbildung</b>			
Pohlmann Heiko: Gravierender Strukturwandel in der Lehrerbildung steht bevor	03-04/14		
Krax Georg: Neue Lehrer braucht das Land!?	03-04/15		
Helbig Dorothea: Mehr Kapazitäten zur Ausbildung von Fachlehrern	03-04/17		

	Heft / Seite		Heft / Seite
<b>VLB-online</b>			
Mohr Heribert: 24/7 – Wie ein Coffee-Shop in New York	02/27	<i>KV Rosenheim/Miesbach</i>	
Münch Johannes: Software und Medien für Schulen	03-04/25	Jungkunz Martin: Neuwahlen	05/26
Münch Johannes: Funkstrahlen im Klassenzimmer	10/28	<i>Würzburg</i>	
<b>Aus dem Verbandsleben</b>			
<b>Landesverband:</b>			
Ruf Martin: Fachgruppen und Arbeitskreise – unentbehrlicher Bestandteil der Verbandsarbeit	06/22	Reißer Alexander: Neuer Vorstand gewählt	05/27
Thiel Peter: Geburtstagsfeier für Othmar Doleschal	07/31	Reinwald Ingrid: Kunstgenuss für VLBl'er	08-09/35
<b>Bezirksverbände:</b>		Schulter Berthold: Wenzel Sammer zum 85.	11/35
<i>Mittelfranken</i>		<b>Referate und Fachgruppen:</b>	
Lochner Horst: Projekttag Lehrerergesundheit	11/34	<i>Fachlehrer</i>	
<i>München</i>		Helbig Dorothea: Arbeitskreissitzung am neuen Staatsinstitut	03-04/30
Baumann Erich: Neuwahlen	08-09/32	Helbig Dorothea: Bundesweiter Erfahrungsaustausch in Königswinter	05/29
<i>Oberbayern</i>		<i>FOS/BOS</i>	
Schöne Wieland: Informationsveranstaltung für Freising und Umgebung	02/28	Bosch Hansjörg: FOS 13 – Konsequente Weiterentwicklung der FOS	06/28
Schöne Wieland: Delegiertenversammlung mit Neuwahlen	06/23	Bosch Hansjörg: Fachgruppe trifft neuen Referenten im KM	07/33
Schöne Wieland: MdL Ingrid Heckner beim BV Oberbayern	06/24	<i>Handelsberufe</i>	
Keil Rudi: „Schulterschluss“ Oberbayern tagt in VLB-Geschäftsstelle	11/33	Hacker Gerhard: Eine Fachgruppe geht online	03-04/30
Keil Rudi: mens sana in corpore sano!	11/34	Münch Johannes: Neue Berufsausbildung im EH – Infoveranstaltung in Neusäß	08-09/36
<i>Oberfranken</i>		<i>Hauswirtschaft</i>	
Krügel Bernd: Bezirksvorsitzende Dr. Rehm wieder gewählt	08-09/32	Kieslich Gertraud: Neue Berufsabschlussprüfung in der Hauswirtschaft	01/29
<i>Schwaben</i>		Helbig Dorothea: Beste Hauswirtschafterin Deutschlands kommt aus Bayern	06/29
Münch Johannes: Jürgen Wunderlich im Amt bestätigt	08-09/33	<i>Holztechnik</i>	
<i>Unterfranken</i>		Stojetz Hans: Fortbildung im Passauer Land und Innviertel	05/31
Grünfelder Wolfgang: Traditionelle Adventsfahrt	01/29	<i>Landwirtschaft</i>	
Geiger Herbert: Dommuseum Würzburg überwältigt Besucher	02/29	König Corinna/Schweizer Christian: VLB sponsert Fortbildung	10/29
Geiger Herbert: Lernfelder – Irrweg oder Chance	03-04/27	<i>Religion</i>	
Lambl Wolfgang/Rempe Gereon: Prüferentschädigungen der IHKs unangemessen	03-04/28	Bach Karl: Fachtagung Weltehos	05/28
Helbig Dorothea: Fortbildungstour durch unterfränkische Großküchen	05/26	Dr. Persie Michael: Religiöse Erziehung – beruflich relevant?	06/27E
Geiger Herbert: Neue Führungsmannschaft	07/32	Garreis Hartmut: 3. Berufsschultag im RPZ Heilsbrunn	08-09/37
Müller Andreas: Podiumsdiskussion um die Zukunft der Dualen Ausbildung	12/23	Dr. Persie Michael: Religionsunterricht in Europa	10/31
<b>Kreisverbände:</b>		Dr. Persie Michael: Zur Zukunft des RU in Berufsschule und beruflicher Bildung	12/25
<i>Augsburg</i>		Fuß Werner: Standards für die Ausbildung von Ethik-Lehrkräften	12/27
Speck Willi: Der Kreisverband lebt (doch noch)	01/28	<i>Sozialkunde</i>	
<i>Bamberg-Forchheim</i>		Lindacher Peter: Zum neuen Lehrplan Sozialkunde	12/24
Krügel Bernd: Jahresversammlung	06/26	<i>Sozialpädagogik (FH)</i>	
<i>Donau-Wald</i>		Kuhn-Schmelz Gabriele: Zum 10jährigen Bestehen der Fachgruppe	10/29
Stelzl Wilhelm: Mitgliederversammlung	06/25	<i>Sozialpädagogik/Sozialpflege</i>	
<i>Landshut</i>		Baunach Roland: Veränderungen im Kinderpflege-Lehrplan	11/35
Kraut Elke: Wechsel an der Spitze des Kreisverbandes	08-09/33	Ott Wilhelm: Weiterentwicklung der Ausbildung zum Sozialbetreuer	11/36
<i>Mittelfranken-Nord</i>		<i>Sport</i>	
Liegl Werner: Neuwahlen	08-09/34	Emmerling Thomas: Ingolstadt bayerischer Fußballmeister	11/37
<i>Niederbayern-Ost</i>		<i>Wirtschaftsschule</i>	
Kovarik Hans: Neuwahlen und Ehrungen	06/25	Zeller Bernhard: ARGE-Tagung	05/30
<i>Nürnberg</i>		<i>Senioren:</i>	
Sulzer-Gscheidl Elfriede: Jahresabschlussfeier	02/29	Schulter Berthold: Erhellendes zu einer schwierigen Materie	01/30
Schammann Norbert: In Nürnberg – fast – nichts Neues	08-09/34	Röde Dieter: Münchener Senioren in Andechs	01/31
<i>Oberbayern Nordwest und Südwest</i>		Wilhelm Konrad: Jahrestreffen in Augsburg	01/32
Schöne Wieland: Mitgliederversammlung	06/24	Schulter Berthold: dbb-Vorsorgewerk weiter auf Erfolgskurs	02/30
<i>Oberfranken Nord-Ost</i>		Schulter Berthold: Ratschlag an die Aktiven	05/32
Ernst Alfred: Mitgliederversammlung	03-04/29	Schulter Berthold: Zur Situation der Versorgungsbezüge	05/32
		Schulter Berthold: Die außerparlamentarischen „Noch-Beser-Wisser“	06/30
		Schulter Berthold: Kleinvieh macht auch Mist	06/30
		Schramm Berthold: Edel und Frei. Franken in Bayern	07/37
		Lochner Horst: Pensionistentreffen in Mittelfranken	07/37
		Schulter Berthold: Wichtig für Teilzeitbeschäftigte	08-09/38

	Heft / Seite
Schulter Berthold: BRH-Entschließung zu Einschnitten im sozialen Netz	08-09/39
Schulter Berthold: Ein Schuss, der nach hinten los ging	10/32
Baumgartner Erika: 40-jähriges BPI-Treffen	10/33
Schulter Berthold: Auf Nachfragen geantwortet	11/37
Wilhelm Konrad: Schwabens Pensionisten wollen Wurzeln und Flügel haben	11/38
<b>Studenten/Referendare</b>	
Ankündigung Studenten-Fachtagung	03-04/31
Hofmann Thomas/Weinzierl Stefan: Zusammen die Zukunft gestalten	07/34
Martin Ruf: Entwarnung für Referendare	07/35
Hefer Christine: Lehramtsstudium der Gesundheits- und Pflegewissenschaft	10/31
Weinzierl Stefan: Studiumsbeginn an der TUM	12/28
<b>Personalien:</b>	
Günter Besenfelder erhielt Bundesverdienstkreuz	01/32
Verdienstmedaille für Lothar Fischer	01/33
MR Adolf Tengg im Ruhestand	02/31
Ruhestand für Peter Boxdorfer	02/31
Zur Verabschiedung von Werner Kraus-Pellens	02/32
Othmar Doleschal zum 75.	03-04/31
Zur Verabschiedung von MR Dr. Rudolf Halbritter	03-04/32
In memoriam Otto Nickl	03-04/32
Martin Ruf: Geschäftsführender Vorstand wieder komplett	05/34
Hans Krahmer im Ruhestand	05/35
Annemarie Harter erhält Staatspreis	06/31
Dr. Waldemar Siekaup zum 80.	07/38
Wechsel im BPR Oberbayern	08-09/39
Ernst Herdle – 27 Jahre Kassier und Schatzmeister	08-09/40
In memoriam Bruno Schick Tanz	08-09/40
Alfred Strobel im Ruhestand	10/34
In memoriam Dr. Waldemar Siekaup	10/34
Georg Brinninger im Ruhestand	11/38
Heinrich Schönbuchner im Ruhestand	11/39
Peter Zitzmann im Ruhestand	11/30
Konrad Maurer neuer MB FOS/BOS in Südbayern	11/39
Annemarie Harter im Ruhestand	12/29
sowie 01/34; 02/32; 03-04/33; 05/35; 06/31; 07/39; 08-09/40; 10/35; 11/40; 12/29	
<b>Umschau</b>	
<b>Kommunale und private Schulen</b>	
Dr. Siegfried Hummelsberger im Interview zur Münchener FOS/BOS-Initiative	01/34
Monat Monika: Kerschensteiner Medaille an Franz Schropp	01/36
Baumann Erich: München: Tag des beruflichen Schulwesens	05/35
<b>Institutionen</b>	
Reiser Klaus: Staatsinstitut in Ansbach eingeweiht	05/36
Finder Ute: Berufsschule K in Rummelsberg	06/32
<b>Termine</b>	
sowie 03-04/34; 05/37; 06/34; 07/40; 10/36; 11/41; 12/34	02/33
<b>Nachrichtliches</b>	
sowie 10/38; 11/43; 12/34	07/43

	Heft / Seite
<b>Für Sie persönlich</b>	
Lang Helmut: Riester-Rente – rentabel für alle	20/34
Lang Helmut: Sozialversicherungsdaten 2004	02/29
Informationen zur staatlichen Bauförderung	06/34
Sonderthema: Alterseinkünftegesetz	12/30
<b>Bücher/Medien</b>	
Neues vom Büchermarkt	06/38
sowie 07/42; 10/36; 12/34	
<b>Leser schreiben</b>	
sowie 01/37; 03-04/37; 07/42; 12/32	
<b>Vermischtes:</b>	
Fischer Lotar: St. Petersburg der Kunst wegen	01/37
Lochner Horst: Anstatt Fasching – Kultur in Dresden	03-04/35
Leischner Dietmar: VLB-Studienreise nach Luxemburg	03-04/35
BFS für Ergotherapie Rosenheim jetzt staatlich anerkannt	03-04/36
Leistungssport trotz Studium und Referendariat	05/39
Dilberovic Barbara/Urban Bernd: Unterwegs in Sachsen	06/35
Schmidt Christian: Shakehands mit John Kerry	06/37
Höfling Alois: Frühjahrsekkursion des BV Unterfranken	07/41
Hergert Gerwolf: Bulgarien das Land der Rosen, Kirchen und Klöster	08-09/41
Stojetz Hans: Kunsthistorisches Flandern	08-09/42
Thiel Peter: VLB-Seniorenreise durchs Baltikum	11/41
Reinwald Ingrid: Unterfranken besuchen Kulturspeicher in Würzburg	12/33
<b>Letzte Seite</b>	
Ankündigung VLB-Fachtagung Kompetenzzentren	01/40
Lehrer Lämpel	02/36
Münchener Merkur zum Arbeitszeit-Streit	03-04/40
Sauerwein Hermann: Die Würfel zur Arbeitszeiterhöhung sind gefallen	05/40
Einladung 40 Jahre Lehrerbildung an TUM	06/40
Rauchverbot in Schulen auch für Lehrer	07/44
Main-Echo zu IHK-Prüfertätigkeit	08-09/44
VLB-Aufruf zu IHK-Prüfung	10/40
Anfahrtsskizze 7. Berufsbildungskongress	11/44
<b>Beihefter:</b>	
Jahresinhaltsverzeichnis	02

## Außerhalb des Curriculums: Verknüpfung von Schulpastoral und Sozialer Arbeit

# Lust statt Frust: BVJ-Modellprojekt geht neue Wege

BETTINA BAUER / WOLFGANG LORENZ

### Ausgangssituation

Neue Herausforderungen brauchen neue Lösungskonzepte: Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz wächst ständig an, oftmals werden sie in der Schule nur geparkt und sind dann sich selbst überlassen. Bettina Bauer, Diplom Sozialpädagogin und Kirchliche Jugendpflegerin sowie Wolfgang Lorenz, Diplom Religionspädagoge und Lehrer am Beruflichen Schulzentrum in Sulzbach – Rosenberg haben in monatelanger, intensiver Vorbereitungszeit ein innovatives und in Bayern einmaliges Projekt entwickelt, das jungen Menschen bei der Bewältigung des Lebens und der Sinnfindung helfen soll: Eine Symbiose zwischen Schulpastoral und Sozialer Arbeit, und die ersten Früchte der Tätigkeit dürfen bereits geerntet werden.

16 Jahre – kein ausreichender oder gar ein fehlender Schulabschluss und „no future“: Vor allem junge Menschen, die in der Schule nicht durch überragende Leistungen geblüht haben, fallen immer öfter durch das Sieb der ohnehin rarer gesäten Lehrstellen. Ohne Ausbildung kein Job und ohne Moos nix los: Der Frust sitzt ganz schön tief und der Glaube an die eigene Zukunft und die Welt, die offen steht, sinkt rapide. Nach der Regelschulzeit wurden den meisten Jugendlichen ein Schuljahr mit Praktikumsmöglichkeiten durch die Agentur für Arbeit oder Kolping gewährt. Die aber ins Berufsvorbereitungsjahr kamen, wurden dort für ein Jahr geparkt, hatten Unterricht von zwar engagierten Pädagogen, doch an ihrer schier ausweglosen Situation änderte sich nichts – außer, dass sie die Berufsschulpflicht erfüllt hatten.

Die Autoren dieses Beitrages versuchen seit einigen Monaten, mit viel per-

sönlichem Einsatz und hohem Zeitaufwand ein paar Schneisen in das Dickicht des Lebensfrustes zu schlagen. Beim letztjährigen BVJ war besonders auffällig, dass die vorhandenen Ressourcen bei den jungen Leuten brachlagen, von Niemand gefördert oder gefordert wurden. Dazu war häufig ein extrem minimiertes Selbstbewusstsein festzustellen, das die ausbildungsplatzlosen Jugendlichen an simplen Fragen

Gemeinsam stark –  
Schüler kommen sich  
näher.



wie „Ich kann eigentlich ganz gut“ scheitern ließ. Die Jungen und Mädchen aus dem Landkreis Amberg – Sulzbach standen durch ihre schwierige Situation am Rande der Gesellschaft, dazu kam das persönliche Denken „Nicht viel wert zu sein“. Nach weiteren Beobachtungen musste diagnostiziert werden, dass die überwiegende Mehrheit in ihrem bisherigen Leben auch wenig Chancen hatte, eine eigene Identität und Persönlichkeit zu entwickeln, Selbstbewusstsein aufzubauen.

Bei der Verknüpfung von Schulpastoral und Sozialer Arbeit wurden die verschiedenen Ansätze zu einem griffigen Konzept kombiniert. Zum einen versteht sich das Projekt als ein buntes und unabhängiges Angebot, um das Zusammenleben im Raum Schule

ganzheitlich und lebendig mitzugestalten, möchte Werte wie Einfühlungsvermögen, Zuverlässigkeit, Vertrauen, Verantwortungsbewusstsein und die Achtung vor den Mitmenschen wie auch der Schöpfung zusammen mit religiösen Erfahrungsräumen fördern. Auch soziale Gesichtspunkte wie das Rollen- und Sozialverhalten, Kommunikation, Rhetorik, Bewerbungstraining und verschiedenen Praktika in großen Firmen eine entscheidende Rolle. Die eigene Religiosität und die Suche nach dem Sinn des Lebens sind mit Bausteinen wie Andachten, einer Frührsicht, religiösen Diskussionsrunden oder einem geplanten ökumenischen Gottesdienst ebenfalls sehr wichtige Module der Projektarbeit.

Die Jugendpflegerin Bettina Bauer und der Religionslehrer Wolfgang Lorenz verfügen beide über langjährige Erfahrung in der Jugendarbeit und gingen bereits mehrfach für ein paar Tage in Klausur, um ein bayernweit einmaliges Konzept zu entwickeln, das den Jugendlichen helfen soll, an den eigenen Ressourcen anzusetzen, präventiv zu wirken und ihnen ein richtungsweisendes Marschgepäck für eine bessere persönliche Zukunft mitgeben soll.

### Das Know-How der Projektleiter

Die eigenen Erfahrungen waren für Bettina Bauer und Wolfgang Lorenz hilfreiche Mosaiksteine, um ein fundiertes Konzept „aus dem Nichts“ zu entwickeln, das nun seit Ende Septem-

ber einmal pro Woche mit den BVJ-Schülern umgesetzt wird. Beide sind seit vielen Jahren in der Jugendarbeit tätig, waren langjährige Vorstandsmitglieder des BDKJ (Bund der Katholischen Jugend), haben Tage der Orientierung mit Berufsschulklassen oder Nachwuchsbeamten bei der Bereitschaftspolizei konzipiert und ausgearbeitet, Gruppenleiterschulungen und

mussten aufgestellt werden, Verstöße werden wie beim Fußball mit gelben oder roten Karten geahndet. Die Reflexion mit Hilfe von Klebepunkten nach jeder Einheit gilt als wichtiges Instrument, um auf die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen einzugehen. Nach diesem Einstieg durften die jungen Menschen sich in die Gestaltung des eigenen Klassenzimmers



Bei der Gestaltung des Klassenzimmers – die Schüler bringen ihre Kreativität ein.

Spieleseminare geleitet. Dazu kamen vielfältige Fortbildungen wie Supervisionen, Seminare über Kreativitätstechniken, Antiaggressionstraining und Streitschlichterprogramme, Percussionkurse, Wochenenden über Rhetorik, Kommunikations- und Kooperationsspiele oder Glaubenswochenenden. Alle diese Erfahrungswerte galt es nun in das neue Konzept „Schulpastoral und Soziale Arbeit“ einzubringen, wobei auch die religiöse Dimension bei der Umsetzung des Projekts von der Frühschicht bis zum Gottesdienst eine wichtige Rolle spielt.

### Eine bunte Palette von Aktivitäten.

#### Das BVJ-Projekt: „Learning by doing“ – Kreativität fördern und fordern

Jeden Mittwoch kann das BVJ-Projekt über jeweils sechs Schulstunden und auch darüber hinaus nun am BSZ realisiert werden. Die erste Phase der Konzeption, der Ansatz an der Persönlichkeit des ausbildungslosen jungen Menschen, läuft nun aus. Zunächst stand das gegenseitige Kennen lernen im Mittelpunkt, das in spielerischer Form sehr ausgiebig geschah. Regeln

einbringen – die eigene Kreativität wurde gefordert. Schnell und unbürokratisch unterstützte die Holzabteilung am BSZ alle Wünsche, so dass das BVJ – Klassenzimmer mittlerweile den Anstrich eines gemütlichen Arbeitsraums und nicht mehr eines „öden“ Raumes bekommt.

Der eigene Lebensweg mit einer ausführlichen Meditation, Wünsche, Hoffnungen und Träume standen im Mittelpunkt der nächsten Einheit. Über diesen Ansatz wurde die Tür zu den ersten Kommunikationsspielen geöffnet. Das Bewusstsein, dass Mimik und Gestik zusammengehören, wurde geweckt. Neben dem theoretischen Input wurde viel spielerisch umgesetzt. Mit diesen Erfahrungen wurden den jungen Menschen der erste Ansatz für ein Bewerbungstraining vermittelt, das im weiteren Verlauf der insgesamt über 30 Projektstage noch eine viel deutlichere Dimension bekommen wird. Da die ersten Vorbereitungen in diesen Tagen nun abgeschlossen werden, steht als nächster Höhepunkt das Schnupperpraktikum auf dem Projektplan: Die Firma Grammer in Kümmersbruck und das

Krankenhaus in Auerbach waren beispielgebende Vorreiter und ermöglichen den ausbildungsplatzlosen jungen Menschen ein Schnupperpraktikum mit vielen interessanten Angeboten. Andere Firmen wie die Firma "Suppa" ziehen nach, mittlerweile können den jungen Menschen auch mehrwöchige Praktika vermittelt werden. Auf dieses Fundament bauen die nächsten Projektstage auf, die aber nach wie vor die Kommunikation wie Rhetorik- und Bewerbungstraining in verschiedenen Formen als Schwerpunkt haben.

Wichtige „Schmankerln“ wie Erlebnispädagogik, ein Tag in einem Reitstall, Judotraining als Antiaggressionsbaustein, religiöse Besinnungstage und eine Trainingsfahrt zur Persönlichkeitsentwicklung runden das Angebot ab.

Als sehr schwierig gestaltete sich die Finanzierung des Projektes. Die ausgearbeitete Konzeption stieß überall auf breite Zustimmung, viele Institutionen fanden es „ganz hervorragend“, doch die materielle Unterstützung erwies sich als ein „Kampf mit Windmühlen“. Ohne die unbürokratische Unterstützung des Bayerischen Jugendrings und des Programms „Soziale Stadt“ wäre das auch stark präventiv wirkende Programm nicht durchführbar gewesen. So haben die beiden Projektleiter neben Vorbereitung, Durchführung und Reflexion alleine über einhundert (!) ehrenamtliche Stunden zur finanziellen Absicherung aufgewendet – unerwartete Enttäuschungen (keine Antworten trotz vorheriger Gespräche und Schriftverkehr) blieben nicht aus. Bettina Bauer und Wolfgang Lorenz haben zur Umsetzung des Projekts zudem einen Förderkreis mit dem lokalen Bürgermeister Gerd Geismann und den ehemaligen Schülersprechern ins Leben gerufen, der auf der Suche nach Praktikastellen sehr engagiert ist. Dazu freut sich das Duo auch über breite Unterstützung aus einem aufgeschlossenen Lehrerkollegium am Beruflichen Schulzentrum in der Herzogstadt. <



Nicht nur für Schüler:

## Was versteht man eigentlich genau unter dem Begriff Soft Skills?

Der Begriff „Soft Skills“ geistert seit einigen Jahren mehr und mehr durch die Medien und Unternehmen achten zunehmend auf die Soft Skills ihrer Bewerber und Mitarbeiter.

Der Begriff „Soft Skills“ kommt aus dem Englischen und bedeutet übersetzt „weiche Fähigkeiten“. Im Deutschen werden diese Fähigkeiten oft auch als „Schlüsselqualifikationen“ oder „soziale Kompetenzen und Methodenkompetenzen“ bezeichnet. In letzter Zeit üben Unternehmen immer mehr Kritik an Jugendlichen, deren Schlüsselqualifikationen und ihrer Einstellung zum Job.

### Was sind weiche Fähigkeiten und warum werden diese immer wichtiger?

Wir leben in einer Zeit, in der sich alles immer schneller wandelt. Das sieht man besonders an der rasanten technischen Entwicklung. Aber auch die Berufsbilder verändern sich dementsprechend in einem unglaublichen Tempo. Wenn jemand heute als Computerprofi topfit ist, kann es sein, dass er in fünf Jahren zum alten Eisen gehört – wenn er sich nicht weiter entwickelt. Und da haben wir schon eine erste „weiche Kompetenz“ – Lernbereitschaft.

Andere Soft Skills zum Beispiel sind:

- Kommunikationsfähigkeit,
- Organisationsfähigkeit,
- Präsentationsfähigkeit,
- Kundenorientierung,
- Zielorientierung,
- Führungskompetenz,
- die Fähigkeit, auf Menschen zugehen zu können.

Es gibt unzählige Begriffe für Soft Skills und für jeden Beruf werden andere verlangt. Zwei Leute haben die gleiche Ausbildung und gleichen Schulnoten. Einer von den beiden ist erfolgrei-

cher in seinem Beruf. Das, was ihn erfolgreicher macht, sind Soft Skills.

### Was genau machen diese anders?

- Vielleicht vermittelt ein guter Verkäufer sein Fachwissen so, dass auch jemand mit wenig Ahnung es versteht.
- Oder ein Kellner kommt zu dir, kennt deinen Namen und fragt dich, wie es dir geht.
- Ein PC-Techniker kennt immer die neueste Technik und deswegen gehst du gerne zu ihm.
- Ein Chef versteht es, seine Mitarbeiter so zu behandeln, dass sie gerne zur Arbeit kommen und sich gewürdigt fühlen

Sehr häufig ist zu hören, dass man heutzutage Beziehungen braucht, um einen Job zu bekommen oder um er-

folgreich zu sein. Das gleiche sagen auch viele Untersuchungen.

Aber wie kommt man zu Beziehungen? Wie bekommt man Kontakte zu Menschen und wie macht man deutlich, dass man der richtige für den Job ist? Schwierige Frage? Dann drehen wir sie einfach um, vielleicht wird dann deutlicher, was Soft Skills sind: Jemand hat eine sehr gute fachliche Ausbildung mit hervorragenden Noten, was müsste er machen, was müsste er denken, was müsste er vermeiden, um in den nächsten Monaten einen Job zu bekommen?

Viele Studien zu diesem Thema sagen völlig eindeutig: Wer seine Soft Skills trainiert und sich klar darüber ist, wo er hin will und wie er dort hinkommen kann, der wird beruflich weitaus erfolgreicher sein.

*Überarbeitet von Martin Ruf*

(nach einer Vorlage von Robert Coordes, der Trainer und Coach bei Uconnect – Institut für kreative Perspektiven, Berlin, ist und gemeinsam mit seinem Team Jugendliche frühzeitig mit den in der Wirtschaft gefragten Skills, Kernkompetenzen und Qualifikationen vertraut machen will, damit sie heute schon beginnen können, ihre Zukunft zu gestalten.) <

## Die neue VLB-akzente-Redaktion

### Redaktion

#### Hans Preißl

E-Mail: [preissl@vlb-bayern.de](mailto:preissl@vlb-bayern.de)  
Telefon 0 85 86 - 9 78 68 13,  
Telefax 0 85 86 - 9 78 68 14  
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg

#### Martin Ruf

E-Mail: [ruf@vlb-bayern.de](mailto:ruf@vlb-bayern.de)  
Telefon 09 31 - 66 14 15,  
Telefax 09 31 - 6 60 72 91  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg

### Anzeigen

#### Mathias Kohn

E-Mail: [kohn@vlb-bayern.de](mailto:kohn@vlb-bayern.de)  
Telefon 0 89 - 59 52 70,  
Telefax 0 89 - 5 50 44 43  
VLB-Geschäftsstelle  
Dachauer Straße 4, 80335 München

## Deutsch-polnischer Schüleraustausch:

## Über den unbekanntenen Nachbar

BARBARA DUDKOWSKI

Der Beitritt Polens in die EU im letzten Jahr eröffnet neue Möglichkeiten der Kontakte zwischen Deutschen und Polen. Der Jugendaustausch hat von der Öffnung der Grenzen stark profitiert: Laut einer Statistik des Deutsch-Polnischen Jugendwerks haben zwischen 1993 und 2004 rund 1 285 000 deutsche und polnische Jugendliche an Austauschprogrammen zwischen den beiden Ländern teilgenommen. Über die einzelnen Jahre hin verteilt lässt sich dabei ein wachsendes Interesse der Jugendlichen am Austausch mit dem Nachbarn ablesen: So stieg die Zahl der Austauschschüler aus Polen und Deutschland von je ca. 22 000 im Jahr 1993 auf je ca. 71 000 im ersten Quartal des Jahres 2004.

Die im Austausch erlebte Konfrontation mit dem kulturell Fremden erleben die Schüler als spannend und bereichernd; manche Erfahrungen können den einen oder anderen aber auch irritieren und gar verunsichern, weil sie vom eigenen kulturellen Kontext aus nicht bekannt, weil sie also fremd und ungewohnt sind. Zur Vorbeugung von Missverständnissen ist es deshalb wichtig, dass sowohl die eigenen wie auch die fremden Kulturstandards reflektiert werden. Kulturstandards sind Werte, Verhaltensmuster, Überzeugungen und Erwartungen, die unser Erleben und Verhalten in jeder Situation bestimmen, sich aber von Kultur zu Kultur unterscheiden und Einfluss auf die Interpretation des Erfahrenen nehmen. Sich der „eigenen“ und „fremden“ Normen, Regeln und Sitten bewusst zu werden, er-

leichtert eine kollisionsfreie Bewegung in der interkulturellen Kommunikation.

Unterschiede zwischen Deutschen und Polen gibt es im Allgemeinen z. B. in Kulturstandards (siehe Tabelle links).

Die oben aufgeführten Unterschiede haben ihren Ursprung in der Historie der beiden Ländern. Nicht alle kulturellen Unterschiede können hier ausführlich besprochen werden. Die Auswahl beschränkt sich auf die Verschiedenheiten, von denen der Jugendaustausch am meisten betroffen ist. Also worauf muss man aufpassen? Was muss man unbedingt wissen?

Ich erinnere mich an eine Erzählung eines jungen Psychologen, der einen deutsch-polnischen Studentenaustausch mitorganisiert hat. Seine deutsche Kollegin schickte ihm im September einen fertigen Plan zu dem Workshop, der in Deutschland Ende April des folgenden Jahres stattfinden sollte. Auf diesem Plan wurden die Häufigkeit und die Dauer der Kaffeepausen eingetragen. Für ihn war es unverständlich, dass man sich so viel Arbeit machen kann „für nichts“, denn es kann doch sowieso alles noch ganz anders kommen. Sein Kommentar war: „Mein Gott! Sind die Deutschen verplant!“

Warum dachte er so? Weil der Pole in seiner Sozialisation gelernt hat, dass seine Pläne immer von der Realität durchkreuzt wurden. Deswegen plant er weniger in Jahren und Monaten, sondern eher in Tagen und Wochen. Wenn eine Sache aber kurz vor Abschluss steht, entwickelt sich der Pole zu einem geborenen Krisenmanager, denn die Improvisation ist eine seiner Stärken. Also seien Sie unbesorgt, wenn Sie immer noch keinen konkreten Plan für den anstehenden Austausch haben, die Polen meistern es schon, auch wenn erst 2 Wochen vor dem geplanten Termin.

Ein Junge aus Bayern erzählt nach seinem Berufschulaustausch: „Wir fuhrten nach Hause mit dem Bus, ich bekam für die zehnstündige Fahrt ein Fressalienpaket. Darin waren 11 belegte Brötchen und noch viel mehr. Meine Kameraden haben ungefähr genauso viel bekommen, wir hätten eine Woche davon leben können.“

Das polnische „Lieb sein!“ gepaart mit der polnischen Gastfreundschaft

Deutsche	Polen
<b>1) Handlungsorganisation</b>	
Strukturierte Organisation	Improvisierte Organisation
<b>2) Verantwortungsbewusstsein in Alltagbewältigung</b>	
Verantwortung für die Pflicht – Sei fleißig! • sachorientiert, vertragsabschlussorientiert	Personenorientiert – Sei lieb! • das eigene und fremde Gesicht wahren
<b>3) Individualismus versus Kollektivismus: „Das Sein beeinflusst das Bewusstsein“</b>	
Individualismus im Privatleben und Konsensorientiert im Geschäft • hohe Selbstsicherheit • prozessorientiertes Denken	Kollektivismus im Privatleben und Dissens im Geschäft • schwankende Selbstsicherheit • hierarchisches Denken
<b>4) Kommunikationsart</b>	
Das Wort spricht die kognitive Ebene an Niedrigkontext/explicite Kommunikation	Das Wort spricht die emotionale Ebene an Hochkontext/implizite Kommunikation • Kommunikation als Statussymbol
<b>5) Verhalten der Menschen zu anderen Menschen – Interpersonale Distanz</b>	
Distanzmaximierung	Distanzminimierung
<b>6) Religiosität</b>	
Intellektualisierung des Glaubens	Emotionale Religiosität
<b>7) Verhalten der Menschen zu anderen Menschen; Orientierung an die Benehmensmuster</b>	
Selbstbewusstsein des Bürgers	„Adel verpflichtet“
<b>8) Nationales Bewusstsein</b>	
Gering ausgeprägte Nationalidentität	Patriotismus – Heroismus – Chauvinismus
<b>9) Frauenverständnis</b>	
Erkämpfte Emanzipation	Geschenkte Emanzipation

und mit einer Prise von Komplexen („Ich soll keinen Anlass geben, damit sie später schlecht über mich reden“) führt oft dazu, dass der Deutsche in Polen von den Essensbergen erstickt, und der Pole sich verausgabt. Die beste Methode, dem Zwangsmästen zu entkommen, ist, schon am Anfang des Essens nach der Anzahl der Gänge zu fragen, dann von allem etwas probieren, viel loben und den leeren Teller verteidigen.

Susanne studierte ein Jahr lang in Krakau. Was ihr in dieser Zeit immer wieder aufgefallen ist, war das Wort „danke“ nach dem Essen. Die Polen sagen nämlich „danke“, bevor sie vom Tisch weggehen. Es ist zwar nicht mehr so, wie es mal vor 20 Jahren war, aber Manieren sind immer noch wichtig. Nach ihnen wird der Mensch immer noch beurteilt. Es wird ein edles Verhalten erwartet; „edel“ kommt vom „Adel“. Und die polnische Intelligenz entstammt dem verarmten polnischen Adel und nicht dem reichen Bürgertum wie in Deutschland. Wenn Sie jetzt meinen, dass dies ziemlich oberflächlich sei, haben Sie Recht. Die Manieren allein machen keinen Menschen aus. Aber in Polen sind sie wichtig, deswegen wird die unverblünte Verhaltensweise der Deutschen oft als plump abgestempelt.

Kathrin nahm 1994 an einer deutsch-polnischen Begegnungswoche teil. Diese Woche fand in Deutschland statt. Mit Bildern von der polnischen Religiosität und dem polnischen sexuell verklemmten Mädchen im Kopf begegnete sie Iwona. Iwona entsprach in dem, was sie tat, überhaupt nicht Kathrins Bild. Da fragte Kathrin – natürlich explizit und unverblümt – wie sie verhüte. Darauf hin antwortet Iwona lachend „ich bete“. Zehn Jahre später berichtet Kathrin bei einem Interview von dem Rückstand der sexuellen Aufklärung in Polen: „die polnischen Mädchen sein am Ende des XX Jh. immer noch davon überzeugt, dass das Gebet zu Gott die beste Verhütungsmethode ist.“

Denken Sie auch so? Oder hat Kathrin nur die Wörter gehört? In der Tat, für Kathrin waren die gesprochenen Wörter die Grundlage für die Interpretation des Gesagten. Iwona wollte ihr aber sagen: „Mädchen! Wovon redest

Du? Verhütung? In meinem Land und meiner Familie? Wer soll es finanzieren? Meine Eltern? Für die habe ich Jungfrau zu sein. Mir bleibt nichts anderes übrig als nur zu hoffen, dass nichts passiert“.

Es ist ein Paradebeispiel für die Missverständnisse zwischen der expliziten deutschen und impliziten polnischen Kommunikation. Also versuchen sie genau hinein zu hören. Aber vor allem gehen Sie nicht davon aus, dass das was Sie gehört haben, die hundertprozentige Intention der Aussage war. Fragen Sie besser nach, natürlich unter vier Augen! Und denken Sie daran, was Sie selbst sagen, denn der Pole ist gewöhnt, den zweiten Boden des Gesagten zu suchen. Deshalb besteht die Gefahr, dass Ihr Gesprächspartner aus dem, was Sie sagen, etwas zusammenreimt, was Ihren Intentionen überhaupt nicht entspricht und dass daraus evtl. Missverständnisse entstehen. Deswegen bleiben Sie auf der Hut, und fragen Sie besser nach – wieder unter vier Augen – bevor sich eine Befremdung einschleicht.

Ein deutscher Wissenschaftler hielt ein Jahr lang Vorlesungen über die deutsche Literatur an einer polnischen Universität. Das Erste, was ihm auffiel, waren die herausgeputzten Mädchen und viele, viele Miniröcke. Nach einiger Zeit näherte er sich auf seine leistungsorientierte Art einem davon. Seine Überraschung war groß, als er eine Ohrfeige bekommen hat.

Warum? Ganz einfach: Das, was für die Polinnen nur ästhetisch, elegant, gepflegt und weiblich ist, grenzt für manche Deutschen an eine bis dato ungeahnte Großzügigkeit.

Also die Vorsicht ist geboten für ihre Schüler, wenn sie um ein polnisches Mädchen werben.

Und zuletzt ein wichtiger Hinweis zu den Unterschieden der Sachorientierung und Personenorientierung.

Der Pole kann sich bis heute mehr auf seine privaten Netzwerke als auf die offizielle Macht verlassen, so ist natürlich in Konfliktsituationen die Meinung seiner Gruppe für ihn wesentlich wichtiger als die Art, wie er seine verschiedenen Aufgaben erfüllt. Dies heißt aber nicht, dass der Pole nicht sachlich sei, oder keinen Abschluss erzielen wolle.

Das heißt nur, dass wenn die Aufgabenerfüllung zu einer Spannung mit den Menschen werden könnte (z. B. die Kritik auf dem Forum oder vor dem Chef), wird sich der Pole eher für die Option „Sei lieb!“ als für die Option „Sei sachlich“ entscheiden. Denn die Wahrung des eigenen und des fremden Gesichts ist für ihn überlebensnotwendig. Deswegen erwarten Sie nicht, dass ein Pole eine kritische Bemerkung explizit vor der Gruppe offen ausspricht. Er wird eher „unter vier Augen“ seinen Dampf ablassen als sich in der Öffentlichkeit zu äußern. Wenn Sie für sich eine Erklärung brauchen, stellen Sie besser ihre Frage nicht vor der Gruppe, suchen sie sich einen Vertrauten und stellen Sie ihm die Frage.

Der Unterschied zwischen dem sachorientierten Deutschen und dem personenorientierten Polen spiegelt sich wieder auch in den Fragen, die er stellt. Der Deutsche interessiert sich viel mehr für die Frage: „was hast Du erreicht?“, „Wie war dein beruflicher Werdegang?“ und der Pole eher für die Frage „wie lebst Du?“ „mit wem lebst Du?“. Das kann zu manchen Missverständnissen führen. Denn bei den Fragen des Deutschen meint der Pole: „Er stellt meine Qualifikation und meine Kompetenz in Frage“. Und bei den Fragen des Polen meint der deutsche Individualist: „Er verletzt meine Privatsphäre, das geht ihn nichts an“. Und beide wollten sich eigentlich nur besser kennen lernen ... und zum Schluss denken beide „Der andere geht zu weit“.

Wie schon erwähnt, hat dieser Artikel keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Problematik ist viel zu groß um sie hier ausführlich zu behandeln. Ich hoffe trotzdem, dass diese Ausführung für diejenigen Hilfestellung bietet, die in diesem Jahr an dem deutsch-polnischen Schüleraustausch teilnehmen werden, und den anderen den unbekannteren Nachbarn näher bringt.

Falls Sie noch Rückfragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden:

Barbara Dudkowski, Ettmannsdorfer Straße 14 a, 92421 Schwandorf, Telefon 0 94 31-99 68 53, E-Mail: [b.dudkowski@t-online.de](mailto:b.dudkowski@t-online.de) <

9. Tag der Bayerischen

# Wirtschaftsschule

16. April 2005 – Augsburg

## Programm

**Festveranstaltung in der Aula der  
Städtischen Reischleschen Wirtschaftsschule**

**9.30 bis 12.00 Uhr**

**Chor der Reischleschen Wirtschaftsschule**

### Begrüßung

Bernhard Zeller  
*Leiter der Städt. Reischleschen Wirtschaftsschule Augsburg*

### Grußworte der Stadt Augsburg

Dr. Paul Wengert  
*Oberbürgermeister der Stadt Augsburg*  
Sieghard Schramm  
*Bildungsreferent der Stadt Augsburg*

### Klavierstück

### Festvortrag

Karl Freller  
*Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus*

### Theaterwerkstatt RWS

#### Verleihung des Preises der bayerischen Wirtschaftsschulen 2005

Jürgen Maul  
*Vorsitzender der Landesvereinigung der öffentlichen  
Wirtschaftsschulen*

### Klassischer Tanz mit Akrobatik

#### Die österreichischen Handelsakademien als mögliches Vorbild einer Oberstufe der Wirtschaftsschulen unter besonderer Berücksichtigung der Übungsfirmenarbeit

Norbert Auer  
*Landesschulinspektor für kaufmännische  
Lehranstalten in Tirol*

### Resumé

Elmar Tittes  
*Direktorenvereinigung Bayerischer Wirtschaftsschulen*

**12.00 bis 13.15 Uhr**

**Mittagstisch – Kantine der Berufsschule VI**

**13.30 Uhr**

**Beginn der Arbeitskreise**

**16.30 Uhr**

**Ende der Veranstaltung**

## Arbeitskreise

### AK 1

**Schulleiter** **13.30 bis 14.55 Uhr** **001**

#### Thema:

Die aktuelle Situation der Wirtschaftsschule

#### Leitung:

Bernhard Zeller, Referent für Wirtschaftsschulen im VLB

#### Referenten / Mitwirkende:

Hans Wilhelm Thomé, KM; Dr. Horst Güttler, KM;  
Gustav Huber, VDP; Elmar Tittes, DBW

### AK 2

**Betriebswirtschaft** **13.30 bis 14.55 Uhr** **Theaterraum**

#### Thema:

Gestaltung der Abschlussprüfung

#### Leitung:

Ursula Bisle, RWS Augsburg

#### Referenten / Mitwirkende:

Martina Mathes, Wirtschaftsschule Waldmünchen

### AK 3

**Übungsfirmenarbeit** **15.05 bis 16.30 Uhr** **217**

#### Themen:

Ausgewählte Bereiche des Übungsfirmenportals  
Qualitätssicherung in der Übungsfirma

#### Leitung:

Alexandra Treffler, RWS Augsburg

#### Referenten / Mitwirkende:

Hans Kapser, Wirtschaftsschule Alpenland Bad Aibling  
Michael Wolf, Staatliche Wirtschaftsschule Memmingen

### AK 4

**Rechnungswesen** **15.05 bis 16.30 Uhr** **Musiksaal**

#### Themen:

1. Anmerkungen zu aktuellen Änderungen aus dem RW-Unterricht:  
– Abschreibungen auf Anlagegüter  
– Änderungen bei den Aufbewahrungspflichten  
– Neue Grenzen der Buchführungspflicht
2. Aktuelles aus dem Steuerrecht: „USt-Voranmeldung und LSt-Anmeldung ab 1. 1. 2005 nur noch papierlos“. (ca. 30 Min.)
3. Neues aus dem Seminar für Aufgabensteller der Abschlussprüfungen an Wirtschaftsschulen im Fach RW.
4. Praxisgerechtes Buchen beim Zahlungsausgleich mit Kreditoren.

#### Leitung:

Heiner Schuhmann, RWS Augsburg

#### Referenten / Mitwirkende:

Thema 1: Werner Schwab, Staatl. Wirtschaftsschule Weiden

Thema 2: Steuerberater Norbert Ziegler

Thema 3: Günter Strößner, Staatliche Wirtschaftsschule Hof

Thema 4: Werner Schwab, Staatl. Wirtschaftsschule Weiden und  
Steuerberater Norbert Ziegler

### AK 5

**Deutsch** **13.30 bis 14.55 Uhr** **106**

#### Thema:

Zum Stand der Lehrplanentwicklung an der Wirtschaftsschule  
Neugestaltung des Probeunterrichts

#### Leitung:

Ute Brütting, RWS Augsburg

#### Referenten / Mitwirkende:

Hermann Ruch, ISB

**AK 6**

**Englisch** **15.05 bis 16.30 Uhr** **007**

**Thema:**  
Einsatz von Bildern (visual prompts) im Englischunterricht und vor allem bei der mündlichen Abschlussprüfung.  
**Leitung:**  
Kerstin Becker, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Josef Biro, ISB München  
Paul Donhauser, Staatl. Wirtschaftsschule Eschenbach / Opf.  
Klaus Dürer, Städt. Wirtschaftsschule Würzburg

**AK 7**

**Datenverarbeitung** **13.30 bis 14.55 Uhr** **Musiksaal**

**Thema:**  
Softwarekomponenten multimedialer Präsentation  
**Leitung:**  
Willi Heider, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Werner Schwab, Staatl. Wirtschaftsschule Weiden

**AK 8**

**Textverarbeitung** **13.30 bis 16.30 Uhr** **CS 7 / CS**

**Thema:**  
Prüfungsordnung für Textverarbeitung von 2003  
**Leitung:**  
Dorit Neugebauer, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Kolleginnen der Fachschaft TV

**AK 9**

**Mathematik** **15.05 bis 16.30 Uhr** **008**

**Thema:**  
Allgemeines zum Mathematikunterricht, zum Probeunterricht und zur Abschlussprüfung.  
**Leitung:**  
Anton Baur, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Christine Seiler, RWS Augsburg

**AK 10**

**Geschichte / Sozialkunde** **15.05 bis 16.30 Uhr** **115**

**Thema:**  
Der neue Lehrplan für Geschichte und Sozialkunde  
**Leitung:**  
Ilse Sippl, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Reinhilde Stegmeyer, Städt. Wirtschaftsschule Nürnberg

**AK 11**

**Projektarbeit** **15.05 bis 16.30 Uhr** **010**

**Thema:**  
Projektmanagement  
**Leitung:**  
Friederike Zama, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Astrid Geiger, Staatliche Berufsschule Immenstadt  
Andreas Petzka, Staatliche Berufsschule Ostallgäu, Marktoberdorf

**AK 12**

**Musischer Bereich** **13.30 bis 14.55 Uhr** **117**

**Thema:**  
Kreativitätsförderung im Jugendalter  
**Leitung:**  
Werner Kruse, RWS Augsburg, RL Rainer Bruland  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Hans Wiedemann, Staatsinstitut für die Ausbildung der Fachlehrer,  
Maria Dietz, Studentin FK: Kunsterziehung und Deutsch

**AK 13**

**Personalvertretung** **13.30 bis 14.55 Uhr** **013**

**Thema:**  
Aktuelle Fragen des Dienstrechts  
**Leitung:**  
Holger Thies, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Wolfgang Lambl, Hauptpersonalrat,  
Willi Speck, Berufsschule V Augsburg

**AK 14**

**Beratungslehrer** **15.05 bis 16.30 Uhr** **119**

**Thema:**  
Erfahrungsaustausch über Informationsveranstaltungen an Haupt- und Grundschulen, Übertrittsverfahren, Fortbildungsveranstaltung für BL in Dillingen (Bedarf), Legasthenie (Bestimmungen, Maßnahmen), Asthma bei Schulkindern (Fortbildungsveranstaltung in Berchtesgaden), Organisation Freiwilliges Betriebspraktikum, weitere BL-Tätigkeiten (Kurs „Lernen lernen“, Kontakte zu Agentur für Arbeit, Staatlicher Schulberatung, ...), Anrechnungstunden, Sonstiges  
**Leitung:**  
Günther Bosanyi, Staatl. Wirtschaftsschule Passau,  
Dietrich Umlauf, RWS Augsburg

**AK 15**

**Sport** **15.05 bis 16.30 Uhr** **Turnhalle**

**Thema:**  
Flagfootball als neue Trendsportart für den Sportunterricht in der Schule  
**Leitung:**  
Jan Keller, RWS Augsburg, Alexander Müller, RWS Augsburg  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Julian Hennek, Büro Bundestrainer AFVD, Augsburg Raptors / Königsbrunn Ants

**AK 16**

**Internet im Unterricht** **15.05 bis 16.30 Uhr** **005**

**Thema:**  
Prozessorientierung im Unterricht der Wirtschaftsschule  
**Leitung:**  
Markus Baumer  
**Referenten / Mitwirkende:**  
Johannes Münch, Staatliche Berufsschule mit Fachoberschule Neusäß

Raumverteilung unter Vorbehalt.

## Referate und Fachgruppen

### FG Handelsberufe

#### Handel im Wandel – Kleine Bamberger Nachlese zu

##### 1. Aktuelle Situation im Großhandel

Zurzeit liegt kein Neuordnungsantrag von den Sozialpartnern vor. Der Großhandelsverband strebt eine Teilüberarbeitung der Ausbildungsordnung an.

##### 2. Aktuelle Situation im Einzelhandel

Über die Entstehung der bayerischen Lehrpläne für die Einzelhandelsberufe berichtete in Bamberg Dr. Horst Güttler zuständig für kaufmännisch-verwaltende Berufe im Kultusministerium

##### 2.1 Entstehung

###### 2.1.1 Inhaltliche Umsetzung

Lernfelder in der Berufsschule sind die Entsprechung zu den Handlungsfeldern des Ausbildungsbetriebes. Die Zielformulierungen der Lernfelder beschreiben Qualifikationen und Kompetenzen am Ende des Lernprozesses („outputorientiert“). Bisher waren die Lehrpläne durch traditionelle Fächer mit kleinschrittigen Zielen und Lerninhalten geprägt („inputorientiert“). Die vorgeschriebenen Lerninhalte beschreiben den Mindestumfang, der zur Erfüllung des Ausbildungsziels im Lernfeld erforderlich ist. Insofern muss eine fachsystematische Vollständigkeit nicht erreicht werden. Die Präzisierung der Lernfelder in Lernsituationen bzw. Unterrichtseinheiten wird vor Ort, im Klassenzimmer vorgenommen.

Die bayerischen Lehrpläne behalten die Lernfeldstruktur des Rahmenlehrplanes bei, bündeln diese aber nach den Vorschriften der BSO zu Fächern. Die Bündelung der Lernfelder vereinfacht die Zeugniserstellung und die Planung des Lehrereinsatzes.

Dadurch, dass das Fach Englisch gesondert benotet wird, erhalten die Schüler die Möglichkeit, diese Note für den mittleren Bildungsabschluss

einzubringen. Außerdem wird die Teilnahme an der Zertifikatsprüfung erleichtert.

###### 2.1.2 Organisatorische Umsetzung

Der Unterricht findet weiterhin als Einzeltagesunterricht, in selteneren Fällen als Blockunterricht statt. Am Stundenumfang (15/9/9) wird nichts geändert. Hierin ist das Fach Englisch einstündig in allen drei Jahrgangsstufen enthalten.

Eine gemeinsame Beschulung von Verkäufern und Kaufleuten im Einzelhandel ist möglich, weil die Lernfelder der ersten 24 Monate und die Zwischenprüfung für beide Berufe identisch sind.

Bedingt durch das Lernfeldkonzept und die hohe Stundenzahl im ersten Ausbildungsjahr müssen alle Schüler, ob sie verkürzen oder nicht, in die 10. Klasse aufgenommen werden. Die Verkürzung erfolgt damit am Ende der Ausbildung. Werden eigene Verkürzertklassen gebildet, kann von der im Lehrplan festgeschriebenen Zuordnung der Lernfelder auf die verschiedenen Jahrgangsstufen abgewichen und der Lernstoff komprimiert vermittelt werden.

###### 2.1.3 Nachqualifikation von Verkäufern

Nach einem Protokoll der Sozialpartner soll das BiBB als begleitende Maßnahme für Absolventen der Verkäuferausbildung, die sich nicht mehr in ihrem Betrieb zum Einzelhändler qualifizieren können, bis April 2006 Lernarrangements in Form von Selbstlernhilfen, z. B. als E-Learning, zur Verfügung stellen.

##### 2.2. Diskussion

###### 2.2.1. Bedenken gegen das Lernfeldkonzept

In der anschließenden, sehr lebhaften Diskussion werden zunächst Bedenken gegen die Konzeption von Lernfeldern vorgetragen:

- Eine lernfeldorientierte Arbeit in Außenstellen ohne DV-Raum sei nicht möglich, Bücher würden feh-

len und zu wenig Lehrer seien vorher gefragt worden. Allerdings sind bayerische Lehrer in einer VLW-Großveranstaltung in Köln vertreten gewesen.

- Der Rechnungswesen-Unterricht ist nicht mehr so fachsystematisch aufgebaut, wie bisher. Es ist zu erwarten, dass die Schüler sich schwerer tun mit der Prozess-Orientierung. Erfahrungen in anderen neu geordneten Berufen hätten gezeigt, dass dadurch die Prüfungen schwerer und die Noten schlechter werden.
- Im Fach Rechnungswesen wurden schulisch Inhalte reduziert, aber die IHK bezeichnet einen Prüfungsteil mit „Warenwirtschaft und Rechnungswesen“.

###### 2.2.2. Gründe für das Lernfeldkonzept

Für den Lernfeldgedanken wurden ebenfalls Argumente zusammengetragen:

- Er werde häufig viel zu radikal als Gegensatz zu früheren Unterrichtsformen gesehen. Man hätte auch schon früher fächerübergreifend und handlungsorientiert gearbeitet, wenn man in mehreren Fächern eingesetzt war.
- Heute seien weniger Inhalte im Lehrplan enthalten, nur noch die Mindestanforderungen würden fixiert. Außerdem spräche für Lernfelder die Handlungsorientierung an Geschäftsprozessen. Die einzelnen Bestandteile würden dort unterrichtet, wo sie auch in der Praxis in Erscheinung treten.
- Eine besonders positive Erfahrung mit dem neuen Lehrplan sei die freiwillige Bildung von Lehrergruppen, die die Lernfelder nacheinander (und nicht parallel) gemeinsam und fächerübergreifend abarbeiten. Teams müssten sich finden und können nicht durch Zwang zusammengestellt werden.

###### 2.2.3. Weitere Erörterungen

Bedenken gegen eine zu hohe Einarbeitungszeit in DV-Programme wurden nicht bestätigt. In diesem Bereich lernen die Schüler den Teamgedanken und helfen sich gegenseitig, z. B. bei Präsentationen.

In der Praxis werden in Konferenzen Absprachen dahin gehend festgelegt, ob die Lernfelder fächerbezogen unterrichtet oder ein Lernfeld nach dem anderen gemeinsam abgearbeitet wird. Auf jeden Fall muss der Stoffverteilungsplan aktualisiert werden. Es gibt Schulen, an denen beide Systeme parallel stattfinden.

Große Unterschiede stellten sich bei den Teilungsmöglichkeiten an den verschiedenen Schulen heraus: Ob lernfeldbezogen, z. B. Lernfeld Nr. 2, oder fächerbezogen, z. B. Englisch in Anfänger und Fortgeschrittene, für beide Möglichkeiten gibt es Argumente.

Im Zusammenhang mit dem bayerischen System der Multiplikatorenfortbildung wurden mehr praktische Hilfen – bis hin zu Arbeitsblättern – gefordert. Man müsse berücksichtigen, ob die Lehrkraft ausschließlich im Einzelhandel oder in mehreren Berufen unterrichtete. Evtl. sind Fortbildungen über Lernsituationen erforderlich. Auf jeden Fall sollte die vorbereitende Multiplikatorenfortbildung für die 11. und 12. Klasse tatsächlich stattfinden, damit die Lernfelder zumindest innerhalb von Bayern ähnlich interpretiert werden.

Einen großen Schritt zu einer harmonisierten Auslegung hat bereits die Städtische Berufsschule für den Einzelhandel in München getan und eine CD-ROM mit Lernsituationen produziert. Diese umfasst in der Basisversion die Lernfelder 1 bis 5 und kann über die Adresse [bs-einzelhandel@muenchen.de](mailto:bs-einzelhandel@muenchen.de) gegen eine Spende an den Förderverein (Regelbetrag 40,00 Euro) bestellt werden. Im Augenblick erstellt das Kollegium eine Ergänzung zu den Lernfeldern 6 und 7. Es ist geplant, diese Unterlagen bis zum Schuljahresende nochmals zu überarbeiten. In nächster Zeit beginnen auch die Vorbereitungen für eine Basisversion für die folgenden Klassen.

### 2.3. Das Warenwirtschaftssystem

Das ISB, vertreten durch Edgar Sailer, unterstützt das Warenwirtschaftssystem Navision, das ja schon bei den Industriekaufleuten eingeführt ist. Es bringe nun alle Voraussetzungen des

## Fachgruppe Handelsberufe:

[www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) →  
Infos → Fachgruppen

Lehrplans für den Einzelhandel, auch ein Kassenmodul. Es handelt sich hierbei um ein modernes Programm, das in der Praxis (14 % der Betriebe) eingeführt ist und den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Hierfür werden z. Zt. auch Handreichungen entwickelt.

### 3. Die Schulbuchsituation

Vertreter des Cornelsen Verlags, des Bildungsverlags EINS und zeitweilig des Merkur-Verlags nahmen am Arbeitskreis teil. Die ersten beiden Verlage erläuterten ihre Vorhaben zum Einzelhandel.

Zusammenfassend kann festgestellt werden:

Soweit Bücher schon vor der Neuordnung vorhanden waren, wurden diese überarbeitet und auf die Bündelung der Lernfelder zugeschnitten, d. h. umsortiert und aktualisiert. Grundsätzlich könne man davon ausgehen, dass die Autoren in den Büchern erprobte Lernfelder vorstellen. Neue Bücher enthielten fortgeschrittene Lernmethoden, mehr Handlungs- und Lernfeldorientierung, viele Lernsituationen und zusätzliches Material auch auf CD z. B. mit Verkaufsgesprächen.

Auf bayerische Verhältnisse gehe man durch die Herausgabe eines fächerorientierten Buches ein. Problematisch könnte sein, dass in Bayern in der 10. Klasse die Lernfelder 1 bis 7 unterrichtet werden, nach Bundesrahmenplan aber nur die Lernfelder 1 bis 5. Das könnte dazu führen, dass die Verlage in einem 1. Band nur die Lernfelder 1 bis 5 unterbringen. Ein Buch pro Jahrgangsstufe wäre aber besser.

Bücher böten als Interpretationshilfen Sicherheit, wie die Ziele des Lehrplans gemeint sein können. Deshalb führen die Verlage Fortbildungs-

veranstaltungen durch und helfen unbürokratisch durch Prüfstücke.

Nachdem die Bücher zum Teil erst zum Schuljahresende lieferbar sind, ist es ratsam abzuwarten, bis alle Verlage ihre Werke zur Neuordnung auf den Markt bringen und dann erst über Anschaffungen zu entscheiden.

### 4. Das nächste Treffen

Der Arbeitskreis tagte etwa eine Stunde länger als vorgesehen. Die Themen sollen auf der nächsten Sitzung der Fachgruppe „am Freitag vor der Prüfung“ am Freitag, 29. April 2005, 13.30 Uhr, an der Berufsschule 4 in Nürnberg vertieft werden.

### 5. Internetadressen

Fachgruppe Handel im Internet mit Links und Download-Angeboten: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) > Infos > Fachgruppen

Berufsschule 4 Nürnberg (mit Lageplan): [www.b4.nuernberg.de](http://www.b4.nuernberg.de)

*Gerhard Hacker / Isolde Kügow*

## FG Finanzberufe

### Raus aus der Schuldenfalle

#### Eine Präsentation im Arbeitskreis Finanzberufe

Die Überschuldung vieler Jugendlicher ist ein brennendes Thema. Deshalb haben die Schülerinnen und Schüler der Bankfachklasse WBK 12b (Berufsschule II Bamberg) eine Präsentation und eine CD mit dem Thema „raus aus der Schuldenfalle“ erstellt.

Im Rahmen des Arbeitskreises Finanzberufe beim VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg stellten sie ihre Ergebnisse mit großem Erfolg vor. Überrascht von dem souveränen Auftreten, der professionellen Präsentation und dem großen Engagement der Schülerinnen und Schüler, waren die Zuhörer bei der anschließenden Diskussion voll des Lobes.

Hier in Kurzform Informationen zum Inhalt der Präsentation und der CD: „Titelheld“ ist „Bernd“, ein Jugendlicher, der sein Konto erheblich



Die Bamberger Banker bei der Präsentation.

überzogen hat. Dramatisch wird es für ihn, als die Bank die MaestroCard einzieht und das Konto auf Guthabenbasis umstellt. Die „Bankmitarbeiterin Frau Schmitt“ macht ihm schnell klar, dass er finanziell einen Schnitt machen muss. Aber sie lässt ihn auf diesem harten Weg nicht allein und hilft mit vielen Vorschlägen. Auch die Freundin von „Bernd“ wird in die Gespräche einbezogen. Und sie hilft mit, indem sie sich z. B. vornimmt, in der Disco oder im Restaurant ihre Kosten selbst zu bezahlen. Doch Bernd hält sich nach ersten Erfolgen nicht mehr an die Vorgaben. Lastschriften müssen zurückgegeben werden und die Bankmitarbeiterin droht mit der Kündigung der Geschäftsbeziehung. In einem sehr ernsten Telefonat macht „Frau Schmitt“ ihm die Situation klar. Dadurch wacherüttelt, hält er den vorgegebenen Haushaltsplan wieder ein. Natürlich gibt es ein Happy-End. Nach fünf Jahren ist „Bernd“ schuldenfrei und in der Beziehung tut sich auch etwas. Mehr soll hier nicht verraten werden.

Über die meisten Szenen wurden kleine Videosequenzen an „Originalschauplätzen“ gedreht, in der Präsentation werden einige Szenen gespielt.

Zusätzlich gibt es in der Präsentation „Fachleute“, die informieren und auf der CD Fachinformationen zu Themen, wie z. B. Kündigung eines Kontos, Handyvertrag, Ratenkredit, gerichtliches Mahnverfahren, Privatinsolvenz geben.

Und wie geht es weiter? Sponsoren haben es ermöglicht, 200 CD's herzustellen. Diese sollen in Banken und in Schulen verteilt werden. Zur Präsen-

tation werden Gruppen aus Berufsschulen eingeladen. Die ersten Termine stehen schon.

Wenn Sie jetzt neugierig geworden sind und z. B. Interesse an der CD haben, dann schreiben Sie doch einfach eine E-Mail an folgende Adresse: [Bankfachklassen@aol.com](mailto:Bankfachklassen@aol.com).

*Heinz Rothermund*

### FG Holz und Religion

## Gemeinsame Studien- und Fortbildungsreise nach Florenz

### Es sind noch Plätze frei!

Unter der Leitung von Sepp Heller (FG Holz) und Dr. Michael Persie (FG Religion) sowie als kulturgeschichtlichen Leiter Gottfried Berger findet in den Osterferien 2005 fachübergreifend eine Studien- und Fortbildungsreise nach Florenz statt.

### Termin: 19. 03. – 26. 03. 2005

Das ausführliche Reiseprogramm finden Sie in Heft 12/2004 VLB-akzente oder Sie wenden sich an:

Dr. Michael Persie (Berufliche Schulen Kitzingen – Ochsenfurt) Bahnhofstr. 41 b, 97320 Buchbrunn, Tel. (09321) 24663, Fax 093 21-92 03 33, E-Mail [Michael.Persie@t-online.de](mailto:Michael.Persie@t-online.de)

Sepp Heller (Staatl. Berufsschule Neustadt A.), Herrnneuses 65, 91413, Neustadt / A., Tel. 091 61-95 65, Fax 091 61-6 39, E-Mail [sepp.heller@t-online.de](mailto:sepp.heller@t-online.de)

## Senioren

### (Nochmals) zum Alters-einkünftegesetz

Am 5. Juli 2004 ist das „Alterseinkünftegesetz“ verkündet worden. Die ersten Auswirkungen sind seit dem 1. Januar 2005 spürbar, die volle Wirksamkeit wird aber erst 2040 erreicht.

Wir haben wiederholt berichtet – u. a. VLB akzente, Heft 10/2004, S. 32 f.

Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) hat nun eine Broschüre

„Erläuterungen zum Alterseinkünftegesetz (Renten und Pensionen)“ herausgebracht.

Sie kann von der Geschäftsstelle des BRH: BRH Bayern, Klenzestraße 13/1, 80469 München, gegen Ersatz der Portokosten von 1,44 Euro, kostenlos bezogen werden.

*Berthold Schulter*

## Personalien

### Wir gratulieren im März ...

#### ... zum 90. Geburtstag

**Ebner, Therese**, 23.03.

83512 Wasserburg, KV Rosenheim

**Hahmann, Horst**, 06.03.

90571 Schwaig, KV Nürnberg

**Rothammer, Fritz**, 17.03.

94315 Straubing, KV Donau-Wald

#### ... zum 75. Geburtstag

**Zinsmeister, Isolde**, 13.03.

83435 Bad Reichenhall,

KV Traunstein-BGL

#### ... zum 70. Geburtstag

**Fellerer, Rudolf**, 27.03.

93449 Waldmünchen, KV Cham

**Gegenfurtner, Manfred**, 18.03.

85055 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest

**Krämer, Max**, 07.03.

91413 Neustadt, KV Mfr.-Nord



**Nöth, Rudolf**, 11.03.  
63768 Hösbach, KV Untermain  
**Schmid, Michael**, 11.03.  
92637 Weiden, KV Opf.-Nord  
**Steiner, Erhard**, 01.03.  
90431 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Suffa, Harald**, 06.03.  
96135 Stegaurach-Waizend,  
KV Bamberg-Forchheim  
**Vaupel, Herbert**, 12.03.  
87509 Immenstadt, KV Allgäu

### ... zum 65. Geburtstag

**Arnold-Holtfoth, Jutta**, 13.03.  
80809 München, BV München  
**Brust, Peter**, 05.03.  
97422 Schweinfurt, KV Main  
**Dobner, Hans**, 19.03.  
82140 Olching, KV Obb.-Nordwest  
**Graminger, Winfried**, 22.03.  
86609 Donauwörth,  
KV Nordschwaben  
**Kelbel, Max**, 02.03.  
94034 Passau, KV Nordbayern-Ost  
**Liebl, Gabriel**, 25.03.  
84036 Landshut, KV Landshut  
**Rittel, Franz**, 02.03.  
86420 Diedorf, KV Nordschwaben  
**Röscheisen, Ursula**, 22.03.  
93049 Regensburg, KV Regensburg  
**Roth, Reine**, 19.03.  
84562 Mettenheim,  
KV Altötting-Mühldorf  
**Scheffold, Horst**, 06.03.  
86947 Weil, KV Obb.-Südwest  
**Schmucker, Wilhelm**, 28.03.  
97225 Retzbach, KV Würzburg  
**Waßner, Hans-Peter**, 16.03.  
90768 Fürth, KV Mfr.-Nord  
**Zellmer, Josef**, 29.03.  
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben

### ... zum 60. Geburtstag

**Ehinger, Werner Helmut**, 13.03.  
86447 Todtenweis, KV Augsburg  
**Franz, Christa**, 23.03.  
82319 Starnberg, BV München  
**Frimmer, Peter**, 29.03.  
82054 Sauerlach, BV München  
**Groeneveld, Ubbo**, 04.03.  
81547 München, BV München  
**Hermann, Klaus**, 19.03.  
86899 Landsberg, KV Neumarkt  
**Kraus, Inge**, 31.03.  
93437 Furth, KV Cham  
**Kristen, Werner**, 11.03.  
89081 Ulm, KV Nordschwaben

**Kroeschell, Christian**, 19.03.  
97355 Castell, KV Main-Rhön  
**Lacher, Richard**, 13.03.  
85092 Kösching, KV Obb.-Nordwest  
**Löhnert, Karl-Heinz**, 15.03.  
92421 Schwandorf, KV Schwandorf  
**Öhrlein, Ernst**, 09.03.  
97261 Güntersleben, KV Würzburg  
**Ring, Hans**, 18.03.  
86381 Krumbach, KV Nordschwaben  
**Sedlmeier, Artur**, 06.03.  
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald  
**Stelzig, Rainer**, 25.03.  
97877 Wertheim, KV Untermain  
**Wagner, Regina**, 18.03.1  
86368 Gersthofen, KV Nordschwaben  
**Walter, Wulf**, 17.03.  
93059 Regensburg, KV Regensburg

**Wesse, Bernd**, 03.03.  
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

## In den Ruhestand sind gegangen ...

**Bauer, Helmut**, KV Nordschwaben  
**Casper, Jutta**, KV Mfr.-Nord  
**Frey, Albert**, KV Allgäu  
**Schumm, Karlheinz**, BV München

## Wir trauern um ...

**Main, Eberhard**, KV Allgäu (74)  
**Wichmann, Helga**, KV Allgäu (71)

## Vermischtes

### KV Nordschwaben

### Unterwegs in Tschechien

Wie in den vergangenen Jahren (Berlin und Dresden) führte der KV Nordschwaben auch in den Herbstferien 2004 eine Studienreise für seine Mitglieder durch.

Reiseziel war die Hauptstadt des EU-Neulings Tschechien. Bei der Anreise legten wir in der bekannten Brauerei Pilsen einen Zwischenstopp ein. Gestärkt mit böhmischen Knödeln und Pilsner Bier erreichte die stattliche Reisegruppe mit 46 Mitgliedern am frü-

hen Nachmittag Prag. Nach der Einquartierung im stadtnahen Hotel „Golf“, stand am späten Nachmittag eine Stadtrundfahrt mit Führung durch die Prager Burg auf dem Programm. Als Tagesabrundung besuchten wir noch am Abend das Theater „Laterna Magica“ und wagten einen ersten Kneipenbummel durch Prag.

Im zweiten Tag führten wir die Stadtbesichtigung mit einem Altstadt-rundgang zum Altstädter Ring und zur Kleinseite fort. Nach einer Schifffahrt auf der Moldau erkundeten wir in Kleingruppen auf eigene Faust Prag. Treffpunkt für viele war dabei das be-

Empfang im Rathaus von Loket.



kannte Bierlokal U Fleku. Zu Blasmusik gibt es hier süffiges dunkles Bier und deftiges Essen.

Am dritten Tag unserer Reise besuchten wir noch die wunderschöne Bäderstadt Karlsbad. Für interessierte Kolleginnen und Kollegen bestand dabei die Möglichkeit zu einem Informationsbesuch in der Berufsschule Loket (früher Ellbogen). Beeindruckend für uns alle war der herzliche Empfang durch die Schulleiterin und den Bürgermeister in Loket. Erster Programmpunkt war die Begrüßung durch den Bürgermeister, Herrn Kolarcikova, im Rathaus. Die Ehefrau des Bürgermeisters, Lehrerin an der Berufsschule und fließend deutsch sprechend, führte uns durch die Schule und die aus dem 12. Jahrhundert stammende Burg von Loket.

Beim Gespräch mit dem tschechischen Kollegium wurde uns auch bewusst, dass wir voneinander viel ler-

nen können. In Tschechien beträgt das Stundendeputat für Lehrkräfte 21 Unterrichtswochenstunden. Für übernommene Zusatzaufgaben, wie der Nachmittagsbetreuung der Schüler, werden großzügig Anrechnungsstunden vergeben. Auch die Versorgung der Schülerinnen und Schüler ist vorbildlich geregelt.

Die Schüler erhalten selbstverständlich von der schuleigenen Kantine ein warmes Mittagessen und werden bis ca. 16.00 Uhr betreut. Davon können die meisten Schülerinnen und Schüler im „wohlhabenden Bayern“ nur träumen, was ich bei meinem eigenen Sohn, G8 Schüler, hautnah erlebe.

Bei der Rückreise besuchten wir noch einen der berühmten „Tschechenmärkte“.

Wobei sich zeigte, dass Lehrer(innen) bei entsprechenden Preisen durchweg konsumfreudig sind.

*Alois Rothermel*

Ziel war dort die Besichtigung der nach 14-jähriger Restaurierungsarbeit in ihrem ursprünglichen Glanz erstrahlenden Rokokokirche St. Alto.

Mit lebendigen Worten brachte uns der Mesner Bruno Richter während seiner Führung viele interessante und geschichtliche Details über Entstehung und Ausstattung der Kirche nahe. Deutlich wurden dabei der Zuhörerschaft die im 18. Jahrhundert dem Münchner

Kirchenbaumeister Johann Michael Fischer übertragenen Anforderungen vor Augen geführt. Nur zur Übersicht wurden die nötigsten Jahreszahlen genannt, die Betonung lag auf baulichen, kirchlichen und organisatorischen Hintergründen der Pfarr- und Klosterkirche. Von der sich über drei Stockwerke erstreckenden Kirche war allerdings der 2. Stock, die Nonnenkirche für die Besucher tabu.

Im Anschluss an die Kirchenbesichtigung und einem Rundgang traf man sich noch im Gasthaus Maierbräu. Flinke Hände hatten alles für eine rasche Versorgung der Gruppe mit Kaffee und Kuchen bereitgestellt und serviert.

Der Seniorenvertreter im Hauptvorstand, Kollege Berthold Schulter, informierte uns noch über (leider nur wenig erfreuliche) Neuigkeiten aus dem Bereich des Beamtenrechtes und in Beihilfeangelegenheiten.

Während die mit eigenen Fahrzeugen angereisten Kolleginnen und Kollegen individuell die Rückreise antraten, fuhren die Bahnreisenden gemeinsam über Dachau nach München zurück und konnten dabei noch manche Eindrücke aus der gemeinsamen Veranstaltung und berufliche Erinnerungen austauschen.

*Dieter Röde*

## BV München

### Seniorenexkursion 2004 nach Altomünster

Bei strahlendem Wetter reisten 25 Kolleginnen und Kollegen des Bezirksverbandes München per Bahn, mit dem eigenen Auto und sogar per Fahrrad in Altomünster (nahe Dachau) zum alljährlichen Seniorentreff an.

Die Münchner Senioren auf der Treppe vor St. Alto.



## Termine

### Fachtagung Elektrotechnik-Informatik

#### Der Arbeits- und Geschäftsprozess als Leitlinie für die Umsetzung der Lehrplanrichtlinien in den Elektro- und IT-Berufen

Veranstalter: BundesArbeitsGemeinschaft (BAG) für Berufsbildung in der Fachrichtung Elektrotechnik-Informatik e.V.

**Termin:** 4. und 5. März 2005

**Ort:** München

Hintergrundwissen zur BAG und aktuelle Programminformation finden Sie unter [www.bag-elektrotechnik-informatik.de](http://www.bag-elektrotechnik-informatik.de).

## Für Sie persönlich

### Sozialversicherung:

## Das änderte sich zum 1. Januar 2005

HELMUT LANG

Die neuen Beitragsbemessungsgrenzen und andere Sozialversicherungs-Rechengrößen entnehmen Sie bitte der Tabelle auf der nächsten Seite.

### Rentenversicherung

#### 1. Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung

Durch die Zuordnung der Auskunfts- und Beratungsstellen zu den Landesversicherungsanstalten sollen alle Versicherten orts- und bürgernah nur noch eine Ansprechstelle haben.

Die Neuregelungen zum 1. Januar 2005:

*Die Unterscheidung zwischen Arbeiterrentenversicherung und Angestelltenversicherung wird aufgegeben und durch einen einheitlichen Versichertenbegriff im Rahmen der allgemeinen Rentenversicherung ersetzt.*

Für die Arbeitgeber bedeutet dies eine Entlastung, weil nur noch ein einheitlicher Rentenversicherungsbeitrag ohne Kennzeichnung an die Einzugsstellen abgeführt wird.

Für die Rentenversicherungsträger werden stabile Rahmenbedingungen geschaffen, weil die Zuständigkeit für neue Versicherte im Rahmen der zentralen Vergabe der Versicherungsnummer nach einer festen Quote zwischen den Regionalträgern (55 %), der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (40 %) sowie der Bundesknappschaft, Bahnversicherungsanstalt und Seekasse (zusammen 5 %) festgelegt wird.

#### 2. Schrittweiser Abbau der Bewertung von (Hoch-)Schulausbildung.

Mit dem *Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz* hat der Gesetzgeber die künftige Bewertung und Anrechnung von Schul- und Ausbildungszeiten neu geregelt.

Bisher werden bis zu drei Jahre der schulischen Ausbildung nach Vollen-

derung des 17. Lebensjahres rentenrechtlich bewertet. Diese Zeiten werden mit einer vierjährigen Übergangsregelung zukünftig als unbewertete Anrechnungszeit ausgestaltet, soweit es sich um einen Schul- oder Hochschulbesuch handelt. Das heißt: Bei Neurentnern, die im Januar 2005 in Rente gehen, wird die Schul- oder Hochschulausbildung bis zu drei Jahren noch zu maximal 75 % des Durchschnittsentgelts rentenrechtlich bewertet; bei Rentenbeginn im Februar 2005 sind es noch 73,44 %. Die rentenrechtliche Bewertung nimmt dann in monatlichen Schritten bis zum 31. Dezember 2008 ab. Ab 2009 erfolgt keine Bewertung mehr.

Nicht betroffen sind Zeiten eines Fachschulbesuchs und der Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme. Diese Zeiten werden auch zukünftig bis zu drei Jahre mit maximal 75 % des Durchschnittsentgelts bewertet.

Damit wird die bisherige rentenrechtliche Besserstellung von Versicherten mit Zeiten akademischer Ausbildung nach dem 17. Lebensjahr beseitigt, die – bei typisierender Betrachtung – bereits durch ihre Ausbildung und die damit im Regelfall einhergehenden besseren Verdienstmöglichkeiten überdurchschnittliche Rentenanwartschaften aufbauen können. Beispielsweise hatte der Durchschnittsarbeitnehmer mit Lehre im Jahr 1998 ein Brutto-Monatseinkommen von 1 480 Euro, während ein durchschnittlicher Akademiker auf einen Brutto-Monatsverdienst von 2 299 Euro kam.

*Höherbewertung der ersten 36 Kalendermonate mit Pflichtbeitragszeiten nur noch bei tatsächlicher beruflicher Ausbildung.*

Im Zeitraum, in dem die ersten 36 rentenrechtlichen Pflichtbeiträge gezahlt werden, führen künftig nur noch Zeiten einer tatsächlichen Berufsaus-

bildung zu einer Höherbewertung, nicht wie bisher pauschal der ganze Zeitraum. Mit einer vierjährigen Übergangsregelung entfällt ab 1. Januar 2005 die bisherige pauschale Anhebung der ersten 36 Pflichtbeiträge. Das heißt: Bei anderen Zeiten als einer Berufsausbildung, zum Beispiel Aushilftätigkeiten, entfällt die Höherbewertung.

### Pflegeversicherung

Der Beitragssatz in der Pflegeversicherung liegt auch 2005 bei 1,7 %. Zusätzlich zahlen *Kinderlose Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung unter 65 Jahren ab 1. Januar 2005 einen Beitragszuschlag von 0,25 Prozentpunkten.*

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber verpflichtet, die Kinderziehung im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung zu berücksichtigen. Mit dem Kinderberücksichtigungsgesetz hat der Gesetzgeber das Urteil umgesetzt. Kinderlose Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung zahlen ab 1. Januar 2005 neben dem je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tragenden Pflegeversicherungsbetrag von 1,7 % einen Beitragszuschlag von 0,25 Beitragssatzpunkten (AG = 0,85 %, AN ohne Kind = 0,85 % + 0,25 %). Mitglieder, die Kinder haben oder gehabt haben, werden also in der Sozialen Pflegeversicherung auf der Beitragsseite relativ besser gestellt als solche ohne Kinder.

Kinderlose Rentner, die vor dem Stichtag 1. Januar 1940 geboren sind (also die im Jahre 2005 über 65-Jährigen), werden von der Zuschlagspflicht ausgenommen. Ausgenommen sind auch Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres sowie Bezieher von Arbeitslosengeld II, Wehr- und Zivildienstleistende. Der erhöhte Beitrag ist nicht zu zahlen, wenn nachgewiesen wird, dass Kinder erzo-gen wurden oder werden. Berücksichtigt werden auch Adoptiv-, Stief- und Pflegekinder.

Die Spitzenverbände der Pflegekassen haben gemeinsam Empfehlungen darüber beschlossen, welche Nachweise geeignet sind, die Elterneigenschaft des Mitglieds zu belegen. Diese Empfehlungen liegen bereits vor und können bei den Pflegekassen bezogen wer-

den. Wer nicht nachweist, dass er ein Kind hat, gilt bis zum Ablauf des Monats, in dem der Nachweis erbracht wird, als kinderlos und muss den Beitragszuschlag tragen. Erfolgt die Vorlage des Nachweises innerhalb von drei Monaten nach der Geburt eines Kindes, gilt der Nachweis mit Beginn des Monats der Geburt als erbracht, ansonsten wirkt der Nachweis ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Nachweis erbracht wird.

Es ist eine Übergangsregelung vorgesehen, nach der in der Übergangszeit vom Inkrafttreten des Gesetzes bis zum 30. Juni 2005 die Vorlage des Nachweises der Elterneigenschaft zurückwirkt bis zum 1. Januar 2005. Es erfolgt also eine Rückabwicklung.

## Gesundheit

### Zahnersatz – befundbezogene Festzuschüsse

An die Stelle des bisherigen prozentualen Anteils der gesetzlichen Krankenkassen an den Kosten für Zahnersatz treten ab Januar 2005 befundbezogene Festzuschüsse. Befundbezogene Festzuschüsse stellen nicht auf die medizinische Versorgung im Einzelfall, sondern auf prothetische Regelversorgungen bei bestimmten Befunden ab. Mit der Einführung befundbezogener Festzuschüsse durch die Spitzenverbände der Krankenkassen wird sichergestellt, dass sich Versicherte für jede medizinisch anerkannte Versorgungsform mit Zahnersatz entscheiden können, ohne den Anspruch auf den Festzuschuss zu verlieren.

Die Regelversorgung orientiert sich dabei an medizinisch notwendigen zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen. Das beinhaltet eine ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung mit Zahnersatz einschließlich Zahnkronen und Suprakonstruktionen bei einem Befund nach dem allgemein anerkannten Stand der zahnmedizinischen Erkenntnisse. Bei der Zuordnung der Regelversorgung zum Befund ist insbesondere die Funktionsdauer, die Stabilität und die Gegenbezahnung zu berücksichtigen. Die jeweiligen Befunde hat der Gemeinsame Bundesausschuss festgelegt.

## Sozialversicherungsdaten für 2005

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
<b>Gesetzliche Rentenversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	62 400,00 Euro	52 800,00 Euro
– monatlich	5 200,00 Euro	4 400,00 Euro
Beitragssatz	19,5 %	19,5 %
<b>Arbeitslosenversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	62 400,00 Euro	52 800,00 Euro
– monatlich	5 200,00 Euro	4 400,00 Euro
Beitragssatz	6,5 %	6,5 %
<b>Gesetzliche Krankenversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	42 300,00 Euro	42 300,00 Euro
– monatlich	3 525,00 Euro	3 525,00 Euro
Versicherungspflichtgrenze (JAE-Grenze)		
– jährlich	46 800,00 Euro	46 800,00 Euro
– monatlich	3 900,00 Euro	3 900,00 Euro
Höchstzuschuss des Arbeitgebers monatlich	252,04 Euro	252,04 Euro
Besondere Versicherungspflichtgrenze (JAE-Grenze) für die Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 2002 wegen Überschreitens der JAE-Grenze 2002 PKV-versichert waren:		
– jährlich	42 300,00 Euro	42 300,00 Euro
– monatlich	3 525,00 Euro	3 525,00 Euro
<b>Soziale Pflegeversicherung</b>		
Beitragsbemessungsgrenze		
– jährlich	42 300,00 Euro	42 300,00 Euro
– monatlich	3 525,00 Euro	3 525,00 Euro
Beitragssatz für Eltern	1,7 %	1,7 %
Höchstbeitrag monatlich (Arbeitgeberanteil)	29,96 Euro	29,96 Euro Sachsen 12,34 Euro
Höchstbeitrag monatlich (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil)	59,92 Euro	59,92 Euro
Beitragszuschlag für Kinderlose (vom Arbeitnehmer allein zu tragen)	0,25 %	0,25 %
Höchstbeitrag monatlich für Kinderlose (AG 0,85 %, AN 1,1 %)	68,74 Euro	68,74 Euro
<b>Bezugsgrößen</b>		
Renten- und Arbeitslosenversicherung	2 415,00 Euro	2 030,00 Euro
Kranken- und Pflegeversicherung	2 415,00 Euro	2 415,00 Euro
<b>Einkommensgrenzen</b>		
– für geringfügig Beschäftigte Minijobs	400,00 Euro	400,00 Euro
– Auszubildende	325,00 Euro	325,00 Euro
– Familienversicherung	345,00 Euro	345,00 Euro
<b>kurzfristig Beschäftigte</b>	versicherungsfrei, wenn max. 50 Arbeitstage oder 2 Monate je Kalenderjahr	

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



**Kompetenz und Erfahrung**  
**Versicherungs**  
**Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34  
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419  
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

Absicherung für:

## Berufsunfähigkeit bzw. Dienstunfähigkeit

bei unter 40-jährigen ein "Muss"

**Spezialversicherungen für:**

**Studenten, Azubis**  
**Berufsanfänger im öffentlichen Dienst**  
**Beamte auf Widerruf und auf Probe.**

Die bundeseinheitlichen Festzuschüsse umfassen 50 % der für die zahnärztliche Behandlung und zahn-technische Herstellung getrennt festgesetzten Beträge für die jeweilige Regelversorgung. Ist zum Beispiel für einen bestimmten Befund ein Betrag von 200 Euro festgelegt worden, so bekommt der Versicherte, bei dem der Zahnarzt diesen Befund stellt, einen Festzuschuss von 100 Euro.

### Bonus

Die Bonusregelungen bleiben im bisherigen Umfang erhalten, werden allerdings an das Festzuschuss-System angepasst. Die Bonusregelung ermöglicht es, dass sich der jeweiligen Regelversorgung die Festzuschüsse für Versicherte ab Vollendung des 18. Lebensjahres, die ihre Zähne mindestens fünf Jahre regelmäßig gepflegt haben – also die erforderliche zahnärztliche Untersuchung mindestens einmal in jedem Kalenderjahr ohne Unterbrechung in Anspruch genommen haben – auf 60 % der jeweiligen Regelversorgung erhöhen. Das heißt, der Festzuschuss erhöht sich in diesem Fall auf 120 Euro.

Die Festzuschüsse erhöhen sich auf 65 % der jeweiligen Regelversorgung – in diesem Fall also auf 130 Euro, wenn Versicherte ihre Zähne in den letzten zehn Jahren regelmäßig gepflegt und die erforderliche zahnärztliche Untersuchung mindestens einmal in jedem Kalenderjahr ohne Unterbrechung in Anspruch genommen haben.

### Härtefälle

Mit den Regelungen in § 55 Absatz 2 und 3 SGB V bleiben die bisherigen Härtefallregelungen für den Bereich Zahnersatz für die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen erhalten. Versicherte haben in Fällen einer unzumutbaren Belastung Anspruch auf einen Beitrag bis zur Grenze des doppelten Festzuschusses. Damit erhalten sie die Regelversorgung kostenfrei.

### Arzneimittel – Festbeträge

Damit auch in Zukunft die für die Patientinnen und Patienten wirklich wichtigen Innovationen im Arzneimittelbereich bezahlbar bleiben, hat der Gesetzgeber auch für patentgeschützte Arzneimittel Festbeträge eingeführt – soweit sie nicht einen therapeutischen Zusatznutzen beinhalten.

Festbeträge sind in der gesetzlichen Krankenversicherung maximale Erstattungsbeträge für Arzneimittel. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten für ein Medikament jeweils bis zu dem von den Spitzenverbänden der Krankenkassen dafür festgelegten Betrag. Die gesetzlichen Vorgaben sehen vor, dass eine ausreichende Auswahl von vergleichbaren Arzneimitteln unter oder zum Festbetrag zur Verfügung steht. Die Ärztin oder der Arzt kann also zwischen therapeutisch gleichwertigen und qualitativ hochwertigen Arzneimitteln auswählen. Verschreibt die Ärztin oder der Arzt ein Arzneimittel, dessen Preis über dieser Höchstgrenze liegt, zahlt der Versicherte die Differenz. Die Ärzte sind aber verpflichtet,

den Versicherten vorab auf diese Differenzzahlung hinzuweisen.

Die gesetzlichen Vorgaben stellen außerdem sicher, dass Hersteller, die erstmals neue Wirkstoffe oder neue Wirkprinzipien entwickeln, auch in Zukunft vom Festbetrag freigestellt bleiben, bis mindestens zwei weitere pharmakologisch-therapeutisch vergleichbare Wirkstoffe auf den Markt kommen. Dadurch bleibt der Anreiz zur Entwicklung echter Innovationen nicht nur erhalten, sondern er wird gestärkt.

Für folgende Gruppen hat der gemeinsame Bundesausschuss Festbeträge festgelegt. Zum 1. Januar 2005 gelten also Festbeträge für: Protonenpumpenhemmer (gegen Magenbeschwerden), Statine (zur Cholesterinsenkung), Sartane (zur Blutdrucksenkung) und Triptane (gegen Migräne).

Allein aus diesen vier neuen Gruppen sind Einsparungen von jährlich rund 440 Mio. Euro zu erwarten. Im Laufe des Jahres 2005 wird der Gemeinsame Bundesausschuss weitere Gruppen festlegen, die dann wirksam werden.

### Fallpauschalen

Ab dem nächsten Jahr wird die Umstellung der Vergütung von Krankenhausleistungen auf Fallpauschalen stufenweise direkt ökonomisch wirksam.

In den Jahren 2003 und 2004 ist in über 1 500 Akutkrankenhäusern ein neues Vergütungssystem eingeführt worden, bei dem die Krankenhausleistungen nicht mehr nach Tagessätzen, sondern in Abhängigkeit von der

durchgeführten Behandlung vergütet werden. Je Behandlungsfall wird eine Fallpauschale gezahlt, deren Höhe sich an der Schwere der Erkrankung (Diagnosen) und den ggf. durchgeführten Eingriffen (Prozeduren) bemisst. Dieses diagnoseorientierte Fallpauschalensystem (engl. Diagnosis Related Groups) wird im Jahr 2005 auch bei den rd. 300 bisher noch nicht umgestellten Akutkrankenhäusern eingeführt.

Mit der Umstellung auf diese DRG-Fallpauschalen wird eine differenziertere Vergütung der Krankenhausleistungen erreicht. Ziel ist es, gleiche Preise für gleiche Leistungen zu bezahlen und die Verweildauer in Krankenhäusern auf das medizinisch notwendige Maß zu beschränken.

Das DRG-Vergütungssystem wurde in den Jahren 2003 und 2004 budgetneutral eingeführt. Es hat in dieser Zeit bereits den Wettbewerb um Qualität und Leistungen in der stationären Versorgung gestärkt. Krankenhäuser haben begonnen, ihre Leistungsstrukturen zu optimieren und besser zusammenzuarbeiten sowie ihre Kosten und die Verweildauern der Patienten zu senken.

Zum 1. Januar 2005 beginnt nun die sog. Konvergenzphase, in der die Fallpauschalen erstmals direkt ökonomisch wirksam werden. Die derzeit unterschiedlich hohen Krankenhausbudgets werden bis zum Jahr 2009 stufenweise auf ein landeseinheitliches Preisniveau angeglichen. Bei dieser leistungsorientierten Umstrukturierung werden Krankenhäuser Budgetanteile verlieren, andere Krankenhäuser Budgetzuwächse erhalten. Der mehrjährige Umstellungsprozess soll den Krankenhäusern ausreichend Zeit geben, sich auf die neuen finanziellen Rahmenbedingungen einzustellen.

#### Hilfsmittel – Festbeträge

Ab 2005 gelten für Hilfsmittel wie orthopädische Einlagen, Hörgeräte, Kompressionsstrümpfe, Sehhilfen, Inkontinenzhilfen und Stoma-Artikel bundesweit einheitliche Festbeträge. Sie wurden von den Spitzenverbänden der Krankenkassen beschlossen. Damit erhalten die Versicherten in ganz Deutschland den gleichen Betrag von

ihrer Krankenkasse für Hilfsmittel erstattet. Bis dahin gab es landesweit einheitliche Festbeträge mit großen Preisunterschieden. Warum wurden für eine Einlage z. B. in Sachsen 41,41 Euro, in Nordrhein-Westfalen 44,48 Euro und im Saarland 53,17 Euro gezahlt? Nun erhalten alle Versicherten 46,64 Euro von Ihrer Krankenkasse.

Mit dem GKV-Modernisierungsgesetz wurde die Festsetzung von bundeseinheitlichen Festbeträgen durch die Spitzenverbände der Krankenkassen (Federführung durch den IKK-Bundesverband) beschlossen. Die Festbeträge sollen den Versicherten eine eigenanteilsfreie Versorgung bei gleichzeitig anerkannter Qualität der Produkte ermöglichen. Denn es werden nur die Produkte im Hilfsmittelverzeichnis berücksichtigt, die die geltenden Qualitätsstandards erfüllen. Der technische Fortschritt wird dabei berücksichtigt.

#### Hinweis:

Für Hilfsmittel beträgt die Zuzahlung grundsätzlich 10 Prozent, mindestens 5 Euro und höchstens 10 Euro. Bei zum Verbrauch bestimmten Hilfsmitteln (z. B. Windeln bei Inkontinenz) ist eine Zuzahlung von 10 Prozent, höchstens jedoch 10 Euro für den Monatsbedarf zu leisten. Diese gesetzliche Zuzahlung ist auch bei Hilfsmitteln zu leisten, für die Festbeträge bestehen.

#### Zusätzliche Altersvorsorge

Mit dem Alterseinkünftegesetz treten zum 1. Januar 2005 Neuerungen in Kraft, die die zusätzliche Altersvorsorge noch attraktiver machen sollen. Über 15 Millionen Beschäftigte haben Anwartschaften auf eine Betriebsrente. Rund 4,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben einen Riester-Vertrag abgeschlossen. Damit haben bereits rund 20 Millionen Menschen zusätzlich fürs Alter vorgesorgt. Die Änderungen im Einzelnen:

#### Die private „Riester-Rente“

- Berechtigte müssen künftig nicht mehr jährlich einen neuen Zulagenantrag stellen. Sie können ihre Anbieter bevollmächtigen, für sie den Zulagenantrag auf elektronischem Wege zu stellen.

- Der Verbraucherschutz wird verbessert. Im Rahmen der vorvertraglichen Informationspflichten müssen die Anbieter künftig Angaben über die Anlagemöglichkeiten, die Struktur des Portfolios und das Risikopotential machen. Außerdem ermöglichen obligatorische Standardberechnungen seitens der Anbieter den Verbrauchern einen besseren Produktvergleich.
- Für Altersvorsorgeverträge, die nach dem 01. 01. 2006 abgeschlossen werden, sind geschlechtsneutrale Tarife, so genannte „Unisex-Tarife“ vorgeschrieben. Dies stellt sicher, dass Frauen und Männer bei gleichen Beiträgen auch die gleichen monatlichen Leistungen erhalten.
- Bei geringerem Einkommen und hohem Zuzahlungsanspruch kann es passieren, dass bereits allein die Zulagen vier Prozent des sozialversicherungspflichtigen Einkommens erreichen oder übersteigen. Dann muss - um die volle Zulage zu erhalten - dennoch ein Sockelbetrag als Mindestbeitrag geleistet werden. Dieser Sockelbetrag, der sich bisher nach der Zahl der Kinder richtete, wird vereinheitlicht. Ab Januar beträgt er einheitlich 60 Euro.
- Im Jahr 2005 müssen 2 % des sozialversicherungspflichtigen Vorjahreseinkommens in einen Riester-Vertrag eingezahlt werden, um die volle staatliche Förderung zu erhalten. Der Staat unterstützt dabei den Zulagenberechtigten mit 76 Euro. Paare bekommen 152 Euro Zulage, wenn der Zulagenberechtigte und der Ehepartner jeweils einen eigenen Riester-Vertrag abschließen. Für jedes Kind gibt es zusätzlich 92 Euro. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 30 000 Euro/Jahr muss demnach einen Eigenbetrag von 264 Euro aufbringen und vom Staat gibt es 336 Euro hinzu. Das ergibt 600 Euro, also 2 % von 30 000 Euro/Jahr. Darüber hinaus kann der gesamte Versorgungsaufwand (im Beispiel wären es 600 Euro) steuerlich geltend gemacht werden. (Maximal können 2005 1 050 Euro steuerlich geltend gemacht werden). Ist der Steuervorteil

höher als die Gesamtzulage, erstattet das Finanzamt mit der Einkommenssteuererklärung den Differenzbetrag.

### Die betriebliche Altersversorgung

Durch die durchgängige Einführung der nachgelagerten Besteuerung wird das System der betrieblichen Altersversorgung auf lange Sicht einfacher, vergleichbarer und damit verbraucherfreundlicher. So sind künftig auch die Beiträge für eine Direktversicherung – wie derzeit bereits Zahlungen an eine Pensionskasse oder einen Pensionsfonds – bis zu einer Grenze von 4 % der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (2005: 2 496 Euro) steuerfrei. Das gilt aber aus Gründen des Vertrauensschutzes nur für die ab Januar 2005 getroffenen Zusagen. Diese neue Möglichkeit kommt vor allem Kleinbetrieben entgegen.

Die 2 496 Euro sind darüber hinaus sozialabgabenfrei. Für Beiträge, die im Wege der Entgeltumwandlung finanziert werden, gilt dies allerdings nur noch bis Ende 2008. Danach werden sie sozialabgabenpflichtig.

Für neu erteilte Versorgungszusagen wird außerdem der Förderrahmen ab 2005 um weitere 1 800 Euro erweitert. Somit können ab Januar bei Neuzusagen insgesamt 4 296 Euro für die betriebliche Altersversorgung steuerfrei eingesetzt werden.

Mit dem Alterseinkünftegesetz werden die Mitnahmemöglichkeiten erworbener Betriebsrentenanwartschaften bei einem Arbeitgeberwechsel erheblich verbessert. Die neuen Regelungen tragen den Ansprüchen einer mobilen Gesellschaft und den daraus resultierenden geänderten Erwerbsbiografien besser Rechnung.

Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses kann im Einvernehmen der Beteiligten die Betriebsrentenanwartschaft des Arbeitnehmers künftig weitgehend problemlos auf den neuen Arbeitgeber übertragen werden. In bestimmten Grenzen hat der Arbeitnehmer beim Arbeitgeberwechsel zudem das Recht, das für ihn gebildete Kapital in die Versorgungseinrichtung des neuen Arbeitgebers mitzunehmen. Dieses Recht gilt innerhalb eines Jahres nach

### Einfach genial für Schulen!



#### Kontakt:

[www.multivisor-zentrale.de](http://www.multivisor-zentrale.de)  
eMail: [multivisor@freenet.de](mailto:multivisor@freenet.de)  
Fax: 089-43651731  
Tel.: 089-43660961  
SVV MultiVisor GmbH

### Der MultiVisor III:

**Das Multimediagerät, welches - bislang unerreicht - alle nur erdenklichen Multimediafunktionen in nur EINEM Gerät vereint!**

Einfachste Bedienung, nie wieder Gerätechaos, in jedem Unterrichtsraum sofort einsatzbereit.

**Kann alles, was mit Multimedia und Großbildprojektion zu tun hat.**

Sehr hohe Akzeptanz bei Lehrern und Schülern.

Genial einfach zu bedienen - einfach genial. Multimedia-PC, Beamer, OHP und vieles mehr in EINEM Gerät.

Alles, was die Schule für Multimedia braucht.

**Der MultiVisor III - und auf einmal ist Multimedia-Unterricht so einfach.**

**Sie sollten ALLES über den MultiVisor III wissen:**

**Fordern Sie jetzt Ihr Info-Paket zum MultiVisor III an, oder vereinbaren Sie eine unverbindliche Vorführung an Ihrer Schule.**

Beendigung des Arbeitsverhältnisses, wenn die betriebliche Altersversorgung über einen Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder eine Direktversicherung durchgeführt worden ist und das gebildete Kapital einen Höchstbetrag (derzeit 61 800 Euro) nicht übersteigt. Das Recht auf Mitnahme ist aus Vertrauensschutzgründen und aus Gründen der praktischen Durchführbarkeit auf Neuzusagen ab 2005 begrenzt.

Die betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung setzt voraus, dass auch tatsächlich Entgelt gezahlt wird. Während der Elternzeit oder des Krankengeldbezugs ist das nicht der Fall. Künftig haben Beschäftigte deshalb das Recht, während dieser Zeiten eigene Beiträge zum Aufbau ihrer Betriebsrente zu leisten. Diese neue Regelung kommt besonders Frauen zugute, da die Elternzeit überwiegend von ihnen in Anspruch genommen wird.

### Sozialgerichte

Ab dem 1. Januar 2005 sind die Sozialgerichte für das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe zuständig.

Auszug aus der Mitteilung der Pressestelle des Bundesgesundheitsministeriums vom 14. 12. 2004.

### Autorenverzeichnis

#### **Bauer, Bettina / Lorenz, Wolfgang**

BSZ, Neumarkter Str. 10, 92237 Sulzbach-Rosenberg, Tel.: 0 96 61 - 40 81

#### **Dudkowski, Barbara**

Ettmannsdorfer Str. 14a, 92421 Schwandorf, Tel.: 0 94 31 - 99 68 53

#### **Hacker, Gerhard**

BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg, Tel.: 0911 - 2 31 39 48

#### **Käfler, Hans**

VLB-Landesvorsitzender  
BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau, Tel.: 08 51 - 95 91-300

#### **Lamb, Wolfgang**

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und Hauptpersonalrat  
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpf, Tel.: 0 93 63 - 52 78

#### **Pohlmann, Heiko**

VLB-Referent für Lehrerbildung  
Kappellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: 0 81 41 - 81 85 24

#### **Schulter, Berthold**

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitstr. 66, 80935 München, Tel.: 0 89 - 38 58 40 84

#### **Thiel, Peter**

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn, Tel.: 09 31 - 70 76 91

---

VLB Verlag e.V.,  
Dachauer Straße 4  
80335 München

**B 05130**, PVSt,  
Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt

## Der HPR informiert

### Sonderzahlung beim Wechsel vom Angestellten-/Arbeiterverhältnis in das Beamtenverhältnis im Laufe des Kalenderjahres 2004

Durch gemeinsame Anstrengungen des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) und den Hauptpersonalräten ist es gelungen für Kolleginnen und Kollegen, die während des Kalenderjahres 2004 vom einem BAT-Arbeitsverhältnis in ein Beamtenverhältnis wechselten, die Zahlung einer einmaligen außertariflichen Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) zu erreichen.

#### Wichtig:

Die außertarifliche Leistung wird nur auf Antrag des Beschäftigten gewährt. **Der Antrag ist bis spätestens 31. März 2005 (Ausschlussfrist)** bei der für die frühere Beschäftigung im Angestellten-/Arbeiterverhältnis zuständigen Bezügestelle zu stellen.

Weitere Informationen erteilen die Personalvertretungen.

-WL-